Nr. 262. 18. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7071. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 8. November 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3. Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Utopien werden Realität!

Alles was die Menschheit in ihrem mühsamen Gang vorwärts je an Freiheiten und Rechten erwarb, ist zu seiner Zeit Utopie gewesen, und für jeder dieser Sachen gab es eine Zeit, wo darüber gestritten wurde, ob die Sache noch Utopie war oder nicht. Der eine meinte ja, der andre meinte nein, und erst die Thatsache der Verwirklichung hat der Diskussion über ihre Möglichkeit ein Ende gemacht.

Mit Freude sah ich übrigens, daß in der deutschen socialdemokratischen Tagespresse der Boykott der englischen Schiffahrt nun Gegenstand einer gründlichen Diskussion werden soll, und, Befürworter dieses Boykotts, der ich bin, wünsche ich den Ausführungen des Genossen Paul Müller entgegenzutreten.

Aber zur Sache.

Genosse Müller hat gegen den Boykottplan im großen ganzen folgende Beschwerden:

1. Es ist unzulässig, daß ein bestimmter Industrie- oder Erwerbszweig eines Landes für die politischen Verbrechen einer Landesregierung bluten soll.

2. Chamberlain und Genossen würden sich auch durch solchen Boykott nicht einschüchtern lassen.

3. Der Plan ist undurchführbar aus Mangel an der dazu nötigen internationalen Organisation und aus Mangel an Geld.

4. Wir leben in einer Zeit der Krise, wovon die Folge ist, daß Tausende von arbeitslosen Hafenarbeitern da sein würden, die man nicht abhalten kann, die Arbeit für englische Schiffe aufzunehmen. Der Strom arbeitswilliger Elemente würde zu groß sein.

5. Von den englischen Hafenarbeitern ist keine Hilfe zu erwarten. Diese werden sich in den verschiedenen Häfen des Kontinents stationieren lassen, um so den englischen Handel und Verkehr notdürftig aufrecht zu erhalten.

6. Die nicht-englischen Reeder werden mit ihren englischen Kollegen gemeinsame Sache machen. Das Kapital wird internationale Solidarität üben.

7. Die nicht-englischen Schiffe werden nicht im stande sein, die englischen zu ersetzen, und so würde großer Schaden für Handel und Verkehr folgen.

8. Gerade die seemännischen Arbeiter würden viel Schaden haben, auch weil ein paar Tausend deutsche Seeleute auf englischen Schiffen arbeiten, welche dann arbeitslos werden sollen.

Diese sind die sachlichen Beschwerden, welche Genossen Müller äußert. Der Vorwurf, den er dazu dem Amsterdamer Komitee macht, es hätte erst in engerem Kreis die Frage behandeln lassen sollen, ist unberechtigt, denn das, was Genosse Müller verlangt, ist thatsächlich geschehen. Das Amsterdamer Komitee hat sich zuerst an den engeren Kreis der Gewerkschaftsführer gewandt und gerade aus diesem sind überall Komitees gebildet, welche mit dem Amsterdamer Komitee über die weiteren Schritte beraten werden. Von einer Agitation unter „den leicht zu enthusiasmierenden Massen" ist bis jetzt noch keine Rede gewesen.

Aber nun die Beschwerden des Genossen Müller! Er wird mir gestatten, daß ich nicht eingehe auf die rein hypothetischen Einwendungen, welche er macht.

Dazu gehören 2., 4., 6.

Was geschehen wird, wenn dies oder das so oder so geht, das ist jedenfalls von vornherein nicht diskutierbar. Gegen diese Hypothesen kann ich andre setzen. Z. B. 2. England kann seine Schiffahrt nicht verdrängen lassen aus seiner ersten Position, es würde davon wirtschaftlich zu fürchterlichen Schaden leiden; 4. Die Sympathie für die Boeren ist überall so groß, daß von Streikbrecherei keine Rede sein soll; 6. Die nicht-englischen Reeder werden diese nie wiederkommende Gelegenheit benutzen, sich der englischen Konkurrenz eins und für immer zu entledigen.

Diese Hypothesen beweisen ebensoviel oder ebensowenig, als die des Genossen Müller, und ich kenne tüchtige Hamburgische Hafenarbeiterführer, welche, was 4. betrifft, mit mir einer Meinung sind.

Nun aber die übrigen Bedenken.

1. Die „Unzulässigkeit".

Genosse Müller findet es „unzulässig", einen bestimmten Erwerbszweig für die Verbrechen einer Landesregierung bluten zu lassen.

Ich habe zu allererst zu bemerken, daß der Genosse ein paar Zeilen früher den Plan „einen großen Gedanken" nennt, und sagt: „jeder Verfechter der Freiheit und politischen Unabhängigkeit würde von ganzem Herzen wünschen, daß der Plan gelingen möge". Für so ganz „unzulässig" scheint Genosse Müller die Sache doch nicht zu halten, denn diese Freiheits- und Unabhängigkeitsverfechter würden das Gelingen unzulässiger Dinge doch nicht wünschen können und ganz gewiß nicht „von ganzem Herzen".

Genosse Müller macht sich hier doch eines schroffen Widerspruchs schuldig. Thatsächlich sagt er hier, der ganze Boykott sei ein Unrecht, der englischen Schiffahrt angethan, eine Bestrafung eines Unschuldigen. Später aber, ja selbst schon vorher, sagte derselbe Genosse: Wenn die Sache durchführbar wäre, wenn die Möglichkeit da wäre, dann, ja dann würde er auch dafür sein.

Ein solcher Standpunkt ist nun aber ... unzulässig. Wenn die ganze Sache an und für sich ein Unrecht ist, eine Unzulässigkeit, dann ist es gerade dann, wenn die Durchführbarkeit feststeht, Pflicht, sich diesem Unrecht zu widersetzen. Ein Unrecht wird doch kein Recht, weil es durchführbar wird?

Die Sache ist aber die: Dem englischen Kapitalismus ist der Imperialismus entsprungen und dieser Imperialismus treibt sich da in Südafrika mordbrennend umher. Nun ist hier die Frage nicht: wo soll man den englischen Kapitalismus treffen, sondern: wo ist er verletzbar? Nicht: wo wollen wir ihn angreifen? sondern: wo können wir ihn packen?

Weiß Genosse Müller eine bessere Stelle zum Angriff? Oder ist für ihn der Kapitalismus unverletzbar?

Die Initiatoren in dieser Sache erachten die Schiffahrt für Englands Achillesferse, meines Erachtens mit Recht, und darum wird gegen diese Schiffahrt der Angriff gerichtet.

3. Die Organisation und das Geld. Gewiß wäre es besser, wenn die Organisation der Hafenarbeiter vollkommen wäre. Das ist aber für andre Aufgaben nötiger als für diese. Es giebt Dinge, die man berechnen, es giebt Dinge, die man wagen muß. Es ist eine große tiefe Sympathie bei den Völkern des Kontinents vorhanden für die Boeren. Nun mag man von der Bürgerklasse sagen, ihre Sympathie sei platonisch, sei Philistersympathie. Das mag ja wahr sein, das zeigt sich ja auch schon bei uns in Holland, wo die Bourgeoisie tüchtig erschrocken ist über die Möglichkeit, daß sie den Beutel ziehen muß. Wenn nun aber die Arbeiterschaft den Ansichten des Genossen Müller folgt, worin unterscheidet sich dann die Sympathie der Arbeiterschaft für die Boeren von der des Philistertums? Ich bin der Ueberzeugung, daß die Arbeiterklasse in dieser Sache zu Thaten bereit ist und darum bitte ich jeden, der für diese Arbeiterklasse das Höchste und Beste wünscht, sie von diesen Thaten nicht abzuhalten. Es ist in diesem Falle nicht die Organisation, welche die Macht bildet, es ist der universelle, durch die Arbeiter in Thaten umgesetzte Enthusiasmus für die Boeren. Genosse Müller wirft diesen Boykott in einen Topf mit gewöhnlichen Gewerkschaftsaktionen, wo man nur von einem sehr beschränkten Kreis der nicht interessierten Arbeiter Hilfe zu erwarten hat.

Der Boykottplan ist etwas ganz andres, und mag es auch sonderbar erscheinen, daß viele Arbeiter lieber etwas wagen für die ihnen fernstehenden Boeren als für die Verbesserung ihrer eignen Existenz — wahr ist es.

Und was das Geld anbetrifft, so denkt das Komitee in Amsterdam nicht daran, sich auf die Kassen der Organisationen zu verlassen. Ich bin überzeugt, daß Geld eingehen wird, viel Geld, Millionen, wenn es nötig ist.

Holland brachte in seinen verschiedenen Versuchen, die Folgen des Krieges für die Boeren zu mildern, schon mehr als zwei Millionen Gulden zusammen. Der Pariser „Intransigeant" brachte in ein paar Nummern 13 000 Fr. zusammen für einen Ehrendegen für Cronje. In allen Ländern giebt man gerne und viel Geld, wenn es gilt, die Boeren zu retten. Dem, der daran nicht glaubt, kann ich den Glauben nicht beibringen, ich bin aber überzeugt, daß die Thatsachen es thun werden.

5. Die Hilfe der englischen Hafenarbeiter. Darauf rechnet niemand, und ein Verrechnen ist also ausgeschlossen. Daß da einige Hundert Arbeiter sich nach kontinentalen Häfen stationieren lassen werden, ist ja möglich. Aber es kann darauf gerechnet werden, daß auch die durch und für die von englischen Schiffe herbeigebrachten Waren im täglichen Verkehr durch den Boykott getroffen werden, und im allgemeinen denke man sich den größten Schaden für die englische Schiffahrt noch nicht darin, daß beladene Schiffen keine Löscher finden, sondern darin, daß der kontinentale Handel und selbst der englische vorsichtshalber nichtenglische Schiffe benutzen wird, um vor Verspätungen und andrem Schaden gesichert zu sein.

7. Die Ersetzung der englischen Schiffe. Es springt ins Auge, wie Genosse Müller hier sich selbst widerspricht. Er führt selbst aus, welche Krise da herrscht, also wie viel Schiffsraum unbenutzt daliegt, und eben später denkt er sich Mangel an Schiffsraum.

Der Prozentsatz der englischen Flagge an den in die verschiedenen Häfen eingegangenen Schiffen war im Jahre 1899 folgender:

Von allen eingegangenen Schiffen waren englische

in Rußland	44,7	Proz.
„ Norwegen	12,0	„
„ Deutschland	29,9	„
„ Holland	44,1	„
„ Belgien	49,3	„
„ Frankreich	43,0	„
„ Italien	23,8	„

Mit diesen Ziffern vor Augen kann man ruhig versichern, daß in Norwegen, Deutschland und Italien eine sofortige vollständige Ersetzung der englischen Schiffe durch andre im Januar stets möglich ist, um wie viel mehr also in einer Zeit der Krise! Darüber waren denn auch alle Führer der Hamburgischen Hafenarbeiter, welche ich sprach, sich vollständig einig.

Schwerer würde die Ersetzung sein in Holland, Belgien und Frankreich. Aber auch da braucht nur etwa 40 Proz. des Schiffsraumes unbenutzt zu sein, um ohne die Engländer fertig zu werden, und in diesen Wintermonaten ist das gewiß der Fall.

8. Die mehrfache Arbeitslosigkeit der Seeleute ist damit auch erledigt. Der Boykott bezweckt keine Stagnation in der Schiffahrt, nur eine Verschiebung. Wird das der Fall sein, dann findet keine Vergrößerung der Zahl der Arbeitslosen statt, nicht der Hafenarbeiter und nicht der Seeleute. Müller weist auf ein paar Tausend deutsche Seeleute hin, welche auf englischen Schiffen arbeiten und welche dann arbeitslos werden sollten. Gewiß, aber dem steht gegenüber, daß ein paar Tausend Seeleute, welche anders mit nicht fahrenden deutschen Schiffen in den Hafen gelegen hätten, dann Arbeit haben werden. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen wird wenig oder nicht größer werden, nur werden es teilweise andre Personen sein und eine Unterstützung für die Arbeitslosen muß gewährt werden.

So wird das Ganze hinauslaufen auf das Aufbringen einer Geldsumme, welche gewiß groß, aber im Vergleich mit der Leistungsfähigkeit der hier in Betracht kommenden Elemente, nicht unerreichbar groß sein muß.

Indes, ich widerspreche nicht, will der Ansicht nicht widersprechen, daß von den betreffenden Arbeitern ein schweres Opfer gebracht werden muß, und von allen andren, welche mit dem idealen Zweck sympathisieren, ebenfalls. Vielleicht, daß selbst die Gesamtheit einige Zeit Opfer zu bringen hat. Das wird notwendig sein, da die Regierungen den Einberufer der Friedenskonferenz eingeschlossen, den Eroberungsgelüsten Englands keine Schranken gesetzt haben. Gesetzt aber, sie hätten dies gethan, die Großmächte wären eingeschritten und es wäre ein Krieg zwischen England und ein paar andern Großmächten entstanden. Es würde dann die Arbeitslosigkeit, die Stagnation in Handel und Gewerbe, also im allgemeinen die Not und das Elend nicht ungemein viel größer gewesen sein, als sie je aus diesem Boykott hervorgehen können, ganz abgesehen von den Menschenleben.

Gewiß, es wird viel verlangt von den betreffenden Arbeitern. Wenn aber die Regierungen die Leute zum Kriege einberufen würden, würden sie marschieren, alle, und sich schlagen auf Befehl, auch wenn der Krieg nur in Herrschergelüsten seinen Ursprung hätte. So viel wird hier nicht verlangt, und der Zweck ist die Verwirklichung eines „großen Gedankens", die Erreichung eines „Idealen Ziels"!

Zum Schluß noch eins: Genosse Müller spricht von der Interessengemeinschaft des englischen und nicht-englischen Kapitals. Diese Interessengemeinschaft existiert, aber nicht in diesem Sinne, als hätten diese beiden Kategorien von Kapitalisten im allgemeinen gemeinsame Interessen. Diese Interessengemeinschaft existiert nur den Arbeitern gegenüber, und wo es hier nicht gilt, Arbeiterforderungen durchzudrücken, da existiert hier keine Interessengemeinschaft. Das Bündnis der Reeder, das Genosse Müller unterstellt, würde also aus dem reinen Solidaritätsgefühl entspringen, das die deutschen und holländischen Reeder ihren bedrängten englischen Kollegen gegenüber beseelen soll ... Und demgegenüber glaubt Genosse Müller offenbar nicht an die Leistungsfähigkeit der Arbeitersolidarität.

Ich erstaune über diese ... Nüchternheit, bin aber froh, sie nicht zu besitzen.

Ich wünsche mir den Glauben zu erhalten, daß in der Bewährung dieser goldenen Tugend der Solidarität die Arbeiterklasse jeder andren weitaus überlegen ist und ich bin der Ueberzeugung, daß sie das in dieser Sache an Welt und Nachwelt zeigen wird.

Amsterdam, 4. November 1901. W. H. Vliegen.

Bemerkung der Redaktion.

Wir müssen gestehen, daß die Ausführungen unsres holländischen Genossen Vliegen unsre schweren Bedenken gegen die Ausführbarkeit des geplanten Boykotts nicht zu zerstreuen vermögen.

Genosse Vliegen spricht, ohne die beiden Momente mit der nötigen Klarheit auseinander zu halten, von zweierlei: von dem Boykott des englischen Seehandels und von der Lahmlegung der englischen Schiffahrt. Beides hängt zwar bis zu einem gewissen Grade mit einander zusammen, ist aber durchaus nicht ein und dasselbe.

Was den Boykott des englischen Seehandels anlangt, so erfahren wir aus Vliegens leider sehr unbestimmten Andeutungen über diesen Punkt, daß nicht nur Englands Ausfuhr nach dem Kontinent boykottiert werden soll, sondern auch Englands Einfuhr von dem Kontinent. Man will also England nicht nur durch die Lahmlegung seines Exports zu Leibe gehen, sondern auch dadurch, daß man ihm die Zufuhr der holländischen, deutschen, französischen usw. Waren abschneidet. Man scheint dabei nur ganz übersehen zu haben, wie sehr man durch einen derartigen Boykott, seine strikte Durchführung vorausgesetzt, die Länder des Kontinents selbst schädigen würde. Man vergegenwärtige sich doch einmal den Umfang des Warenhandels, den man lahmlegen will. Im Jahre 1899 betrug für das Deutsche Reich die Einfuhr aus England 777 Millionen Mark, die Ausfuhr nach England 851 Millionen Mark. Für die Niederlande waren die entsprechenden Zahlen 600 und 520, für Belgien 450 und 200, für Frankreich 1000 und 300 Millionen Mark. Man male sich die ungeheuren Störungen des Gewerbslebens aus, die durch eine Unterbindung dieses ungeheuren Warenhandels mit Engländern in den genannten Ländern hervorgerufen werden würden.

Schon der Boykott der englischen Ausfuhr nach dem Kontinent würde bei längerer Dauer des Boykotts, und nur eine solche würde wirksam sein, die schädlichsten Störungen in Handel und Industrie hervorrufen. Deutschland bezog beispielsweise 1899 für 55 Millionen Mark Baumwollgarn, davon aus England allein für 46 Millionen Mark. An Wollgarn importierte Deutschland für 113 Millionen Mark, davon aus England für 76 Millionen Mark. Würde Deutschland die Einfuhr dieser Rohmaterialien abgeschnitten, für die sich im Handumdrehen kein Ersatz aus andren Ländern schaffen ließe, so würde die deutsche Woll- und Baumwollindustrie aufs schwerste davon betroffen werden.

Ungleich schwerer noch würde Deutschland natürlich unter dem Abschneiden seiner Ausfuhr nach England leiden. Daß Deutschland seine Ware ohne Schwierigkeit in andren Ländern werde absetzen können, wird schwerlich jemand behaupten wollen.

Wenn man etwa einwenden wollte, der Boykott werde gar nicht so lange dauern, daß die Stockung des Handels eine Kalamität hervorrufen könne, so wäre dem entgegenzuhalten, daß ja nur dann eine Wirkung des Boykotts zu erwarten wäre, wenn die Folgen des Boykotts gegen England diesem ernstlich fühlbar würden. Diese Folgen würden aber den Ländern des Kontinents ebenso bald fühlbar werden. Und Deutschland, das sich ohnehin inmitten der Krise befindet, würde durch diese künstlich heraufbeschworene Stockung zahlreicher und wichtiger Industriezweige besonders geschädigt werden. Oder hält man es für eine Kleinigkeit, wenn durch den Boykott Englands, der gleichzeitig einen Boykott der eignen Industrie ist, 100 000 Arbeiter mehr aufs Straßenpflaster geworfen werden?

Während Genosse Vliegen auf der einen Seite so weit geht, den Boykott der englischen Waren mehr noch als von dem Nichtentlöschen der englischen Schiffe von dem Boykott englischer Waren durch die Konsumenten zu erwarten, ist er auf der andern Seite der Ansicht, daß England vorsichtshalber nichtenglische Schiffe zum Transport seiner Waren benutzen werde. Wird in diesem Falle die Kontrolle über die Herkunft der Waren nicht außerordentlich erschwert? Freilich der Genosse Vliegen rechnet ja sogar mit dem Boykott der englischen Waren durch die Konsumenten „im täglichen Verkehr". Als ob einem aus englischer Baumwolle hergestellten Gewebe oder einem englischen Hering seine Herkunft anzusehen wäre!

Nun spricht Genosse Vliegen eingehender noch als von dem Boykott des englischen Seehandels von dem Boykott der englischen Schiffahrt. Die Hafenarbeiter sollen sich weigern, englische Schiffe zu beladen oder zu löschen. Dadurch soll Englands Schiffahrtsmonopol gebrochen oder doch wenigstens bedroht werden, ein Monopol, das darauf beruht, daß die englische Handelsflotte in Registertons an der Welthandelsflotte mit 55 Prozent partiepiert, während der Anteil Deutschlands nur 8,5, der Frankreichs nur 4 und der Hollands gar nur 1,9 Proz. beträgt!

Wie man bei einem solchen Größenverhältnis der Handelsflotte das Obergewicht der englischen Seeschiffahrt brechen will, ist aus den von Genossen Bliegen gegebenen Zahlen einigermaßen unklar. Selbst wenn es gelänge, Englands Handelsmarine für den Warenverkehr Deutschlands, Frankreichs und Hollands aus dem Felde zu schlagen, bedeutete das doch nur eine relativ geringfügige Verschiebung der jetzigen Verhältnisse und keineswegs eine Verdrängung Englands aus seiner überlegenen Position überhaupt.

Aber die Handelsflotte der kontinentalen Länder würde ja außerdem durch eine solche Verdrängung der englischen Handelsflotte schon deshalb keinen besonderen Vorteil haben, weil ja durch den Boykott des englischen Seehandels den kontinentalen Schiffen auch die Transportgelegenheit für diese Waren abgeschnitten wäre! An dem englischen Warentransport sind aber die fremden Schiffe mit ca. 30 Proz. beteiligt!

Man sieht schon aus diesen wenigen Anmerkungen, daß die Schwierigkeiten des Boykotts denn doch unendlich größere, die Verhältnisse unendlich kompliziertere sind, als die Initiatoren des Projektes zu ahnen scheinen.

Noch ein paar Worte über die voraussichtliche Haltung der englischen Arbeiter und der kontinentalen Bourgeoisie. Mit der thatkräftigen Solidarität der englischen Hafenarbeiter im Ernstfalle rechnet ja selbst Genosse Bliegen nicht. Und in der That ist es nur zu wahrscheinlich, daß die englischen Arbeiter, die ohnehin bisher keinen übermäßigen Kosmopolitismus bewiesen haben, in erster Linie daran denken werden, sich ihrer eignen Haut zu wehren, denn eine Bedrohung der englischen Schiffahrt und des englischen Handels richtet sich zweifellos auch gegen sie. Und mit einigem Recht werden die englischen Arbeiter fragen, warum denn gerade England das Versuchskarnickel für das internationale proletarische Kriegsschlichtungs-Experiment sein soll, da doch alle übrigen Länder imperialistische Raubpolitik treiben. Und die Bourgeoisie wird, sobald sie dessen inne werden sollte, daß dieser Boykott sich nicht allein gegen England, sondern gegen die imperialistische Expansionspolitik überhaupt richtet, daß er nur einen ersten Versuch bedeutet, dem weitere proletarische Machtproben jederzeit folgen können, jedenfalls auch ein Haar in der Sache finden und die Interessen des internationalen Kapitalismus über die momentanen Interessen ihrer Nebenbuhlerschaft gegen England stellen. Jedenfalls würden die Regierungen nicht ermangeln, englischen und einheimischen Streikbrecher-Kolonnen jeden erdenklichen Schutz zu teil werden zu lassen.

Zum Schluß sei bemerkt, daß wir durch diese Andeutungen das schwierige Problem keineswegs erschöpfend behandelt zu haben glauben. Immerhin glauben wir auf einige Punkte hingewiesen zu haben, die denn doch noch der gründlicheren Untersuchung durch die Propagandisten der Boykottidee bedürfen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. November.

Der Parteitag der östreichischen Socialdemokratie

ist nach fünf Tagen ernster und gründlicher Beratungen am Mittwochabend geschlossen worden. Die deutsche Socialdemokratie, welche diese Beratungen der Bruderpartei in eifrigster Teilnahme begleitete, beglückwünscht nun die Genossen Oestreichs zu den erfreulichen und bedeutsamen Ergebnissen ihrer Arbeit.

Die Socialdemokratie Oestreichs hat von neuem Zeugnis gegeben von jener leidenschaftlichen Thatenlust und jener hohen politischen Weisheit, durch welche sie in erstaunlichem Aufwuchs aus einer winzigen Gruppe zu dieser Partei geworden ist, die inmitten eines faulenden Staatswesens und inmitten eines kläglich verkommenden Parteiwesens der einzige Halt und die einzige Zuversicht des östreichischen Volkes und der östreichischen Kultur ist. Wir haben freudig gesehen, wie lebenskräftig diese Partei seit dem letzten Parteitage vor zwei Jahren gewachsen ist, wie hoch der Stand ihrer Beratungen in allen wichtigsten Problemen ist, welche die Fortbildung der socialistischen Doktrin und der politische Kampf an sie stellen.

Unsre östreichischen Genossen haben ihr Programm erneuert, nicht indem sie irgendwelche Minderung der socialistischen Grundanschauungen vollzogen, sondern indem sie einige Geringfügigkeiten, die mit dem Verlaufe der Jahre bessernswürdig erschienen, besserten; ungehindert durch die Möglichkeit kleiner Mißverständnisse und Irrungen, gefestigt und einig im alten Ideal tragen sie die gute alte Fahne zu neuen Kämpfen.

Der Parteitag hat ferner die Frage erörtert, die gegenwärtig alle Länder erregt. Er hat in den Problemen der Handels- und Zollpolitik aus dem Interesse der östreichischen Arbeiterklasse dieselbe Stellung eingenommen, die die deutsche Socialdemokratie im Interesse der deutschen Arbeiterklasse inne hat; und so stützen sich die Bruderparteien beider Länder gegenseitig in gemeinschaftlichem Widerstand gegen den Wucher am arbeitenden Volke und gegen die Vertiefung der nationalen Gegensätze, die durch die herrschenden Klassen betrieben wird.

Und gleicherweise ersprießlich hat der Parteitag in den Fragen der östreichischen Socialpolitik gewirkt; er hat die kleinbürgerliche Gewerbegesetzgebung zurückgewiesen und in der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung die kläglich unzureichenden Vorschläge der Regierung durch Forderung einer ernsthaften Reform beantwortet. In den mannigfaltigsten Angelegenheiten hat der Parteitag anregend und fördernd gewirkt.

All das ist um so größer, als dieser östreichische Gesamtparteitag der Parteitag zahlreicher Nationen ist, die sonst in Oestreich wild wider einander toben, aber hier in der Socialdemokratie wundersam vereint am gleichen Werke schufen. Während der östreichische Staat im Streit der Nationalitäten verfällt, baut das Proletariat all dieser Nationen ein neues Oestreich. So hat denn diese östreichische Internationale vorbildlich die erhabene Aufgabe der großen Internationale der Proletarier des ganzen Erdballs gelöst.

Wir beglückwünschen unsre tapfere Bruderpartei zu den Erfolgen ihres Parteitages!

Li-Hung-Tschang.

Diesmal war die Erkrankung des berühmten und in letzter Zeit etwas berüchtigten chinesischen Staatsmannes keine diplomatische Finte, die Meldung, daß der Achtzigjährige gestern seinen Leiden erlegen ist, macht aller sonst wohl gebotenen Skepsis ein Ende. Vor dem Eintreffen dieser Kunde mochte man freilich mit Recht an der Wahrheit der Krankheitsnachrichten glauben, die gewöhnlich dann einzutreffen pflegten, wenn der greise Staatsmann eine unangenehme diplomatische Mission zu erledigen hatte und sie möglichst lange zu verschleppen trachtete. Diese Taktik des Verzögerns, des Ausweichens und Lavierens war ja eine Hauptstärke Li-Hung-Tschangs, die er oft genug, in den beiden letzten Jahren noch den Khakimächten gegenüber, zu erproben Gelegenheit fand. Neben dieser Eigenschaft, die ihm ja einer so vielgestaltenen Gegenpartei gegenüber, wie sie die Vertreter der Kreuzzugsparteien in China darstellten, die besten Dienste leistete, besaß Li-Hung-Tschang freilich in jüngeren Jahren auch genügend Energie, um sich aus niedriger Stellung zu der angesehensten Beamtenposition des Reiches emporzuarbeiten.

Li-Hung-Tschang hatte eine ungemein rasche Carriere gemacht: als der Sohn eines armen Literaten am 14. Februar 1821 in der Provinz Nganhui geboren, durchschritt er die normale Laufbahn des chinesischen Studenten, machte alle klassischen Prüfungen durch und absolvierte 1848 die berühmte Hanlin-Akademie. Bald darauf zeigte er seine militärische Begabung und seine rücksichtslose Thatkraft, als der Aufstand der Taiping 1853 auch seine Heimatprovinz ergriffen hatte. Er stellte sich an die Spitze der militärischen Verteidigung und vertrieb die Rebellen. Die Anerkennung seiner Leistungen blieb nicht aus. Er wurde 1861 Oberrichter der Provinz Tschekiang, dann Gouverneur der wichtigen Provinz Kiangsu, die er in einem mit großer Tapferkeit geführten Feldzuge den Rebellen entrissen hatte, und 1864 Generalgouverneur der beiden Kiang-Provinzen. Auch diesen Posten füllte er sehr zur Zufriedenheit der Machthaber aus, daß ihm im Jahre 1870 die Stellung des Vicekönigs der Provinz Petschili übertragen wurde. Er war gleichzeitig Generaldirektor des Handels der Nordprovinzen und Großkanzler des Reiches, Ehrengouverneur der kaiserlichen Prinzen und der Leiter aller Verhandlungen mit den europäischen Staaten. Alle Fäden der östlichen Diplomatie in seiner Hand vereinigend, übte er wie auf die innere Verwaltung so namentlich auf die auswärtigen Beziehungen des Reiches einen bedeutenden Einfluß aus.

Im Innern des Herzens stets Stockchinese, war er doch dem Verkehr mit den Fremden, soweit er ihn als unvermeidlich und unentbehrlich erkannt hatte, keineswegs abhold, ja er führte mit ihrer Hilfe zahlreiche Reformen durch; die Aufstellung eines teilweise europäisch ausgebildeten Heeres, die Ansätze zu einer modernen Flotte, die Erschließung Koreas waren sein Werk. Dabei vermochte er freilich auch den Europäern, so 1883—84 als Oberbefehlshaber der Truppen an der Grenze von Tongking und Leiter der diplomatischen Verhandlungen, wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Nach dem unglücklichen Ausgang des Krieges mit Japan wurde er als Friedensunterhändler nach Japan entsandt, wo er in Schimonoseki am 23. März 1895 von einem Fanatiker durch einen Pistolenschuß verwundet wurde. 1896 wurde er als Vertreter Chinas zur Krönung des russischen Kaisers nach Moskau entsandt und machte von dort aus eine Reise durch die europäischen Hauptländer und Nordamerika. Zur Zeit des Boxeraufstandes von 1900 weilte er als Vicekönig der beiden Kwang-Provinzen im Süden des Reiches und folgte, als die Mächte Peking erobert hatten und der Hof geflüchtet war, nur ungern dem Befehle, zusammen mit dem Prinzen Tsching Unterhandlungen mit den Mächten zu führen.

Li-Hung-Tschang war auch einmal der Held des Tages für das hurrapatriotische Deutschland. Damals, als er 1896 auf seiner großen Reise auch Deutschland besuchte und nicht nur von dem Reichsnörgler im Sachsenwalde, sondern auch von dem Kaiser huldvollst empfangen wurde. Die Hurrapatrioten, die ja auch den Prinzen Tschun nicht unangehocht lassen konnten, leisteten sich das Unglaublichste im Kotau vor dem alten Staatsmann und die deutschen Industriellen überboten sich gleichfalls in in Demut ersterbender Huldigung vor dem Manne, von dessen Einfluß sie sich profitable Aufträge versprachen. Man kroch förmlich vor dem „Asiaten". Wilhelm II. erwiderte die Ansprache Li-Hung-Tschangs auf das liebenswürdigste und gab der Hoffnung Ausdruck, daß „die in der Vergangenheit erprobte, auf gleichen Interessen des Friedens und der Kultur beruhende Freundschaft zwischen China und Deutschland ... in Zukunft ungemindert fortbestehe". Wenige Monate später „pachtete" Deutschland Kiautschou, auf das es schon lange ein Auge geworfen hatte. Li-Hung-Tschang als Menschenkenner mochte auch gut genug gewußt haben, was diese Höflichkeiten bedeuteten, hatte er doch Bismarck gegenüber erklärt, daß sein eifrigstes Streben auf Schaffung einer modernen Militärmacht in China gerichtet sei.

Li-Hung-Tschang wußte die Gefühle der Kulturnationen für seine Nation also richtig einzuschätzen; aber die Verhältnisse waren stärker als er, aus der patriarchalischen Litteratennation, dem lockeren, decentralisierten Staatsgefüge vermochte er kein modernes, widerstandsfähiges Staatsgebilde zu schaffen. Um so weniger, als das Unheil zu rasch über China hereinbrach.

Die Haltung Li-Hung-Tschangs während des China-Kreuzzuges hat ihn sehr um den Ruhm gebracht, den er bis dahin vor dem europäischen Philistertum hatte. Man konnte es ihm nicht verzeihen, daß er sich als Chinese, als Vertreter seiner mißhandelten Nation fühlte und den Mächten soviel Schwierigkeiten bereitete, als ihm nur möglich war. Bei allen objektiv Denkenden wird das freilich nicht sein geringster Ruhmestitel sein. China verliert in ihm jedenfalls nicht nur seinen zur Zeit bedeutendsten Staatsmann, sondern auch, trotz seiner persönlichen Mängel — Li-Hung-Tschang, der arme Litteratensohn, stirbt als hundertfacher Millionär — einen Mann, der es im Innersten in seiner Art wohlmeinte mit seinem Vaterland. —

Die „orientalische Frage",

die durch Frankreichs Besetzung Mytilenes so plötzlich aufgerollt worden ist, hat inzwischen keine Verschiebung erfahren, höchstens insofern, als eine französische Flotte jetzt auch im Hafen von Syra, einer Insel der Cykladen, vor Anker gegangen ist, also die Absicht zu haben scheint, sich noch eines weiteren Faustpfandes zu bemächtigen. Aus Lesbos wird dagegen gemeldet, daß noch keine Mannschaften ans Land gesetzt worden seien, daß also die Insel einstweilen nur blockiert ist. Ueber Frankreichs Absichten liegt nach wie vor vollständiges Dunkel.

„Echo de Paris" meldet, der Minister des Aeußern Delcassé werde der Pforte eine angemessene Frist zur Beantwortung der von Frankreich erhobenen neuen Forderungen gewähren. Nach Ablauf der Frist werde Caillard neue Befehle erhalten, in jedem Falle aber längere Zeit in den türkischen Gewässern verbleiben.

Das offiziöse östreichische Depeschenbureau meldet: Nach Empfang der letzten Mitteilung des französischen Botschaftsrates Bapst, in welcher die Forderungen Frankreichs aufgestellt wurden, wandte sich die Pforte an die russische Botschaft um Unterstützung. Die letztere wies jedoch in ihrer Antwort auf die unbedingte Notwendigkeit der Erfüllung der französischen Ansprüche hin.

Im Gegenteil, Rußland scheine eher zu beabsichtigen, mit Frankreich, allerdings zu seinem eignen Vorteil, zu kooperieren.

„Daily Expreß" versichert, Rußland werde versuchen, im französisch-türkischen Konflikt einzugreifen und wolle den Hafen von Teutherо besetzen. Als Antwort auf die Besetzung von Häfen durch Frankreich und Rußland schlägt das Blatt der englischen Regierung vor, die Insel Lemnos durch das Geschwader des Prinzen von Battenberg besetzen zu lassen.

Ein Telegramm aus Mitylene meldet, daß Admiral Caillard die Zollämter von Mitylene, ohne auf Widerstand zu stoßen, besetzt hat. — An die Mächte ist eine Cirkularnote versandt worden, in welcher entsprechend den Erklärungen, die Minister Delcassé in der Kammer gegeben hat, die Absichten Frankreichs dargelegt werden. Aus den bereits eingelaufenen Antworten der Mächte ergiebt sich, daß die Note überall gut aufgenommen worden ist.

Die Mächte verfolgen in der That mit großer Aufmerksamkeit die im ägäischen Meere sich entwickelnden Ereignisse. Eine russische Escadre ankert im Hafen von Smyrna, während die englische

Lassalles Briefe an Marx.

Lieber Marx!

— — — — — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — — —

Du schreibst aber noch, Du könntest mir nur diesen Zettel schicken, der Dir gehörte; „die offiziellen Anklagen gegen Dich (mich) darunter die Aussage einer Arbeiterdeputation von Düsseldorf, befinden sich in den Bundesakten". — Nicht einmal diesen offiziellen Anklagen geglaubt zu haben, das rechnest Du Dir offenbar hoch an, und findest es sehr geeignet zu beweisen, daß Du überhaupt nicht mißtrauisch oder doch nicht gegen mich, seiest.

D'abord,*) was diese offiziellen Anklagen betrifft, von denen ich heut zum erstenmal in meinem Leben höre, — woher nimmst Du denn das hochtönende Wort „offizielle Anklagen" für feige, gemeine Denunziationen, die sich stets nur hinter meinem Rücken gehalten haben und mir nie in irgend welcher Form mitgeteilt worden sind? Erst die Mitteilung macht aus der Denunziation eine Anklage, juristisch wie im gewöhnlichen Sinne. Das Wort: „offizielle Anklage" ist sehr komisch, sehr lächerlich für Verleumdungen, die einem immer im Rücken geblieben, nie bekannt geworden sind, die man nicht einmal ahnt. War es guter Wille von Dir, nicht daran zu glauben? Oder war es allerordinärste Pflicht und Schuldigkeit, so lange an solches Zeug nicht zu glauben, bis ich darüber gehört worden sei? Und wenn es nur solche allerordinärste Pflicht und Schuldigkeit war, von der Du gar nicht abweichen durftest, so beweist dieser Fall wieder nicht, was Du damit darthun willst.

Vor allem aber muß ich hier eine Einschaltung machen. — Also Düsseldorfer Arbeiter haben mich angeklagt? Es ist mir das sehr, sehr neu zu hören. Morgen wird es wieder vergessen und so gleichgültig sein wie alles andre. Aber heut macht es mir einigen Effekt. Voilà pourquoi!**)

Erinnerst Du Dich der Phrase aus dem Homer: Einem wie ein helfender Gott erscheinen? Wenn je auf wen, so traf diese Phrase wörtlich auf mein Verhältnis zu den Düsseldorfer Arbeitern während neun Jahren zu, von 1848 bis 1857, wo ich von dort fortging.

*) Zunächst.
**) Und zwar aus folgendem Grunde.

Du hast nicht Begriff noch Vorstellung, was ich alles für diese Leute that, litt, sakrificierte.*) Dank hatte ich nie gehofft, und werde es nie, aber so starker Undank überwältigt stets im ersten Augenblick. — Kamen sie in Geldnot, so kamen sie zu mir, suchten und fanden stets Hilfe. Ich gab fast immer viel mehr, als ich konnte, gab mit den allergrößten Opfern, aber ich gab, weil weniger nicht half, und weil ich immer lieber mich überbürden und häufig in ganz extreme Lage versetzen wollte, als diesen Leuten nicht helfen, von denen ich mir sagte, daß sie weniger Ressourcen haben. Ich trieb dies häufig bis zur größesten Gewissenlosigkeit gegen mich selbst, und zumal gegen die Gräfin, die mir doch so sehr am Herzen lag und mit deren Schicksal ich doch chargiert war. — Hatten sie Ueberwürfnisse mit der Polizei, so kamen sie zu mir und ich nahm sie unter den Schutz meiner Flügel. Ich stürzte zum Polizeidirektor und erledigte — wie oft — durch Drohungen, die ich keinem andern geraten hätte, ihre Differenzen. Kamen sie ins Gefängnis, sorgte ich wenn nötig für ihre Verteidigung und ernährte inzwischen ihre Familien. Handelte es sich drum, ein selbständiges Etablissement für welche von ihnen zu begründen, lief ich so lange herum, bis das Geld aufgebracht war, stets selbst gebend alles, was erforderlich war und nicht aufgebracht werden konnte. Mein Haus war ihr Asyl das ganze Jahr. Jeder, der in Werden entsprang, jeder, der sonst von ihnen fortgebracht werden sollte, wurde in mein Haus gebracht, dort mit der größten Kriminalgefahr für mich und die Gräfin tagelang gehütet, mit Pferd und Wagen nach Holland gesandt 2c. Für alle war ich stets zu Rat und That da, nicht etwa bloß für Lieblinge. Sonnabends, Sonntags sammelten sie sich, so oft sie wollten, und sehr häufig, gesellschaftlich bei mir. Handelte es sich, Bücher unter den Arbeitern des ganzen Regierungsbezirks zu verbreiten — wozu also auch das Wupperthal — ließ ich auf ihren Wunsch von meinem Buchhändler für 70 Thaler Bücher kommen, die ich natürlich nie wieder bekam, und übergab sie ihnen. Jede Neujahrsnacht feierte ich mit ihnen, ihnen Reden über die geschichtliche Entwicklung des Jahres und seinen Gesamtinhalt haltend. Lange Zeit hindurch hatte ich ihnen — durch die Zeit der heftigsten Reaktion hindurch — trotz der wütendsten Drohungen der Polizei, die auch immer bei diesen Vorlesungen, so und so viel Mann hoch, meinem Hause gegenüber in den Büschen lag — in meinem Hause Vorträge über die sociale Entwicklung seit 1789 trotz aller Wut und aller Drohungen der Polizei gehalten, bis gegen meinen Willen die Arbeiter erklärten, sie könnten und würden mich nicht länger dieser Gefahr aussetzen, und hartnäckig wegblieben.

Kurz, mein Haus war ihre Burg und ihr Wall. Ich stand immerfort für sie, für jeden von ihnen, bei jedem Anlaß ein. —

Polizei und Oberprokurator haben mir nie etwas anhaben können. Aber man wußte mir auf andre Weise beizukommen. Meine beständige Verbindung mit dem Proletariat brachte alle Bureaukratie Düsseldorfs und des Rheinlands zur Wut — und zur Rache verlor ich allen und jeden der Civilprozesse der Gräfin, bis die Aussicht immer dunkler und der Wattstrom in mir, der mich zu ersticken drohte, immer dicker, geronnener wurde. Das wußten und verstanden natürlich die Arbeiter nicht einmal.

Ich legte ruhig eins zum andern, fraß mir innerlich das Herz ab, litt und schwieg! Hätte ich Düsseldorf allein auf dem Buckel gehabt! Während des Kommunistenprozesses (von der Verhaftung ab) waren meine hierfür gebrachten finanziellen Opfer und meine eigne Pfiffere so groß, daß ich, wie häufig! — mir das Geld immer erst wo borgen mußte, daß ich infolge desselben allmonatlich, und auch noch extraordinär, herschoß. — Alle und alles hatte die Reaktion überflutet, ich allein stand, wie eine Mauer und ein Wall, alles tragend, was man von mir getragen wünschte.

Und daß nun bei alledem und während alledem gar noch welche von diesen Leuten hingingen und mich denunzierten — ecci est curieux!!*) Ich weiß nicht, warum ich gerade heut in so kindischer Laune bin, daß mir solche Dinge wehthun.

— — — — — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — — —

Ich grüße Dich und Deine liebe Frau aufs herzlichste und bleibe
Euer F. Lassalle.

(Vom 11. März 1860.)

* * *

Aachen, 11. Sept. (1860).
Hotel Dremel.

Lieber Freund!

Es war sehr schön von Dir, daß Du mir so schnell geantwortet hast, obgleich ich Dich so lange hatte warten lassen. Mit Bedauern höre ich, daß Dein Leberleiden immer noch fortdauert, aber lachen mußte ich über diesen Vorzug der Vornehmheit, den die Gicht bei den Engländern genießt. Bon!**) Wenn die englische Gesellschaft die Gicht so vornehm findet, so hätte ich nichts dagegen, der dortigen

*) Offerte.

*) Das ist merkwürdig.
**) Wohlan!

Mittelmeer-Flotte unter dem Prinzen von Battenberg sich Beyrut nähert; eine griechische Schiffsdivision besuchte erst vor wenigen Tagen Mytilene und Smyrna.

* * *

Deutsches Reich.

Der Wuchertarif.

Am 12. November soll im Plenum des Bundesrats, so wird mitgeteilt, die von dem Bundesratsausschusse vertretene Zolltarif-Vorlage zur Verhandlung stehen. Da hierbei keinerlei erhebliche Auseinandersetzungen mehr zu erwarten sind, so erscheint nunmehr gesichert, daß die Reichsregierung ihre Absicht auszuführen in der Lage sein wird, die Vorlage dem Reichstage sofort bei seinem Zusammentritt zugehen zu lassen.

In den Blättern der bürgerlichen Parteien wird gegenwärtig lebhaft darüber diskutiert, ob diejenigen Abschnitte des Zolltarifs, welche die Getreidezölle betreffen, nach der ersten Lesung nicht in die Kommissionsberatung gehen, sondern ohne diese im Plenum zur zweiten Beratung gestellt werden sollen. Die „Freisinnige Zeitung" wird in diesem von ihr ausgegangenen Vorschlage durch die agrarische Presse unterstützt. Diese letztere befürchtet, daß durch Kommissionsberatung eine feste Mehrheit für einen Kornzollsatz geschaffen werden wird und dadurch die weitergehenden Zollforderungen des Bündlertums nicht genügend zur Geltung kommen; das liberale Blatt verfolgt dagegen die Absicht, ausführliche Verhandlungen über alle Punkte des Zolltarifs vor der Oeffentlichkeit zu ermöglichen.

So löblich diese Absicht der „Freis. Ztg." ist, so wird man doch gut thun, sich in dieser Frage vorläufig offene Hand zu wahren. Wir werden diejenige Beratungsmethode unterstützen, die uns am geeignetsten erscheinen wird, die möglichste Gründlichkeit der Beratungen zu sichern. —

Der zweite Hunnenprozeß.

Stuttgart, 7. November. (Privat-Telegramm des „Vorwärts".) Vor dem hiesigen Landgericht wurde heute gegen den Genossen Heymann wegen Beleidigung des ostasiatischen Expeditionscorps verhandelt. Die Beleidigung soll durch ein Gedicht im „Wahren Jakob", dessen Redacteur Heymann ist, begangen worden sein. Das Gericht erkannte **auf eine Geldstrafe von 200 M.** —

Von der Oeffentlichkeit der Militärgerichte. Aus Kiel wird uns vom 6. November berichtet: Vor dem Kriegsgericht des 1. Geschwaders hatte sich heute der Korvetten-Kapitän v. Coxhausen, der Kommandant des Kreuzers „Wacht", wegen des unter seiner Führung erfolgten Untergangs des Schiffes zu verantworten. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit an Bord des im hiesigen Kriegshafen liegenden Linienschiffes „Kaiser Wilhelm II." statt. Den Berichterstattern der Presse wurde sogar zur Teilnahme an der Verkündigung des Urteils vom Gerichtsherrn des 1. Geschwadergerichts, Konter-Admiral v. Prittwitz und Gaffron, der Zutritt verweigert, unter Hinweis auf die dem Gericht an Bord zur Verfügung stehenden beschränkten Räumlichkeiten. Bisher haben die Verhandlungen der Marine-Kriegsgerichte stets in dem zu diesem Zweck erst kürzlich noch vergrößerten Gebäude in der Stadt stattgefunden. Jetzt scheint man ein bequemes Mittel entdeckt zu haben, um auch noch die geringen im Gesetz vorgesehenen Garantien der Oeffentlichkeit des Verfahrens in Frage zu stellen. —

Majestätsbeleidigungs-Prozeß vor einem Kriegsgericht.

Fünf Jahre Gefängnis wegen einer Majestätsbeleidigung verhängte das Kriegsgericht in Köln über den Militärgefangenen Engels. Der Angeklagte war wegen gleichen Vergehens bereits mit drei Jahren vorbestraft. Also **acht Jahre Gefängnis** wegen Aeußerungen, bei dessen Urheber man nur Unzurechnungsfähigkeit annehmen kann. Oder sollte wirklich der Mann bei vollem Verstande nach der ersten Strafe abermals eine jahrelange Gefängnisstrafe riskieren? Und wenn er die Aeußerungen mit Bedacht gethan hat, wie vermag das Gericht anzunehmen, daß durch einen solchen Menschen irgend jemand beleidigt werden könnte? —

Ein Trupp von 30 Militärgefangenen ist dieser Tage aus der Strafanstalt in Köln nach dem Festungsgefängnis in Spandau übergeführt worden. Diese Ueberführung wurde, nach der „Volks-Ztg." bewerkstelligt wegen Ueberfüllung des Kölner Militärgefängnisses, welches in letzter Zeit **einen starken Zuwachs durch die aus China zurückgekehrten bestraften Mannschaften** erhalten hat. —

Umsatzsteuer in Hamburg. Die Hamburger Bürgerschaft hatte in ihrer letzten Sitzung wieder einmal eine Umsatzsteuer-Debatte. Die drei Antisemiten der Bürgerschaft haben vor längerer Zeit einen Antrag auf Erlaß eines Umsatzsteuer-Gesetzes gestellt, nachdem im Jahre 1898 schon einmal ein solcher Antrag, den damals der einzige Antisemit Raab gestellt hatte, abgelehnt war. Der neue Antrag sollte eine progressive Umsatzsteuer für solche Großgeschäfte schaffen, die ihre Waren unmittelbar an die Verbraucher absetzen (Warenhäuser, Bazare, Konsumvereine, Filialgeschäfte usw.). Der Antrag hat den ganzen Sommer und Herbst auf der Tagesordnung gestanden, seiner Erledigung ist man aber immer aus dem Wege gegangen. Außer dem Antisemiten Raab sprach diesmal nur noch ein Redner für den Antrag. Der Senatskommissar, Bürgermeister Dr. Mönckeberg, stellte sich auf den Standpunkt, daß nach der Reichs-Gewerbe-Ordnung die Einführung der gewünschten Umsatzsteuer überhaupt gesetzlich unzulässig sei. Unser Genosse Stolten trat ebenfalls mit Entschiedenheit gegen den Antrag ein. Es fand namentliche Abstimmung über den Antrag statt. Derselbe fiel mit 75 Stimmen gegen 31 Stimmen, während im Jahre 1898 nur eine schwache Majorität gegen den damaligen Antrag aufgebracht war. —

Ausland.

Um das Recht des Streikpostenstehens.

London, 3. Nov. (Eig. Ber.) Das Parlamentarische Komitee des Trades-Unions-Kongresses hat vorige Woche den Entschluß gefaßt, einen Teil der Kongreß-Resolution, betreffend den Lords-Entscheid in Sachen der Taffthalbahn, auszuführen und ein Urteil über die Rechtmäßigkeit des Postenstehens (Picketing) zu provozieren. Wie der „Vorwärts" in seinen Berichten über den englischen Gewerkschaftskongreß mitteilte, hat die Textilfirma Bannister Brothers und Moore in Blackburn einen provisorischen Einhaltbefehl gegen das Postenstehen der streikenden Textilarbeiter erhalten. Am 3., 17. und 24. September fanden in dieser Sache Gerichtsverhandlungen in Liverpool statt, die zu einer vorläufigen Bestätigung des Einhaltsbefehls führten. Die Kläger behaupteten, die Streikenden hätten Geldsummen aus dem gemeinsamen Gewerkschaftsfonds den Arbeitswilligen angeboten, um sie zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen; ferner, daß sie im Namen der Gewerkschaft an das Publikum um Unterstützung appelliert hätten. Die Kläger verlangten deshalb, das Gericht möchte den Streikenden verbieten: (A) das Postenstehen vor oder neben den Fabriken, Gebäuden, Häusern der Unternehmer und Arbeitswilligen zwecks Arbeitsverhinderung oder Ueberredung derselben zur Arbeitsniederlegung, außer zur Erteilung von Informationen; (B) Handlungen zu unternehmen, die eine Veranlassung zum Vertragsbruch, oder zur Verschwörung in sich schlössen. Die Streikenden bestritten die Behauptungen der Kläger und erklärten, sie hätten nur Posten gestanden, um den Arbeitswilligen Informationen über die Erklärung und den Verlauf des Streiks zu erteilen. Die Richter schlossen sich zwar insofern den Erklärungen der Angeklagten an, indem sie annahmen, daß die Pickets sich weder des Vertragsbruchs noch der Verschwörung schuldig gemacht haben, erteilten aber trotz alledem den Einhaltsbefehl A.

Die Streikenden wandten sich sodann an das Parlamentarische Komitee des Trades-Unions-Kongresses, um diesen Picketing-fall vor allen Instanzen ausfechten zu lassen. Nach einer genauen Untersuchung des Falles kam das Komitee zur Ueberzeugung, daß die streikenden Arbeiter von Blackburn das Postenstehen in der bisher üblichen und unbeanstandeten Weise ausgeführt und keine strafbare Handlung begangen haben. Das Komitee beschloß deshalb, im Sinne der auf dem Kongresse in Swansea gefaßten Resolution zu handeln und den Prozeß auf Kosten der dort vertreten gewesenen Gewerkschaften auszufechten. Allerdings mit dem Unterschiede, daß anstatt der ursprünglich beschlossenen 5 Schilling pro 1000 Mitglieder jetzt 20 Schilling (1 Pfund Sterling) zu diesem Zwecke verlangt werden. Man sah doch ein, daß man sich verrechnet hatte. —

Oestreich-Ungarn.

Wien, 7. November. Abgeordnetenhaus. In Beantwortung mehrerer Interpellationen wegen der **Vorgänge an der Innsbrucker Universität** erklärt Unterrichtsminister Dr. v. Hartel: Die Regierung habe seit Jahren gesucht, durch die in Ausführung eines einstimmigen Beschlusses des Tiroler Landtages eingeführten italienischen Parallelkurse der juristischen Fakultät, durch welche der ursprüngliche Charakter der Innsbrucker Universität nicht berührt werden konnte, dem Bedürfnis der italienischen Jugend nach Vorlesungen in ihrer Muttersprache zu entsprechen und durch Heranziehung italienischer Lehrkräfte die Vorbedingungen für die Errichtung einer selbständigen italienischen Fakultät zu schaffen, deren Inslebentreten der Beratung der akademischen Behörden der Innsbrucker Universität anheim gestellt werden sollte. Wenn die dabei gehegten Voraussetzungen, wie es nach den jüngsten Vorgängen den Anschein habe, nicht zutreffen, werde es Pflicht der Regierung sein, in andrer Weise für das Studium der italienischen Jugend zu sorgen; die Regierung werde nicht anstehen, in diesem Falle die verfassungsmäßige Zustimmung des Reichsrates einzuholen. Die von dem Alldeutschen Berger beantragte Eröffnung der Debatte über die Antwort des Ministers wird abgelehnt.

Frankreich.

Paris, 7. November. Der Budget-Ausschuß **strich die Kredite zum Bau von drei Panzerschiffen,** die im Jahre 1902 zur Ausführung gelangen sollten. Der Bau dieser Fahrzeuge war bereits seiner Zeit von der Kammer genehmigt worden. Es herrscht über diesen Beschluß des Budgetausschusses in Marinekreisen große Aufregung. —

Asien.

Rußland und Japan in Korea. Wie die „Times" aus Tokio vom 31. v. Mts. melden, überwies Korea an Japan ein Gebiet Landes von 650 Acres bei Chapokpo in der Nähe von Masampo zu einer besonderen Niederlassung, welche von Japan verwaltet werden wird. Dieser Landstrich war früher von einem russischen Kriegsschiff vermessen und abgesteckt worden. — Das Verbot Koreas gegen die Getreide-Ausfuhr wurde mit Rücksicht auf die Vorstellungen Japans zurückgezogen. —

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

34. Sitzung vom Donnerstag, den 7. November, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird um ½6 Uhr vom Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet.

Zunächst werden einige Wahlen vorgenommen. Zu wählen ist je ein Mitglied in die Grundeigentums- und in die Parkdeputation. Gewählt werden die Stadtvv. Eckard (A. L.) mit 57 Stimmen (gegen Hamann (R. L.) mit 24) und Stapf (A. L.) mit 55 (gegen Fasquel (R. L.) mit 28).

Stadtv. **Wallach** berichtet sodann über die Ausschußverhandlungen in Sachen des mit der Großen Berliner Straßenbahn getroffenen Abkommens wegen

Einstellung des Accumulatorenbetriebes.

Der Ausschuß, der unter Vorsitz von Singer getagt hat, ist mit 7 gegen 6 Stimmen zu dem Schlusse gekommen, die von der „Großen" angebotenen 20 000 M. Entschädigung für die Einwilligung in den Verzicht auf die in Betracht kommenden städtischen Vertragsrechte anzunehmen und die Zustimmung zur Herstellung der Anlagen zu empfehlen, die durch die Einstellung des Accumulatorenbetriebs nötig werden. Die diese Einstellung dekretierende Kabinettsorder vom 26. September 1900 wird von der Mehrheit mit dem Magistrat als eine „landespolizeiliche Verfügung" betrachtet.

Stadtv. **Rosenow** erneuert seinen Protest gegen diese Auffassung. Wenn es sich nicht um eine Kabinettsorder handle, die Maßnahme auch nicht auf das Kleinbahngesetz gestützt werden könne, so könne auch der Polizeipräsident nicht einseitig die Einführung eines bestimmten Betriebes, in diesem Fall des Oberleitungsbetriebes dekretieren; er habe damit seine Befugnisse zweifellos überschritten. Die Gesellschaft ihrerseits habe nun unter völliger Mißachtung des mit der Stadt geschlossenen Vertrages einfach das Ergänzungsverfahren behufs zwangsweiser Erlangung der Zustimmung der Stadtgemeinde beantragt; angesichts dieses Umstandes besteht er auf seinem früheren Antrag, die vorgeschlagene Einigung und die Vorlage abzulehnen und ruhig, auch auf die Gefahr hin, daß die Stadt gar nichts, auch nicht diese Bagatelle von 20 000 M., bekomme, den Ausgang des Ergänzungsverfahrens abzuwarten.

Es wird nach dem Ausschußantrage beschlossen.

Die Vorlage betr. die Höhe der den Anliegern der **Voxhagenerstraße** zwischen Frankfurter Allee und Warschauerstraße für Abtretung der zur Straßenfreilegung erforderlichen Terrains zu zahlenden Beiträge gelangt nach den Vorschlägen des Magistrats zur Annahme.

Am 9. Oktober d. J. hat der Ausschuß für die Vorberatung der Anträge Singer betreffend die

Wohnungsnot und die im Wohnungswesen bestehenden Mißstände

seine Arbeiten beendet. Bereits am 29. April hatte er auf Grund von Anträgen der Stadtvv. Haberland (A. L.) und Mommsen mit 6 gegen 4 Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen, der Versammlung zu empfehlen:

„Den Magistrat zu ersuchen, ihr baldmöglichst eine Vorlage zu machen zwecks Errichtung von Wohnhäusern zur Vermietung von kleinen Wohnungen an von der Stadt beschäftigte Arbeiter und Beamte.

Am 5. Juni verhandelte der Ausschuß über den noch rückständigen Antrag III Singer:

Ferner empfiehlt die Versammlung:

a) Die Errichtung eines städtischen Wohnungsamtes, welchem die statistische Beobachtung und schnelle Veröffentlichung aller Vorgänge auf dem Gebiete des Wohnungswesens und des Wohnungsmarktes zur Aufgabe gestellt und dem ein unentgeltlicher Wohnungsnachweis für kleinere Wohnungen angegliedert wird;

b) mit dem königl. Polizeipräsidium in Verbindung zu treten, um den Erlaß einer Polizeiverordnung, durch welche hygienische Minimalforderungen für Wohnräume vorgeschrieben werden, und Anstellung von Wohnungsinspektoren herbeizuführen.

Dieser Antrag, gegen den im Ausschuß auch der Oberbürgermeister sich ausgesprochen hatte, fand vor der Ausschußmehrheit keine Gnade, nicht einmal in der abgeschwächten Fassung:

„Den Magistrat zu ersuchen, die Errichtung eines Wohnungsamtes, eines unentgeltlichen Wohnungsnachweises und von Wohnungsinspektionen in Erwägung zu ziehen."

Dagegen nahm man mit 7 gegen 2 Stimmen einen Antrag Haberland an:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, dafür Sorge zu tragen, daß die statistischen Beobachtungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens derart erweitert worden, daß möglichst alljährlich ein genaues Bild über die Wohnungsverhältnisse gewonnen wird.

Nach den Ferien hat der Ausschuß am 2. Oktober zunächst beschlossen, zu empfehlen, die Petition des Gemeinnützigen Bauvereins zu Schöneberg:

„Zum Zwecke der Herstellung von Wohnungen und Ueberlassung derselben an die Mitglieder gegen billige Vergütung und zu dauerndem Mietbesitz, der nur nach Maßgabe der von dem Aufsichtsrat der Genossenschaft festgestellten Bedingungen kündbar ist, Grund und Boden im westlichen, nordwestlichen oder südwestlichen Teile des Stadtgebiets oder am Ringbahnhof Wilmersdorf-Friedenau in Erbbaupacht oder zu solchen Bedingungen, die einer Genossenschaft einzuhalten möglich sind, überlassen zu wollen,"

dem Magistrat zu überweisen.

Sodann ist der Antrag IV Singer beraten worden:

Die Versammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage, durch welche die Grundsteuer-Ordnung vom 2. Januar 1807 aufgehoben und an deren Stelle eine Besteuerung der bebauten und unbebauten Grundstücke nach dem gemeinen Wert eingeführt wird.

Der Antrag wurde mit 7 gegen 5 Stimmen abgelehnt und es soll lediglich dem Magistrat zur Erwägung gegeben werden, daß die unbebauten Grundstücke wirksamer als bisher, vielleicht im Wege der Besteuerung nach dem gemeinen Wert, herangezogen werden.

Schließlich hat der Ausschuß am 9. d. M. den Antrag Singer vom 10. September:

„Den Magistrat zu ersuchen, das Gelände der ehemaligen Stralauer Wasserwerke für Errichtung kleiner Wohnungen bereit zu stellen und die Bebauung dieses Terrains unter den im Versammlungsbeschluß vom 22. März festgesetzten Bedingungen schnellmöglichst in die Wege zu leiten",

auch in einer von dem Antragsteller modifizierten Fassung mit 7 gegen 6 Stimmen ebenfalls abgelehnt und einem Antrag Mommsen-Haberland zufolge vorgeschlagen:

Den Magistrat zu ersuchen, bei Ausführung des Beschlusses vom 22. März (Unterstützung gemeinnütziger Baugesellschaften) auch das im städtischen Besitz befindliche Gelände der ehemaligen Stralauer Wasserwerke mit in Rücksicht zu ziehen.

Aristokratie das Monopol darauf zu übertragen! — Uebrigens fühle ich mich heut viel besser. Und ob dies nun nur ein vorübergehendes Luftschnappen sein mag, ob ein Zeichen endlich eintretender Heilung, wozu es wahrhaftig Zeit wäre, will ich jedenfalls diesen günstigen Tag benutzen, um Dir ausführlich zu antworten. — Was das Schicksal Deines Prozesses**) anlangt, so wundert mich nur, daß Du Dich einigermaßen darüber gewundert zu haben scheinst! Vielleicht erinnerst Du Dich jetzt des Briefes, den ich Dir gleich anfänglich in Bezug auf Deine Absicht zu klagen schrieb, und bist jetzt weniger verwundert über denselben als damals. Du schreibst, nun wüßtest Du, daß es von den Richtern abhängt bei uns, ob ein Individuum es überhaupt nur bis zum Prozesse bringen kann! Lieber! was habe ich Dir neulich einmal Unrecht gethan, als ich in einem meiner Briefe sagte, daß Du zu schwarz siehst! Ich schlage ganz reuig an meine Brust und nehme das gänzlich zurück. Die preußische Justiz wenigstens scheinst Du bisher in einem noch viel zu rosigen Licht betrachtet zu haben! Da habe ich noch ganz andre Erfahrungen an diesen Burschen gemacht, noch ganz anders starke Beweise für diesen Satz, und noch ganz anders starke Fälle überhaupt an ihnen erlebt, und zwar zu dreimal drei Dutzenden und in Straf-, wie besonders sogar in reinen Civilprozessen, Dinge erlebt, über die wahrscheinlich Dein Justizrat, wenn er sie erführe, nicht nur die Hände, sondern wie mir dies selbst ergangen, auch die Beine sogar vor Verwunderung über dem Kopf zusammenschlagen würde!

Uf! Ich muß die Erinnerung daran gewaltsam unterdrücken. Denn wenn ich an diesen zehnjährigen täglichen Justizmord denke, den ich erlebt habe, so zittert es mir wie Blutwellen vor den Augen, und es ist mir, als ob mich ein Wutstrom ersticken wollte. Nun, ich habe das alles lange bewältigt und niedergelebt, es ist Zeit genug seitdem verflossen, um kalt darüber zu werden, aber nie wölbt sich meine Lippe zu einem Lächeln tieferer Verachtung, als wenn ich von Richter und Recht bei uns sprechen höre. Galeerensträflinge scheinen mir sehr ehrenwerte Leute im Verhältnis zu unsren Richtern zu sein. Nun aber, Du wirst sie fassen dafür, schreibst Du! „Jedenfalls sagst Du, liefern mir die Preußen so ein Material in die Hand, dessen angenehme Folgen in der Londoner Presse sie bald merken sollen!" Nein, lieber Freund, sie werden gar nichts merken. Zwar zweifle ich nicht, daß Du sie in der Londoner Presse darstellen und vernichten wirst. Aber merken werden sie nichts davon, gar nichts, es wird sein, als wenn Du gar nicht geschrieben hättest. Denn englische Blätter liest man bei uns nicht, und siehst Du, von unsren deutschen Zeitungen wird auch keine einzige davon Notiz nehmen, keine einzige auch nur ein armseliges Wörtchen davon bringen! Sie werden sich hüten! Und unsre liberalen Blätter am allermeisten. Wo werden denn diese Kalbsköpfe ein Wörtchen gegen ihr heiligstes Palladium, den „preußischen Richterstand" bringen, bei dessen bloßer Erwähnung sie vor Entzücken schnalzen — sie sprechen schon das Wort nie anders als mit zwei Pausbacken aus — und vor Respekt mit dem Kopf auf die Erde schlagen! O, gar nichts werden sie davon bringen, es von der Donau bis zum Rhein und soweit sonst nur immer die „deutsche Zunge reicht", ruhig totschweigen! Was ist gegen diese Preßverschwörung zu machen? O, unsre Polizei ist, man sage, was man will, noch immer ein viel liberaleres Institut als unsre Presse! Es ist — hilf Himmel! ich weiß wirklich keinen andern Ausdruck für sie — es ist die reine —!

Wie ist gegen dieses interessierte Stillschweigen, gegen diese stillschweigende Verschwörung aller aufzukommen? Pas possible!*) Von Gewissen und Scham haben sie keinen Rest mehr! Was nicht in ihren interessierten Kram paßt — darüber memento mori.**) Ein Trappist kann nicht stummer sein. O, als es noch eine Censur gab, und alles bei uns noch naiv war, es war eine goldene Zeit dagegen! Jetzt ist der Polizeigeist und der gemeinste Servilismus in die Presse selbst übergegangen, und es bedarf freilich keiner Polizei mehr gegen sie, was sie die „neue Preßfreiheit" nennen. Wenn es einer einfällt, dennoch von Deinen Darstellungen irgend eine Notiz zu nehmen, so wird es schlimmer sein, als wenn dies nicht geschehen wäre. Denn man wird Dich etwas sagen lassen, was Du gar nicht gesagt hast, wie das zum Beispiel neulich die „Volkszeitung" in Bezug auf meinen Dir bekannten Aufsatz in den Demokratischen Studien***) fertig gebracht hat, etwas was dem Gegenteil davon sehr ähnlich war.

— — — — — — — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — — — — —

Dich und die Deinigen herzlich grüßend

Dein

F. Lassalle.

NB.: Es wäre sehr schön, wenn ich in Aachen noch eine Antwort empfinge. Bis zum 18. bin ich jedenfalls hier, vielleicht länger; bin ich fort, wird sie nachgeschickt.

**) Gegen die „National-Zeitung", die Karl Voigts Verleumdungen nachgedruckt hatte.

*) Unmöglich!
**) Totschweigen.
***) „Fichtes Politisches Vermächtnis".

Zur heutigen Verhandlung haben die Stadtvv. Augustin und Genossen die Anträge Singer III und IV unverändert wieder eingebracht; außerdem beantragen sie zu dem Ausschußantrag betr. die Schaffung von Wohnungen für städtische Arbeiter und Beamte folgenden Zusatz:

In den Mietsverträgen ist eine vierteljährliche Kündigungsfrist vorzusehen. Von dieser darf ohne Zustimmung des Mieters auch dann nicht abgegangen werden, wenn der Mieter vorher aus seinem Arbeitsverhältnis ausscheidet.

Berichterstatter ist Stadtv. Dr. **Nathan.** Dem Wunsche des Stadtv. Wallach, die sämtlichen Teile gesondert zu behandeln, wird vom Stadtv. Singer widersprochen; man einigt sich dahin, die Besteuerungsfrage für sich zu erörtern.

Der Referent Stadtv. **Nathan** verbreitet sich zunächst über den Ausschußbeschluß bezüglich der Errichtung von städtischen Wohnungen für städtische Arbeiter und spricht sich von seinem persönlichen Standpunkte für den Zusatzantrag Augustin aus. Nur indirekt hänge mit der Frage der Wohnungsnot der Besteuerungsmodus zusammen. Man habe aber allseitig anerkannt, daß die heutige Besteuerung unbebauter Grundstücke eine unzulängliche sei und eine entsprechende Resolution vorgeschlagen.

Stadtv. **Heimann** (Soc.): Wir haben es heute nicht mehr mit der Forderung des Baues eigner städtischer Häuser auf städtischem Terrain zu thun; man hat sich ja entschieden, nicht auf diesen Boden zu treten, sondern nur die Unterstützung von Baugenossenschaften zu empfehlen, und darüber schweben ja noch im Magistrat die Verhandlungen. Heute beschäftigen uns die Mißstände im Wohnungswesen, auf deren Abstellung unsre Anträge gerichtet sind. Gestern hat in Berlin die Ersatzwahl in der dritten Abteilung stattgefunden, welche mit einem großen Siege unsrer Partei, mit dem glänzenden Resultat der Eroberung von sechs Wahlbezirken abgeschlossen haben. Dieses Ergebnis verdanken wir zum großen Teile dem Verhalten der Majorität auch in dieser Frage; die Herren sind eben, wenn auch wider Willen, unsre besten Agitatoren. (Unruhe; lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Die Mehrheit dieser Versammlung hat fast alles getan, was die Hausbesitzer von ihr verlangen können; aber sie ist den Hausbesitzern noch nicht hausagrarisch genug. Diese Herren haben in ihrem Organ, dem „Grundeigentum", eine Reihe von Specialfragen veröffentlicht, welche von den Kandidaten in ihrem Sinne befriedigend beantwortet werden sollen. Darunter befand sich auch die Frage: Wie stellen Sie sich zu der Unterstützung der Baugenossenschaften? Die Baugenossenschaften sollen nach der Forderung dieser Herren von den Stadtverordneten aufs äußerste bekämpft werden. Aber auch in der letzten Sitzung des Ausschusses ist mit nackten, dürren Worten ausgeführt worden, die Wohnungsnot in Berlin könne gar nicht besser und schneller beseitigt werden, als wenn die Stadt ihr eignes Terrain eiligst verkauft und der Bauspekulation überläßt. Daraus ergiebt sich doch, daß auch einflußreiche Mitglieder dieser Versammlung sich allem widersetzen, was auch nur einen Anfang der Beseitigung der Wohnungsmisere bedeutet. Die Ministerialerlasse aus diesem Frühjahr üben doch nur einen ganz sanften, kaum fühlbaren Druck, und dennoch haben sie genügt, um den wilden Zorn der Hausagrarier zu entfesseln; die Herren ziehen gegen die drei Minister, welche sie unterzeichnet haben, in ihren Organen so heftig los, wie ein Socialdemokrat es sich ohne Gefahr nicht erlauben dürfe; sie beschuldigen diese Minister direkt, die Grundlagen der Staatsordnung zu untergraben! Dabei haben jene Erlasse schwerlich mehr als den Wert einer theoretischen Deklaration; aber schon die bloße Möglichkeit, daß in der Wohnungsfrage etwas geschehen könnte, hat genügt, den Zorn der Herren in solchem Grade zu entfachen. Am Montag hat hier eine Versammlung von Hausbesitzern eine Resolution gefaßt, welche den Hausbau seitens der Gemeinde ausdrücklich auf die gesetzlichen Verpflichtungen (des Baues von Schulen rc.) beschränkt wissen will. In alle Zukunft sollen die Riesengewinne der Privatspekulation aus diesem famosen Erwerbszweig ihr überlassen bleiben! Die Hausbesitzer sind also nicht bereit, an der Besserung der Wohnungsverhältnisse mitzuwirken, sondern sie wollen ihre ganze Macht aufbieten, den bestehenden Zustand und ihre Vorrechte zu behalten. — Der erste Ausschußantrag hat uns in seinem Grundgedanken schon vor einem Jahre beschäftigt. Wir wandten uns damals dagegen; der Oberbürgermeister meinte, wir würden uns mit dieser Stellungnahme ernstlich mit den betreffenden städtischen Arbeitern und Beamten auseinanderzusetzen haben. Der Oberbürgermeister hat sich im Irrtum befunden; eine große Versammlung von städtischen Angestellten hat schon im vorigen November öffentlich erklärt, daß sie solche städtischen Wohnhäuser nicht befürworten könnte. Der Oberbürgermeister will sich freilich dadurch nicht beirren lassen; er ist, so äußerte er im Ausschuß, überzeugt, daß die Leute diese Häuser und Wohnungen gern bewohnen würden. Es sollen also hier den Angestellten Wohlthaten aufgezwungen werden, und der Oberbürgermeister hat ja auch erklärt, daß in die Mietskontrakte eine Klausel aufzunehmen sein würde, daß bei Lösung des Arbeitsverhältnisses die Leute auch die Wohnungen räumen müßten — ganz analog dem gehässigen Verfahren zahlreicher Industrieller und leider auch zahlreicher Kommunen. Das Koalitionsrecht wird durch das Wohnen in solchen Häusern unbedingt eingeengt. Würden die Städte sich darauf beschränken, wie es im Reich geschieht, Baugenossenschaften zu unterstützen, aber nicht selbst als Vermieter auftreten, so ließe sich darüber reden. So aber muß diese Wohlthat lediglich eine neue Fessel für die städtischen Arbeiter werden. Ich bitte Sie daher dringend, den Antrag abzulehnen. Sollten Sie gleichwohl darauf eingehen wollen, so versagen Sie wenigstens unsrem Amendement nicht Ihre Zustimmung. Es würde damit verhindert, daß der städtische Arbeiter mit der Arbeit auch zugleich das Obdach verliert. Für den Arbeiter wäre das eine große Sicherung, und für die Stadt verschläge es nichts, wenn er noch ein Vierteljahr in seiner Behausung bleiben darf. — Der zweite Antrag des Ausschusses wegen der statistischen Beobachtungen zeigt, wie der Berg wieder einmal gekreißt, aber nur ein winziges Mäuschen geboren hat. Zu einem so selbstverständlichen Satze zu gelangen, hätte es doch gewiß langer, monatedauernder Ausschußberatungen nicht bedurft. Die Publikationen unsres statistischen Bureaus, so vorzüglich sie sein mögen, kommen ja erst nach 6—7 Jahren heraus; dieses Amt kann das, worauf es ankommt, aber überhaupt nicht ausführen, dazu bedarf es eines besonderen Wohnungsamtes, wie wir es wiederum beantragt haben. Die Vorteile eines damit verbundenen unentgeltlichen Wohnungsnachweises für die ärmere Bevölkerung können gar nicht überschätzt werden. Die Mühseligkeit der Wohnungssuche, der damit verbundene große Zeit- und Geldverlust werden ihr damit zum größeren Teile erspart. Leider sind unsre Anträge wegen Schaffung von Wohnungsinspektionen abgelehnt worden; man hat gespottet, daß wir der Polizei noch nicht genug zu haben schienen und nach dem uniformierten Schutzmann rufen. Daß wir diesen nicht für den geeigneten Wohnungsinspektor halten, darüber ist kein Wort zu verlieren. Ein gewisser Zwang zur Wohnungsrevision muß endlich eingeführt werden. In Essen ist diese Inspektion eingeführt und der derartige Oberbürgermeister Zweigert folgert aus den damit gemachten Erfahrungen, daß der Mangel der Inspektion die Mietspreise steigert, die Inspektion sie vermindert. Allerdings muß ein Teil der Mitglieder der Wohnungskommissionen aus jenen Kreisen entnommen werden, welche es zu schützen gelte. Der Ausschuß aber hat das umfassende Material, welches ihm vorlag, für noch nicht genügend erklärt, um zu einer solchen Maßregel überzugehen. Dieser Einwand ist recht bezeichnend. Es handelt sich um Dinge, welche die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung innig berühren; hier scheut sich Berlin vor einem Schritt, den zahlreiche weniger leistungsfähige Kommunen längst gethan haben. Staatlich würde er gewiß genehmigt werden; haben doch schon fünf deutsche Staaten die Wohnungsinspektion und besteht sie doch schon auch für zahlreiche preußische Gemeinden. Richten Sie die Wohnungsinspektion aus eigner freier Entschließung ein, ehe Sie sich vom preußischen Staate dazu zwingen lassen müssen. — Der letzte Ausschußantrag betrifft die Stralauer Wasserwerke. Wir haben lange geschwankt, ob wir diesen Antrag unterstützen sollen. Unser ursprünglicher Antrag auf schleunige Bereitstellung dieses Terrains für die Errichtung kleiner städtischer Wohnungen hatte gerade den Zweck, die Parzellierung des Terrains durch die Privatspekulation zu verhindern. Wir werden uns mit voller Wucht und Rücksichtslosigkeit für eine Besserung der Wohnungsverhältnisse einsetzen; die Wohnungsfrage wird von der Tagesordnung dieser Versammlung nicht wieder verschwinden! (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Stadtv. **Haberland** (A. L.) bestreitet, daß die Negative der Mehrheit in der Wohnungsfrage die gestrigen Siege der Socialdemokraten herbeigeführt haben könne, denn von allen socialdemokratischen Anträgen sei nur einer abgelehnt worden und zwar der, der die Stadt ins Uferlose geführt haben würde, der Bau von kleinen Wohnungen durch die Stadt selbst. Man müßte dann 15 800 Häuser von Stadt wegen bauen, und dazu reiche das gesamte städtische Terrain nicht aus. — Redner spricht sich im Gegensatz zu der Mehrheit seiner Fraktion für den ersten Ausschußantrag, Errichtung von Häusern für städtische Arbeiter und Beamte, aus, aber gegen das Wohnungsamt, dessen Zwecke auch mit dem Ausschußantrag betr. die statistischen Beobachtungen erreicht würden, gegen den Wohnungsnachweis und vor allem gegen die verlangte Polizeiverordnung und die Wohnungsinspektion, die man in Berlin nicht brauche. Wir hätten doch eine Bau-Ordnung. Im übrigen solle man doch das Reichs-Wohnungsgesetz abwarten. Die Wohnungsverhältnisse hätten sich in den letzten Zeiten erheblich gebessert, auch bestehe eine irgendwie fühlbare Wohnungsnot nicht. Auch seine Freunde hielten die Besteuerung des unbebauten Bodens für eine sehr wichtige Frage und ständen in dieser Beziehung auf dem Boden der Ausschußresolution. Die Besteuerung der bebauten Grundstücke nach dem gemeinen Werte könnten sie aber trotz des Beispiels der Vororte nicht empfehlen; es würde eine allgemeine Umwälzung stattfinden, ohne daß die Stadt einen Nutzen davon hätte. Der unbebaute Grundbesitz betrage eben in Berlin nur 3 Proz., 250 Millionen M. gegen 6½ Milliarde; um solchen Minimums willen lohne es sich nicht, die Grundsteuer-Ordnung zu ändern. Der Antrag wegen der Stralauer Werke sei ja im wesentlichen angenommen worden. Sie (zu den Socialdem.) wollten damit lediglich noch einmal vor den Wahlen die Wohnungsfrage aufrühren (Zustimmung und Widerspruch), um den Liberalen etwas am Zeuge zu flicken. Im Versprechen sind Sie uns stets über; wir versprechen bloß, was wir halten können! (Lachen.)

Stadtv. **Wallach** (A. L.) meint, die Siege der Socialdemokratie seien nicht dem Verhalten der Liberalen, sondern dem neuen Kommunalwahlgesetz zu danken, der Dank komme an eine falsche Adresse. Die erwähnten drei Minister befänden sich mit ihrem Erlasse, in dem sie bloß forderten, ohne etwas zu leisten, in seltsamer Gemeinschaft mit den Socialdemokraten. Es sei sehr leicht, erhöhte Wohnungsfürsorge zu fordern; in letzter Zeit habe die Stadt das Gut Diedersdorf vom Staate übernommen, und darauf befänden sich Arbeiterwohnungen, die nicht für Schweineställe gut genug wären. Redner wendet sich dann gegen die Anträge wegen Errichtung eines Wohnungsamtes und Wohnungsnachweises, sowie gegen das Schreien nach der Polizei behufs Inspektion der Wohnungen. Wo sollten dann die Einwohner derjenigen Wohnungen hin, die die Polizei für unbewohnbar erklärt." Eher ließe sich über eine Reform des Schlafstellenwesens reden. Erfreulich sei ihm das Einverständnis mit den Socialdemokraten in der Ablehnung städtischer Arbeiterwohnhäuser. In Karlsruhe ständen diese Wohnungen leer, kein Arbeiter wolle hineinziehen. Dieselbe Erfahrung mache jetzt Nürnberg. Gebe man den Privaten das Geld so billig, wie es hier für diese Häuser geschehen solle, so würden diese den Bau kleiner Wohnungen gewiß nicht hintanstellen.

Stadtv. **Mommsen:** Die Wohnungsfrage wird sich auch durch die gründlichste Beratung heute noch nicht lösen lassen, nur schrittweise und sehr allmählich wird man ihrer Lösung näher kommen. Das einzige Positive, was aus den langwierigen Ausschußberatungen herausgekommen ist, der Antrag wegen Erbauung städtischer Arbeiter- und Beamten-Wohnhäuser, wird nun heute von Herrn Heimann und Herrn Wallach Arm in Arm bekämpft! Ich stehe nach wie vor auf diesem Antrag und empfehle dessen Annahme. Die Grundwertsteuer ist die einzig richtige; sie wäre sicher schon längst in Berlin eingeführt, hätte man die Unhaltbarkeit der Bauplatzsteuer vorausgesehen.

Stadtv. Dr. **Neumann** (wild) hebt hervor, daß die Berliner amtliche Wohnungsstatistik seit 1861 musterhaft und vorbildlich geführt und ein Ehrentitel der Stadt Berlin sei. Auch erscheine sie keineswegs so verspätet, wie man behauptet habe. Die Zahlen für 1895 lägen im Jahrbuch für 1897 bereits vor.

Stadtv. **Heimann:** Kollege Neumann thut mir Unrecht. Ich habe gegen die wissenschaftliche Qualität der Wohnungsstatistik nicht das geringste sagen wollen und gesagt. In dem Jahrbuch für 1897/98 stehen die Zahlen für 1895 allerdings, aber dieses Jahrbuch ist uns erst 1899 zugegangen. Die da mitgeteilten Ziffern genügen wohl, um das Wohnungselend darzulegen, aber für die akute Wohnungsnot, welche der Ausschuß doch untersuchen sollte, geben sie kein Material. Der Hinweis auf die Bauordnung durch Herrn Haberland ist verfehlt. Die Bauordnung schreibt nur vor, wie die Wohnung gebaut werden soll; vor Ueberfüllung der Wohnungen bewahrt sie uns nicht. Herr Haberland übersieht auch, daß bei den 6½ Milliarden bebauter Grundstücke der kolossale Wert der Häuser mit einbegriffen ist, der doch bei den unbebauten Grundstücken wegfällt. Die bestehende Grundsteuer trifft die kleineren Mieter in den Arbeiterwohnhäusern in der Erhöhung der Mieten besonders schwer. Wir bitten daher, unsrem Antrag zuzustimmen.

Als der Vorsteher dem Stadtv. **Wallach** nochmals das Wort erteilt, werden von vielen Seiten starke Schlußrufe laut. Nachdem der Vorsteher Ruhe geschafft, bittet Herr Wallach, für den Fall, daß der Ausschußantrag wegen der Arbeiterwohnhäuser wider Erwarten Annahme fände, auch den Antrag Augustin anzunehmen. Die Umwandlung der Grundsteuer würde eine ungeheure Arbeit für den Magistrat, eine ungeheuer schwierige Aufgabe für die Abschätzungsbeamten sein und einen reellen Effekt für die Besserung der Wohnungsverhältnisse nicht haben. Diese Steuerfrage habe mit der Wohnungsfrage überhaupt nicht das geringste zu thun.

Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung wird zunächst der Antrag Augustin zu dem ersten Ausschußantrage betreffend den Bau von Arbeiter- und Beamten-Wohnhäusern abgelehnt und darauf bleibt auch der unveränderte Ausschußantrag selbst in der Minderheit. Im übrigen werden, zum Teil nur mit schwachen Mehrheiten, die Ausschußanträge nach Ablehnung der weitergehenden Anträge Augustin angenommen.

Die sonstigen Beratungsgegenstände setzt die Versammlung auf Antrag Kalisch von der Tagesordnung ab.

Schluß nach ½9 Uhr.

Arbeiterinnen Berlins, wahret Eure Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen werden oft gekürzt.

Das Gesetz bestimmt:

Die Arbeitszeit dauert für Arbeiterinnen über 16 Jahre 11 Stunden täglich, mit einstündiger Mittagspause; an Vorabenden von Sonn- und Festtagen nur 10 Stunden, und es muß die Arbeitsstätte an diesen Tagen bis spätestens 5½ Uhr verlassen sein.

Jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren dürfen täglich nur 10 Stunden mit einstündiger Mittagspause sowie je ½stündiger Frühstücks- und Vesperpause beschäftigt werden.

Kündigungen und Entlassungen. Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind z. B.: Unsittliche Angriffe der Unternehmer oder ihrer Vertreter, Thätlichkeiten, grobe Beleidigungen, unregelmäßige Lohnzahlung, bei Accordarbeit nicht ausreichende Beschäftigung usw.

Die Kündigungsfrist ist eine 14tägige; sie kann durch gegenseitige Vereinbarung ausgeschlossen werden. Wenn Kündigungsfristen bestehen, müssen sie für beide Teile gleich sein.

Ausstellung von Zeugnissen. Die Arbeiterin hat das Recht, ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen; besondere Merkmale, welche die Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, sind ungesetzlich und sind zurückzuweisen.

Strafgelder. Bestimmungen über Lohnabzüge in Form von Strafgeldern müssen in der Fabrikordnung, die sichtbar aushängen muß, bekannt gegeben sein. Die Verhängung jeder Strafe muß der Arbeiterin ohne Verzug mitgeteilt werden.

Arbeiterinnen, achtet darauf, daß diese zu Eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt und innegehalten werden.

Wir weisen darum von neuem darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Beseitigung der Mißstände in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!

Frl. Baader, Großgörschenstraße 38, zweiter Hof II. Frau Bauschke, Rostockerstr. 47, Hof II. Frau Dr. Weyl, Lothringerstraße 67, I. Frau Lutz, Waterloo-Ufer 9, im Laden. Frau Mesch, Lychenerstr. 3, links, Aufg. IV. Frau Tietz, Blumenstraße 63, I rechts. Frau Sprung, Markusstr. 18, Aufgang 8, III.

Sprechzeit jeden Mittwochabend von 7—9 Uhr.

Gewerkschaftsbureau, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, II. Flureingang. Vormittags 9—1 und nachmittags 6 bis 8 Uhr.

Die Gewerbe-Inspektorin Fräulein Reichelt, Georgenkirchplatz 22, ist jeden Donnerstag von 7—8 Uhr abends und jeden ersten Sonntag im Monat von 9—10 Uhr vormittags zu sprechen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Frage der Hamburger Accordmaurer.

Hamburg, 7. November. (Privatdepesche des „Vorwärts".) Die Verbandsmaurer wählten gegen wenige Stimmen 9 Personen, die unter Vermittelung der Parteikommission mit den Accordmaurern verhandeln sollen.

Der Polen-Prozeß II.

Posen, 7. November. (W. T. B.) Im Prozeß gegen die polnischen Akademiker wegen Geheimbündelei wurde die Beweisaufnahme heute abend soweit abgeschlossen, daß morgen nach Verlesung einer erbetenen Auskunft des Berliner Polizeipräsidenten die Plaidoyers beginnen werden.

Millerands Freude.

Paris, 7. November. (W. T. B.) Der deutsche Botschafter Fürst Radolin sprach dem Handelsminister Millerand im allerhöchsten Auftrage die Erkenntlichkeit Sr. Maj. des Kaisers aus für die künstlerisch vollendete, kostbare Erinnerungsplaquette, die Millerand Sr. Majestät durch den Botschafter Marquis de Noailles hat überreichen lassen, um seinen Dank abzustatten für die besondere persönliche Förderung, welche der Kaiser durch Uebersendung von Kunstwerken aus seinen Privatsammlungen der Pariser Welt-Ausstellung angedeihen ließ. Millerand gab seiner Freude über die kaiserliche Aufmerksamkeit herzlichsten Ausdruck.

Französische China-Anleihe.

Paris, 7. November. (W. T. B.) In der Budgetkommission äußerte sich heute nachmittag der Finanzminister Caillaux und der frühere Gesandte in China Pichon über die Vorlage zur Deckung der Kosten der China-Expedition und der aus Anlaß derselben an Privatpersonen zu zahlenden Entschädigungen. Die Kommission beschloß, die Anleihe zur Deckung der Kosten der China-Expedition auf **200 Millionen Frank** festzusetzen und den Betrag für die geforderten Entschädigungen nicht in die Anleihe einzubegreifen. Endlich stellte die Kommission fest, daß die Emission in dreiprozentiger unkündbarer Rente erfolgen solle.

Der Sultan giebt nach!

Frankfurt a. M., 7. November. (W. H.) Die „Frankf. Ztg." meldet aus Konstantinopel: Auf dem hier stationierten französischen Kriegsschiff „Vautour" wurde kein Tagesbefehl verlesen, wonach kein Mann das Schiff verlassen darf und dasselbe für alle Eventualitäten bereit sein soll. Der Sultan scheint nun auch den Ernst der Lage erfaßt zu haben. **Gestern sandte der Minister des Aeußern, Tewfik Pascha, eine Note an die französische Botschaft nebst einer Anzahl monatlicher Tratten auf die Zollverwaltung;** dieselben sind auf die französische Botschaft ausgestellt und beginnen vom 1. Dezember. Der Betrag jeder Anweisung ist 25 000 türkische Pfund und **das Ganze entspricht den gesamten für Lorando geltend gemachten Forderungen.** Ferner benachrichtigte Tewfik Pascha den Botschaftsrat Bapst, daß der kaiserliche Ferman, der den chaldäischen Patriarchen anerkennt, bereits erlassen sei, und **die Anerkennung** der andren französischen Forderungen, die in der am Sonntag übergebenen Note gestellt wurden, **auf gutem Wege** sei. Es gilt aber für höchst zweifelhaft, ob Frankreich nunmehr der Lösung der Lorando-Angelegenheit zustimmt, ohne die volle Lösung für die in der Sonntagsnote gestellten und für die Herstellung des französischen Prestige in Syrien und Palästina wichtigen Ansprüche erhalten zu haben.

Keine Gebietserwerbungen.

Köln, 7. November. (W. T. B.) Die „Kölnische Zeitung" meldet: In Berlin hat der französische Botschafter Marquis de Noailles heute über die französische Flottendemonstration Erklärungen abgegeben, die darin gipfeln, daß Frankreich durchaus nicht die Absicht habe, Gebietserwerbungen vorzunehmen, sondern daß die Entsendung der Flotte nach Mytilene nur deshalb erfolgt sei, um Bürgschaften für die Zahlung der vielbesprochenen Forderungen und Sicherheit gegen etwaige türkische Verschleppungen zu erhalten.

Posen, 7. November. (W. T. B.) Bei einem Brande im Dorfe Skarboszewo, Kreis Wreschen, sind, wie das „Posener Tageblatt" meldet, drei Kinder eines Arbeiters verbrannt.

Koblenz, 7. November. (W. T. B.) Wie die „Koblenzer Zeitung" meldet, ist heute vormittag bei Kruft auf der Strecke Andernach—Niedermendig ein Personenzug mit einer Lokomotive zusammengestoßen. Eine Person soll getötet, 15 sollen verletzt sein.

Wien, 7. November. (W. T. B.) Das Abgeordnetenhaus hat heute die Notstandsvorlage der Regierung und die in den Notstandsangelegenheiten eingebrachten Dringlichkeitsanträge angenommen.

London, 7. November. (W. H.) Aus New York wird gemeldet, ein ganzer Häuserblock sei durch Feuersbrunst zerstört worden. Zwei Feuerwehrleute sollen bei den Rettungsarbeiten schwer verletzt worden sein.

New York, 7. November. („Frankf. Ztg.") Bei einem **Theaterbrande** in Hurley (Wisconsin) sind zehn Darsteller, darunter eine deutsche Schauspielerin, ums Leben gekommen.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Gesamtparteitag der Socialdemokratie Oestreichs.

Wien, den 5. November.

Vierter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung.

Zur Verhandlung steht Punkt 4 der Tagesordnung:

Die Zoll- und Handelspolitik der Socialdemokratie.

Referent **Karl Kautsky:**

Ich werde nur die allgemeinen Gesichtspunkte geben; die besondren östreichischen Verhältnisse lasse ich beiseite: hier habe ich von Ihnen zu lernen. Man sagt: die Zollpolitik kann entweder vom Standpunkt des Konsumenten oder vom Standpunkt des Produzenten aus betrachtet werden. So einfach liegt die Sache aber nicht. Die Interessen des Konsumenten, des Käufers, und die Interessen des Produzenten, des Verkäufers, sind nicht die Interessen zweier verschiedener Klassen, sondern nur zwei Momente derselben Individuen. Jeder Käufer ist auch Verkäufer. In dem einen Moment ist er interessiert an hohen, im andren an niedrigen Preisen. Von diesem Standpunkte aus können wir zu keinem Resultat gelangen. Konsumtion und Produktion hängen zusammen wie Einatmen und Ausatmen. Für uns kommt ein andres Interesse entscheidend in Betracht, das Interesse des Proletariats. Der Proletarier hat als Verkäufer seiner Arbeitskraft ein Interesse an dem hohen Preis dieser Ware, aber kein Interesse an dem hohen Preis andrer Waren, denen gegenüber er Konsument ist. Nun ist die Ware Arbeitskraft eine Ware eigenartiger Natur. Sie ist nicht nur die Ware, die Mehrwert produziert, die mit der Persönlichkeit des Menschen verknüpft ist, sie unterliegt auch auf dem Arbeitsmarkt ganz andern Gesetzen. Die Theorie des ehernen Lohngesetzes ist überwunden. Wir wissen, daß der Preis der Ware Arbeitskraft sehr konservativ ist. Die Löhne steigen viel schwerer, sie sinken aber nicht so leicht, als die Preise andrer Waren. Der Arbeiter ist deshalb interessiert am Sinken der Preise und keineswegs am Steigen der Preise der Produkte. Nun sagt man, die Arbeiterklasse ist doch interessiert an hohen Preisen der Industrieprodukte. Denn diese hohen Preise sind verknüpft mit dem Aufschwung der Industrie. Liegt die Industrie danieder, so nutzen dem Arbeiter, wenn er arbeitslos ist, auch die niedrigsten Warenpreise nichts. Aber hohe Preise sind auch bei einer Stagnation der Industrie möglich, wie wir gegenwärtig in Deutschland sehen. Hohe Preise werden auch durch Kartellierungen hervorgerufen, die den Industrie-Aufschwung künstlich beschränken und den Arbeiter herabdrücken. Die Prosperität der Industrie hat auch die Konsequenz, daß der Zinsfuß steigt, daß die Wohnungsnot einsetzt. Wir müßten ja, wenn es sich ausschließlich für uns um die Prosperität der Industrie handelt, uns auch für das Steigen des Zinsfußes erklären und behaupten, daß das Proletariat ein Interesse an der Wohnungsnot hätte. Das Proletariat ist zwar interessiert an der Entwicklung der Industrie, aber nicht an hohen Warenpreisen. Niedrige Preise brauchen auch nicht dadurch zu entstehen, daß die Industrie verfällt. Auch das Interesse der Zukunft bindet das Proletariat an die Entwicklung der Industrie. Ist doch die Entwicklung des Großbetriebes die technische Basis, auf der allein freie Menschen entstehen können. Ich sehe kein andres Mittel als den Großbetrieb, um die Menschen von der Sklaverei zu befreien, ihnen höchsten Wohlstand bei kurzer Arbeitszeit zu garantieren und seine harmonische Entwicklung zu ermöglichen. Und noch eins: Wir stehen auf dem Standpunkt der Volkssouveränetät, der Demokratie. Demokratie bedeutet aber nicht nur die Unabhängigkeit der einzelnen Person, sondern auch die Unabhängigkeit eines Volkes von dem andern. Unabhängig sind aber nur die industriellen Völker. Die agrarischen Völker versinken in Abhängigkeit von den industriellen Völkern. Deshalb ist jedes Volk daran interessiert, eine Großindustrie zu entwickeln. Von diesem Standpunkt aus muß die Frage des Schutzzolls betrachtet werden. Wir müssen die verschiedenen Arten der Zölle unterscheiden. Man kann für einen Zoll sein und den andern verurteilen.

Die primitivste Form des Zolles und in ihrer Schädlichkeit am durchsichtigsten sind die Finanzzölle. Noch heute werden in der Sahara Karawanen geplündert oder Abgaben von ihnen erhoben, wenn sie ein Gebiet durchziehen. Das ist der Ursprung des Finanzzolls, der diesen barbarischen Charakter auch beibehalten, ja verstärkt hat. Früher führte der Handel Luxusprodukte nur für die reichen Leute. Die kapitalistische Produktion aber ist Massenproduktion und erfordert den Verkehr mit Lebensmitteln und Rohstoffen. Dadurch werden jetzt die Finanzzölle zu Zöllen auf Lebensnotwendigkeiten und wirken deshalb um so verderblicher. Von Kaffee, Thee und Kakao erhebt Oestreich jährlich 34 Millionen Kronen. Der Alkoholismus wird durch diese Belastung unschuldiger Genußmittel gefördert. Das schlimmste ist, daß die Finanzzölle, weil sie unmerklich erhoben werden, viel weniger aufreizen, als direkte Steuern. Sie wirken geräuschlos und begünstigen die Entwicklung des Militarismus. Deshalb sind sie bei den Regierenden so beliebt. Von 1877—1900 ist der Ertrag der Finanzzölle in Deutschland von 100 Millionen auf 473 Millionen Mark gestiegen. In derselben Zeit sind die Militärausgaben von 437 Millionen auf 827 Millionen Mark gewachsen. Der Zusammenhang ist klar. Man sagt, die Zölle werden vom Ausland getragen. Der Betrag der Zölle des Inlandes verringert die Preise der eingeführten Waren in gleicher Höhe. Nehmen wir für einen Augenblick an, es sei richtig, daß das Ausland unsre Zölle trägt. Aber auch wir müssen exportieren. Oestreich führt mehr aus, als ein. Diese Theorie ist also sehr zweischneidig. Was wir danach auf der einen Seite gewinnen, müssen wir auf der andern Seite erhöht hergeben. Aber es ist gar nicht wahr, daß das Ausland den Zoll bezahlt. Man versucht immer, die Zölle wieder auf andre Stellen abzuwälzen. Schließlich werden sie von den Schwächsten getragen, die sich gegen die Abwälzung nicht wehren können. Entweder werden die Zölle abgewälzt auf die Konsumenten des Inlandes: die Preise steigen um den Zollbetrag. Oder aber die importierenden Kapitalisten suchen die Zölle auf die eignen Arbeiter abzuwälzen und kürzen die Löhne um den Betrag der Zollerhöhung. So ist es schließlich sehr leicht möglich, daß ein Land die eignen Zölle und die Zölle des Auslandes trägt, namentlich dort, wo die Arbeiter gleich schwach sind als Konsumenten und Produzenten, also in Oestreich. Auf die breite Masse des Volkes fallen also die Zölle mit ganzer Wucht.

Nun zu den eigentlichen Schutzzöllen, die dazu bestimmt sein sollen, die Industrie zu schützen. Thatsächlich besteht ihre Wirkung nur darin, daß sie den Profit des Kapitalisten erhöhen und zwar um den Betrag des Zolles, den die Masse des arbeitenden Volkes zu tragen hat. Dieser Gesichtspunkt macht uns die Schutzzölle nicht sehr sympathisch. Sie sind eine Staatshilfe an das Kapital. Jedenfalls dürfen wir nicht leichtfertig nach Schutzzöllen drängen. Es giebt verschiedene Arten Schutzzoll. Zunächst den privilegierenden Zoll. Das Proletariat hat gar kein Interesse daran, einen besonderen Industriezweig besonders zu entwickeln und die innere Harmonie den Produktionsschichten zu stören. Der privilegierende Zoll kann zur Kartellierung und zur Hemmung der Produktionsentwicklung führen. Das gilt namentlich für die Eisenzölle. Billige Kohle und Eisen sind so nötig wie billiges Brot. Deshalb fort mit den Eisenzöllen. Daneben giebt es noch andre Zölle, die verderblich sind und die ich konservierende Zölle nennen möchte. In diese Kategorie gehören besonders die Agrarzölle, sie sind wesentlich konservativer Natur. Man spricht von der Notlage der Landwirtschaft. Ich erkenne diese Notlage an trotz aller Angriffe auf mich von freihändlerischer Seite. Ich erkenne aber keine Notlage der Großgrundbesitzer an. Auch die Eisenindustrie leidet gegenwärtig in Oestreich Not, in großen Werken wird nicht voll gearbeitet. Deshalb leiden aber die Rothschilds und andren Besitzer der Werke keine Not. Die Not der Landwirtschaft rührt von der Höhe der Grundrente her, die in Europa höher als in Amerika ist. Die hohe Grundrente erhöht die Produktionskosten. Noch auf andre Weise wirken die Agrarzölle konservierend. Sie erhalten den Körnerbau auch da, wo er an sich nicht mehr rentabel wäre, wo die Landwirte die Kosten scheuen, zur Viehzucht überzugehen. Der Großgrundbesitz hat dabei besonders großen Profit, weil bei ihm der Getreidebau vorherrschend ist. In Oestreich sind von 2 Millionen Landwirten höchstens 200 000 an den Getreidezöllen interessiert. Der Kleingrundbesitz ist notwendig, aber der Großgrundbesitz ist schon heute überflüssig, er ist heute eine Drohung. Sie wissen, wie gerade Oestreich unter dem Großgrundbesitz leidet. Jeder Agrarzoll wirkt aber konservierend auf den Großgrundbesitz. Ein 5 Kronenzoll belastet den Kopf der Bevölkerung mit 8 Kronen, eine Familie mit 40 Kronen. Es giebt Familien, die nicht mehr als 200 Kronen im Jahr verdienen und davon sollen diese 40 Kronen abgeben, bloß damit eine Handvoll Leute noch mehr bekommen, damit sie ihre Maitressen besser füttern können, ihre Pferde und ihre Hunde. Eine große Schicht des Proletariats ißt in Oestreich kein Brot, es ist für sie Luxus. Diese Schicht wird durch die Verteuerung des Brotes nur indirekt betroffen, aber sie wird verhindert dadurch, auf ein höheres Niveau der Lebenshaltung hinaufzurücken. (Sehr richtig!)

Eine weitere Art der Zölle sind die Erziehungszölle für die Industrie. Sie sind unter Umständen geeignet die Industrie zu fördern. Aber für das Proletariat sind andre Mittel der Industrie zu helfen, den Erziehungszöllen vorzuziehen. Solches Förderungsmittel der Industrie sehen wir besonders in besserer Schulbildung für die Arbeiter. Auch politische Freiheit ist ein Mittel, den Arbeiter auf eine höhere Stufe der Entwicklung zu heben. Wenn in Rußland die Industrie so wenig konkurrenzfähig ist, so liegt das im wesentlichen an der politischen Unfreiheit der russischen Arbeiter. Die amerikanische Industrie ist aufgeblüht in der Aera der politischen Verfolgung in Deutschland und Oestreich. Die besten europäischen Arbeitskräfte sind in dieser Zeit über den Ocean gegangen. Mit Schutzzöllen ist die amerikanische Konkurrenz nicht zu bekämpfen, nur mit höherer Entwicklung des europäischen Industrie-Arbeiters ist ihr zu begegnen. Gebt dem Arbeiter denselben hohen Lohn, dieselbe politische Freiheit. (Sehr richtig!) Gute Kommunikationsmittel sind ebenfalls geeignet, die Industrie zu fördern und deshalb von uns zu fordern. Gerade Oestreich leidet unter den schlechten Verkehrsmitteln. Hemmend wirkt die Entwicklung des Militarismus. Weiter kommt als hemmend in Betracht die Entwicklung der Kartelle. Eine Regierung, die in diesem Sinne verfährt, würde Industriepolitik machen, die jede Schutzzoll-Politik überflüssig macht. Erklären wir uns also gegen Industrie-Schutzzölle, so wollen wir doch die Industrie nicht schutzlos lassen. Heute haben wir noch nicht die Macht, unser Programm durchzuführen, deshalb ist es noch nicht möglich, ganz auf die Erziehungszölle zu verzichten, wir müssen sie für gewisse Industrien konedieren. Aber nur für gewisse Industrien. Industrien, in denen Kartelle existieren, können wir den Schutzzoll nicht zubilligen, auch den Industrien nicht, die überwiegend exportieren. Wir haben kein Interesse daran, daß die bei uns hergestellten Artikel im Ausland billiger zu haben sind als bei uns. Wir haben kein Interesse, das Ausland zu heben, auf Kosten des Inlandes. So weit geht unsre Internationalität nicht. Erziehungszölle für die Industrie und Agrarzölle sind unvereinbar. In dem Lande, das exportiert, fängt die Landwirtschaft an, den Bedarf nicht mehr decken zu können. Industrieländer sind auf den Getreide-Import angewiesen. Oestreich ist auf dem Wege, für den Freihandel reif zu werden. Er ist natürlich nur Schritt für Schritt zu erlangen. Wir sind deshalb auf Handelsverträge mit mäßigen Tarifen, die langfristig abgeschlossen sind, angewiesen. Die Industrie muß auf Stabilität der Verhältnisse dringen. Die Feinde der Handelsverträge sind die Agrarier, sie haben kein Interesse daran, denn Handelsverträge werden meistens geschlossen auf Kosten der Grundrente. Die Agrarier sind es also auch hier wieder, die den Interessen des Proletariats entgegenarbeiten. Verbunden mit den Agrariern sind die Industrie-Hochschutzzöllner. Den Kampf werden allein die Proletarier zu führen haben. Die Entscheidung fällt in Deutschland, aber die östreichischen Arbeiter haben das gleiche Interesse wie die deutschen Arbeiter. Sie fühlen sich auch auf diesem Gebiete verbunden, denn sie kämpfen zusammen einen Kulturkampf. Lassalle hat einmal gesagt: die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut wird. Wir sind heute schon weiter. Die Arbeiter sind der Fels, auf dem die Kultur der Gegenwart ruht und an diesem Fels werden die schamlosesten Ausbeutungsversuche, die je auf die Taschen des arbeitenden Volkes gerichtet worden sind, zerschellen. (Stürmischer Beifall.)

Korreferent Dr. **Karpeles**

zeigt an der Hand der zollgeschichtlichen Entwicklung Oestreichs, daß den Oestreichern die Zollpolitik bisher stets einerseits von Berlin, andrerseits von Budapest diktiert worden ist. Er kommt zu dem Schluß, daß die erste Freihandelsära Oestreichs kläglich Fiasko gemacht hat, während die 1882 beginnende Schutzzoll-Aera die Industrie wesentlich gehoben habe. Wenn auch die Ausfuhr zurückgegangen sei, so beweise das keineswegs einen Aufschwung der Industrie, denn Oestreich habe aufgehört, ein Getreide exportierendes Land zu sein. Redner wendet sich dann der Vertragspolitik zu und den zur Zeit geltenden Handelsverträgen mit Deutschland. Einen besonderen Vorteil vermag er in dieser Vertragspolitik für Oestreich nicht zu erblicken. Es ist richtig, wenn gesagt wird, wir haben zwar Deutschland nicht zu viel gegeben, aber wir haben von Deutschland zu wenig bekommen. Auch ohne unsre Konzessionen wäre der deutsche Getreidezoll damals auf 3,50 M. herabgesetzt worden. Wohl aber ist die Stabilität, die der Handelsvertrag bewirkt, von Wert. Für die Fortsetzung der Vertragspolitik sind wir alle. Sollte aber der deutsche Tarifentwurf Gesetz werden, dann müßte der östreichische Handelsminister gehängt werden, wenn er nicht jede Position in unsrem Zolltarif mit 3 multipliziert. (Sehr richtig!)

Die verrückten agrarischen Forderungen des deutschen Zolltarif-Entwurfs hat natürlich auch den östreichischen Agrariern den Mund wässerig gemacht. Sie verlangen z. B. statt des bisherigen Dreimark-Weizenzolles einen Neunmark-Zoll. (Ruf: Das ist ja Spaß!) Die Sache darf durchaus nicht spaßhaft genommen werden. Wir stehen vor der Gefahr, daß wir, wenn auch nicht einen Neunmark-, aber einen Sechsmark-Zoll auf Weizen bekommen. Einen andren Standpunkt wie gegenüber den Agrarzöllen muß man den Industriezöllen gegenüber einnehmen. Kautsky war heute sehr konziliant. Er wie andre stehen aber eigentlich auf dem Standpunkte: Wer gegen die Agrarzölle ist, muß auch gegen die Industriezölle sein. Das mag für Deutschland, das keine Industriezölle mehr braucht, richtig sein, für Oestreich ist es nicht richtig. Ich kann mich nicht unter allen Umständen für die Freihandelstheorie erklären. Es kommt auf die Wirkung der Zölle an. Sprechen dieselben Gründe, die gegen die Agrarzölle sprechen, auch gegen die Industriezölle? Kann man bei der Industrie von der Grundrente sprechen? Ich halte es für theoretisch durchaus erlaubt, gegen die Agrarzölle und für Erziehungszölle zu sein. Einen Eisen- und Sodazoll verlangt niemand, aber schwache Industrien können gestützt werden. Auch Kautsky will die Industriezölle nicht auf einmal abschaffen. Warum aber diese staatsmännische Haltung? Die Socialdemokratie müßte doch da vorwärts gehen, nicht zimperlich sein und am Bestehenden nicht rütteln wollen. Vielleicht kommt diese Haltung doch von dem inneren Zweifel her, ob mit den Industriezöllen insgesamt wirklich so viel Unheil verbunden ist. Kautsky hat sich heute lange nicht so freihändlerisch ausgedrückt, wie er es sonst schon gethan hat. Die östreichische Baumwollspinnerei und Weberei arbeitet durchaus nicht mit einem Profit von 25 Prozent. Sie müßte aber mit ihren Preisen um 25 Prozent herabgehen, wenn die englischen Baumwollwaren frei hereinkämen. Der englische Spinner ist dem östreichischen auf jeden Fall überlegen. Er hat eine geringere Frachtrate zu zahlen, ihn drücken nicht die hohen Steuern, die Baumwollbörsen in Manchester und Liverpool sichern ihm eine große Ueberlegenheit zu. Wenn die Garnzölle aufgehoben werden, würden unsre Spinnereien vollkommen ruiniert sein. Unsre Webereien würden höchstens um 5 Proz. billiger produzieren können, also nicht 25, sondern 20 Proz. einbüßen. Wenn aber unsre Webereien um 20 Proz. mit ihren Preisen abgehen sollen, dann müssen die Fabriken zugesperrt werden. Wenn ich die Wahl habe, eine schön gedrechselte Theorie zu acceptieren und eine halbe Million Textilarbeiter brotlos zu machen, dann lasse ich lieber die Theorie, ja mache sogar eine theoretische Dummheit, als daß ich die halbe Million Arbeiter aufs Pflaster setze. (Brod: Sie machen auch eine praktische Dummheit.) Gehen Sie nur in unsre Textilbezirke! Ich stelle also fest: Unsre Produktions-Bedingungen sind in einzelnen Industrien ungünstiger und der Zoll muß einen Ausgleich schaffen. Deshalb sind wir noch lange keine Hochschutzzöllner. Die Erscheinungen in England resultieren nicht aus dem Schutzzollsystem, sondern aus dem übertriebenen Schutzzollsystem. Also nicht abstrakte Theorien, sondern abwägen und da für Schutzzoll, wo es für uns von Vorteil, da für Freihandel eintreten, wo dieser für uns von Vorteil ist. Ich gehe noch weiter und schrecke nicht davor zurück, Zollsätze, wo es notwendig ist, zu erhöhen. (Widerspruch. Rufe: Wo ist es notwendig? Was ist übertrieben?) Uebertrieben sind Zölle da, wo sie nicht mehr der Produktion, sondern nur der kapitalistischen Rente dienen. Wo es notwendig ist, kann ich so nicht sagen. Man wird Vorschläge der Regierung nach dieser Richtung hin nachprüfen müssen. Was ich hier gesagt habe, mag eine Versündigung gegen die Freihandelsprincipien sein, eine Versündigung gegen das Programm ist es nicht. In unsrem Programm steht kein Wort von den Zöllen. Im Erfurter Programm steht ein Satz gegen die Zölle, die das Volk belasten. Auch ich bin gegen alle Zölle, die schädlich sind, aber ebenso für alle Zölle, die uns nützen. Engels hat die amerikanische Schutzzollpolitik gebilligt, ich will ihn deshalb nicht zum Schutzzöllner machen. Wir wollen aus unsrer Enge und Kleinheit heraus. Unsre Industrie muß sich entwickeln, dazu braucht sie Erziehungszölle. Erst wenn die Industrie entwickelt ist, können wir zur politischen Freiheit kommen. Deshalb sage ich, bei uns ist der Schutzzoll revolutionär und er steht erst am Anfang dieser Wirkung. Wir brauchen unsre Kräfte nicht zu zersplittern und gegen Agrarier und Industriezöllner vorzugehen. Unser vornehmste Kampf gilt den Lebensmittelverteuerern und Brotwucherern. (Beifall.)

(Mittagspause.)

Nachmittags-Sitzung.

Die Diskussion über Punkt IV wird eröffnet.

Beer-Wien (Redacteur des Fachblatts der Metallarbeiter):

Von den Interessen der Arbeiter war in der Rede des Korreferenten Karpeles nichts zu hören. Ich widerspreche allen seinen Argumenten und stimme ihm nur darin bei, daß die Frage eine reine praktische ist, die in Deutschland anders entschieden werden kann als bei uns und anders wieder in Ungarn. Auf das historische Gebiet folge ich ihm nicht, denn damit wird nichts bewiesen. Inzwischen hat ja unsre Industrie eine gewaltige Entwicklung durchgemacht. Selbstverständlich hat die Socialdemokratie ein kolossales Interesse daran, daß die Großindustrie sich entfaltet. Ursprünglich wollte ich mich nur über die schädlichen Wirkungen der Eisenzölle und des Eisenkartells äußern, aber da Karpeles sich nur entschlossen hat, uns einen kleinen Winkel seines Herzens zu zeigen, muß ich allgemeiner werden. Karpeles hat von Erziehungszöllen, aber auch von Schutzzöllen gesprochen. Der Schutzzoll verteuert aber nicht nur das Produkt im Inland, er verbilligt unser eignes Produkt im Auslande. Der Standpunkt des Konsumenten darf doch nicht so vernachlässigt werden, wie es Karpeles gethan hat. Die schädlichen Wirkungen des Schutzzolles zeigen sich besonders in der Eisen-Industrie. Ich behaupte, daß ihre Entwicklung nicht durch, sondern trotz des Schutzzolles erfolgt ist. Der Schutzzoll hat die Tendenz, die Industrie bis zu einem gewissen Grade zu entwickeln. Dann aber tritt Stillstand ein, die Produktivkräfte werden nicht weiter entfaltet, weil die Konkurrenz ausgeschaltet ist. Die Arbeiter haben vom Eisenzoll gar nichts gehabt. Pro Metercentner Roheisen beträgt der Lohn nur 5,6 Prozent der Gestehungskosten und 2,8 Prozent des Handelswertes. Durch den Zoll an sich wird gar nicht die Möglichkeit geboten, höhere Löhne zu bezahlen. Auch der Konsum an Eisen ist ein Zeichen für die Höhe der Kultur. Während der Eisenverbrauch in Deutschland 134 Kilogramm pro Kopf beträgt, beträgt er bei uns nur 32 Kilogramm. Der Eisenzoll hat die Industrie so wenig entwickelt, daß die Zahl der in der Eisen- und Eisenverarbeitungs-Industrie bei uns beschäftigten Personen von 1890—1900 nur von 270 000 auf 285 000 gestiegen ist, ein Wachstum, das zum größten Teile auf die Roheisen-Industrie fällt. Gerade von hohen Löhnen hängt die Entwicklungsfähigkeit der Industrie ab. In Amerika sind die hohen Löhne ein wesentlicher Grund für die Blüte der dortigen Industrie. Viel bessere Mittel zur Hebung der Industrie als Schutzzölle sind bessere Schulbildung, gute Socialpolitik, gute Verkehrspolitik. Die Eisenschutzzölle sind schädlich, nicht bloß unnötig, wie Karpeles gesagt hat. Es ist gesagt worden, die Arbeiter hätten überhaupt kein Interesse an dieser Frage, es kann ihnen gleich sein, ob sie schutzzöllnerisch gebraten oder freihändlerisch geschmort werden. Nichts ist falscher. Fast keine Frage geht die Arbeiter mehr an. Wir müssen gegen eine Erhöhung der Zölle energisch Stellung nehmen, noch mehr, wir müssen auf Beseitigung dringen. Karpeles freilich will sogar einzelne Zollpositionen erhöhen. Ein Glück, daß er nicht die Macht dazu hat. Industrie- und Agrarzölle stehen auch in Zusammenhang. Wer höhere Industriezölle konzediert, muß auch höhere Agrarzölle konzedieren! Deshalb ist die Haltung Karpeles auch taktisch unklug. Karpeles hat sogar von Interessengemeinschaft der Arbeiter und Fabrikanten in dieser Frage gesprochen. Karpeles hat Engels für den Schutzzoll citiert. Engels hat den Schutzzoll auch eine Schraube ohne Ende genannt, auch sonst noch die Schädlichkeit des Schutzzolls hervorgehoben. Die Zölle sind in ihrem letzten Wesen nichts andres wie indirekte Steuern. Wir können den Karpelesschen Standpunkt nicht einnehmen. Wir müssen im Princip Freihändler sein, wir können nur die durch den internationalen Verkehr gebotenen Konzessionen machen. Wenn wir Karpeles folgen, dann kommen wir dahin, daß wir schließlich noch für Agrarzölle eintreten. Bis jetzt ist das glücklicherweise noch nicht der Fall. Also Freihandel im Interesse der Industrie, wie auch im Interesse der Arbeiter. (Beifall.)

Kristan-Triest

wendet sich gleichfalls gegen die schutzzöllnerischen Ansichten von Karpeles. Die scheinbaren Vorteile der Schutzzölle für den Arbeiter in einzelnen Industrien würden dadurch paralysiert, daß der Arbeiter auch Konsument ist. Die Schutzzollpolitik verstärkt die Grenzen, schließt das Internationale aus und verstößt so gegen eines unsrer Grundprincipien. Man kann nicht, wie Karpeles, sowohl Freihändler wie Schutzzöllner sein. Ich verstehe ja von diesen Dingen verteufelt wenig, aber es will mir scheinen, daß es dasselbe ist, wenn die Industrie nach Schutzzöllen ruft und wenn das Kleingewerbe Schutz verlangt. Wenn eine Industrie nicht aus eigner Kraft durchdringt, verdient sie nicht zu existieren. Wenn in Oestreich sich gar keine Industrie entwickeln könnte ohne Schutzzölle, wäre es besser, es käme überhaupt keine Industrie her. Die Arbeiter könnten dann dorthin auswandern, wo anständige Löhne gezahlt werden. (Widerspruch.) Die vorliegende Resolution ist ein merkwürdiger Kompromiß zwischen Karpeles und Kautsky.

Pittoni-Triest

hat den Eindruck, als wenn Karpeles als Vertreter der Großindustrie gesprochen habe und nicht als Socialdemokrat und ist empört darüber. Er sei Freihändler in Theorie und Praxis. Was England billiger produzieren könne, solle in England produziert werden, nicht in Oestreich. Kautsky hat das Moment der politischen Freiheit hervorgehoben. Ich wünschte, daß dieses Moment auch in der Resolution zum Ausdruck käme.

Morgenstern-Mährisch-Schönberg

ist theoretisch Freihändler, befürwortet aber die zollpolitische Lostrennung von Ungarn. Nur so kann Ostreich zu günstigen Handelsverträgen kommen. Der Schutzzoll ist seiner Ansicht nach nicht das Mittel, in Oestreich die Großindustrie möglichst rasch zu entwickeln.

Brod-Wien

wendet sich gleichfalls gegen Karpeles, der gar keinen Grund habe, sich als Praktiker zu bezeichnen, denn er sei doch Redacteur und handle nicht in Baumwolle. (Heiterkeit.) Eine theoretische Dummheit schließt nicht aus, daß man eine praktische Dummheit begeht. (Heiterkeit.) Wenn ich theoretisch eine Dummheit begehe, schädige ich nur mich selber, wenn ich aber eine praktische Dummheit mache, dann schädige ich andre. (Große Heiterkeit.) Karpeles hat mit blutendem Herzen ein Citat aus der Brüsseler Rede von Marx über Freihandel und Schutzzoll gebracht. Stellen Sie sich vor, Karpeles hat den Marx citiert. (Große Heiterkeit. Karpeles: Sie haben doch nicht das Monopol. Erneute Heiterkeit.) Er soll die Stelle aber nicht aus dem Zusammenhang reißen. Und 1901 darf doch nicht mit 1847 verglichen werden. Damals handelte es sich um die Bekämpfung der Freihändler, die die Arbeiter an sich locken wollten. Die Freihändler waren damals ganz anders und Marx spricht ja auch von den Freihandels-Hausierburschen. Haben wir heute noch solche? Heute haben wir Schutzzoll-Hausierburschen. Pfaff, Adel und Kapitalisten verbinden sich für den Schutzzoll, der einzige Freihändler, der weiß, was er will, ist der Arbeiter. (Lebhafter Beifall.)

Dr. Adler:

Zum Citat aus Marx möchte ich nur an eines erinnern, was zu thun Karpeles vielleicht nicht gepaßt hat. Die Rede von Marx hat sich nicht gegen Freihandel in der Industrie, sondern gegen Freihandel in Getreide gerichtet. Sie war eine rein politische Rede gegen die Cobdeniten, bestimmt, die Arbeiter aus der Umgarnung der Manchesterleute zu reißen. Sie war eine Rede gegen die Interessenharmonie. Sie sollte uns ein Fingerzeig sein, auch diese Frage politisch zu behandeln. Haben wir es heute noch nötig, die Arbeiter aus einer solchen Interessensolidarität herauszureißen? Nein. Weder die Agrarier, noch die Industriellen haben Einfluß auf die Arbeiterschaft; wir können also frei urteilen. Es ist also für uns einer der vielen Fälle der praktischen Politik, wo die Principien eine geringere Rolle spielen. Wir werden uns auf ein Aktionsprogramm einlassen müssen. Lebensmittelzölle müssen wir bekämpfen, Industriezölle müssen wir uns stellenweise gefallen lassen. Daraus folgt aber nicht, daß wir schon anfangen müssen, dafür zu schwärmen, als wären wir eine Versammlung von Handelskammersekretären. (Heiterkeit.) Krücken sind aber unter Umständen gut, das geben wir zu. Aber von diesem Standpunkt bis zu dem von Karpeles, der die Züchtung, den Import von Millionären fordert, um die industrielle Entwicklung Oestreichs zu fördern, ist noch ein weiter Weg. Wir haben mit der Züchtung von Junkern genug üble Erfahrungen machen müssen, wir glauben, die gezüchteten Industriemillionäre würden auch nicht anders aussehen, und das, was Karpeles von ihnen zu erzählen wußte, klingt recht wenig verlockend. Die Millionäre kommen bei dem Vorschlage von Karpeles ja sehr gut weg, aber ob sich für die Arbeiterschaft Vorteile daraus ergeben, das möchte ich bezweifeln. Die Erfahrung lehrt vielmehr, daß die Züchtung von Millionären zugleich Züchtung von Hungerlöhnen ist. Praktischen, vernünftigen Erwägungen sind wir zugänglich und können daher unter Umständen gewisse Industriezölle als notwendiges Uebel in den Kauf nehmen. Aber wir schwärmen nicht dafür, am allerwenigsten in der Weise, wie Karpeles es hier gethan hat. (Beifall.)

Vanek-Prag

polemisiert gegen Karpeles. Von den Schutzzöllen hat die Arbeiterschaft keinen Vorteil gehabt. Adlers Standpunkt ist zu acceptieren: Auflehnung gegen Agrarzölle, Gefallenlassen der Industriezölle. Ganz falsch ist die Behauptung von Karpeles, daß die Interessen der Arbeiter und Industriellen sich in Bezug auf die Zölle decken. Er beantragte, den ersten Satz der Resolution Kautsky-Karpeles wie folgt zu ändern: „Ob zwar die Socialdemokratie dem heutigen Klassenstaat die Fähigkeit aberkennt, die Produktion zu Gunsten des gesamten Volkes regeln und einrichten zu können, erkennt sie die Notwendigkeit an, daß der Staat den heutigen Verhältnissen entsprechend Maßregeln zur Förderung und Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktion selbst trifft." Dieser Satz entspricht mehr der Fassung unsres Programms.

Anfosbsky-Wien

spricht gegen Karpeles und erklärt sich auch gegen alle Erziehungszölle, die auch nur zum Nutzen weniger Kapitalisten sind.

Die Diskussion schließt hiermit.

In seinem Schlußwort beklagt sich

Karpeles

über Mißverständnisse, die sein Referat hervorgerufen hat. Er wundert sich, daß er nirgends Zustimmung gefunden habe. Am meisten Opposition hat meine Aeußerung von der Interessenharmonie gefunden. Ich habe von der Interessenharmonie nur für den bestimmten Fall gesprochen und dabei natürlich im Auge gehabt, daß unsre Partei geschult genug ist, daß meine Worte nicht als allgemeine Interessenharmonie gedeutet werden können. Wir sind wirklich schon so stark, daß wir es ruhig zugeben können, wenn irgendwo einmal gemeinsame Interessen mit den Industriellen hervortreten. Ich bin in der That dafür, daß Millionäre gezüchtet werden. Dr. Adler sagt, das bedeutet Hungerlöhne. Nehmen wir unsrer Textilindustrie den Zoll, dann sperren die Fabrikanten ihre Fabriken und degradieren die Arbeiter zu Hausindustriellen. Gewiß tritt die Industrie zunächst mit Hungerlöhnen auf; aber wozu haben wir denn unsre Gewerkschaftsorganisationen?

In der Debatte ist zum Ausdruck gebracht worden, daß unsre Industrie nur wegen der niedrigen Löhne und der langen Arbeitszeit konkurrenzfähig ist. Das ist ein Argument für mich. Verlangen wir höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, so können wir nicht in Abrede stellen, daß Erziehungszölle notwendig sind. Beer hat mich angegriffen, obwohl ich ausdrücklich die Eisenzölle als schädlich charakterisiert habe. Am weitesten ist Kristan gegangen, er hat die Schutzzölle als krasse Verletzung eines großen Princips der Internationalität genannt. Wir dienen aber der Internationalität nicht mit Redensarten, sondern indem wir das österreichische Proletariat vorwärts bringen. Ich habe mich nicht principiell für den Schutzzoll ausgesprochen, sondern eine Prüfung in jedem einzelnen Fall verlangt. Gewarnt habe ich nur davor, blindlings ins Freihandelslager hinüberzugehen. Wir haben es nicht notwendig, uns für die industriellen Schutzzöllner ins Zeug zu legen, aber wir haben auch nicht notwendig, uns für die industriellen Freihändler besonders zu erwärmen. Die Aeußerung von der Interessengemeinschaft hätte gar nicht mißverstanden werden können, wenn man sich vor Augen gehalten hätte, daß ich hier als Socialdemokrat gesprochen habe. Das gleiche gilt von der Aeußerung der Züchtung von Millionären. So irrig es ist, wenn die Industriellen meinen, es könne eine Großindustrie geben ohne eine Entwicklung der Socialdemokratie, so irrig ist es auch, wenn wir meinen, die Socialdemokratie könne groß werden ohne eine Entwicklung der Industrie zur Großindustrie in Oestreich. Wenn Sie die Großindustrie wollen, dann stoßen Sie sich nicht an dem Ausdruck „Züchtung der Millionäre". Schmeichelhaft ist dieser Ausdruck nicht.

Kautsky

weist in seinem Schlußwort auf die eigentümliche Erscheinung hin, daß die beiden Referenten dieselbe Resolution gestellt und sich doch schnurstracks widersprochen haben. Wir sind von zwei verschiedenen Gesichtspunkten ausgegangen. Ich habe als socialistischer Propagandist gesprochen, Karpeles als Staatsmann; er hat sich als österreichischer Millerand empfunden, als österreichischer Handelsminister. (Große Heiterkeit.) Karpeles hat auf die österreichische Baumwoll-Industrie hingewiesen. Sie ist sicherlich in schlechter Lage, aber nicht nur in Oestreich. Sie leidet unter chronischer Ueberproduktion und ihre Leiden haben mit Schutzzoll oder Freihandel nichts zu thun. Ich war angenehm überrascht, daß Karpeles Marx und Engels citierte. Nicht wir Marxisten citieren jetzt Marx, sondern die Antidogmatiker berufen sich auf ihn, und zwar citieren sie eine Schrift von ihm desto lieber, je älter eine Schrift von ihm ist. (Heiterkeit.) Das Citat aus Engels hat schon Schippel gegen mich benutzt, es steht aber in einem langen Artikel, der sich gegen den Schutzzoll richtet. Wie lange fahren wir in Oestreich schon im Expreßzug des Schutzzolls und kommen nicht vorwärts. Vielleicht würden wir im Bummelzug weiter gekommen sein, als mit dem Gefährt, das die österreichische Handelspolitik benutzt hat. Mit der Einfügung von Vanek erkläre ich mich einverstanden. Zollfragen haben große Aehnlichkeit mit Militärfragen. Wenn das Deutsche Reich von einem auswärtigen Feinde mutwillig angegriffen wird, dann wird jeder deutsche Socialdemokrat der Regierung, wie sie auch sei, ohne Zögern alle Machtmittel an die Hand geben, um den Feind zurückzuschlagen. Wenn das Attentat auf die Gesittung, das der deutsche Tarif-Entwurf darstellt, Gesetz wird, dann ist das eine Kriegserklärung und auch die österreichische Regierung muß alle Mittel dagegen benutzen. Eine Frage ist die der principiellen Propaganda. Wenn wir gegen den Schutzzoll im eignen Lande auftreten, so geben wir den Freihändlern eine Menge Argumente an die Hand. Wenn die Genossen in Oestreich nun auch gegen den deutschen Zolltarif mit allen Mitteln auftreten, so dürfen sie die eigne Propaganda gegen Agrar- und Industriezölle doch nicht unterlassen. Genosse Karpeles hat von mir behauptet, ich hätte gesagt, wer gegen Agrarzölle ist, muß auch gegen Industriezölle sein. Für alle Länder habe ich diesen Satz nicht aufgestellt. Für Rumänien halte ich Industriezölle z. B. für unentbehrlich. Freihändler sans phrase bin ich also nicht. Aber in fortgeschrittenen Ländern sind Agrarzölle und Industriezölle eng mit einander verbunden, denn in diesen findet industrielle Ausfuhr und agrarische Einfuhr statt. Auf dem Wege, den Karpeles eingeschlagen hat, kommt man dazu, schließlich auch für den Agrarzoll einzutreten. So weit ist ja in Frankreich schon der Baron Millerand gekommen. (Rufe: Baron?) Ja, er ist Baron, seitdem er den russischen Andreas-Orden vom Zaren erhalten hat. Auch bei uns in Deutschland kokettiert ja der Genosse Schippel schon mit den Agrarzöllen. Und ich kann das verstehen. Wer A sagt, muß auch B sagen, das ist einfach die Logik der Thatsachen. Fährt Karpeles mit seinen industriellen Neigungen fort, dann werden wir noch den Tag erleben, wo auch er Agrarzöllner wird. Einen Trumpf glaubte Karpeles damit ausspielen zu können, daß er darauf hinwies, daß wir nur schrittweise zum völligen Freihandel kommen, während er radikal das eine oder das andre wolle. Ich habe mich gewundert, daß Karpeles über Nacht zum Katastrophenpolitiker geworden ist. (Heiterkeit.) In unsrem Programm steht auch die Abschaffung des Privateigentums. Aber noch niemand ist es eingefallen, diese Abschaffung von heute auf morgen zu propagieren. (Heiterkeit.) Ebenso gilt es auch mit dem Freihandel. Freihandel ist das Endziel unsrer handelspolitischen Bewegung, das uns Begeisterung und Energie verleiht. Wozu haben wir denn ein Programm? Karpeles beurteilt auch diese Dinge mit einer Ministerseele. Er will sich grundsätzlich in der Frage des Freihandels nicht festlegen, sondern von Fall zu Fall entscheiden. Auch ein Minister verspricht ja immer, statistische Erhebungen zu veranstalten und dann allen berechtigten Interessen Rechnung zu tragen. (Heiterkeit.) Damit kommen wir aber nicht weiter, wenn wir in die Massen gehen; da werden wir gefragt, wie steht Ihr zu der Frage: Schutzzoll oder Freihandel, und da müssen wir klar antworten können, wenn wir begeistern wollen. Praktisch stehen wir auch nicht vor der Frage, ob wir die Republik wollen oder nicht. Im konkreten Falle handelt es sich um die Preßreform. Aber wir, die wir das republikanische Princip vertreten, können viel geschlossener, viel entschiedener, auf das Princip gestützt, in der konkreten Frage auftreten. Ebenso steht es mit der ökonomischen Reform. Wir wollen die sociale Revolution, praktisch aber handelt es sich um die Altersversicherung. Aber auch hier werden wir viel klarer, energischer und einheitlicher auftreten können, als wenn wir uns von Fall zu Fall entscheiden wollten. Praktisch steht nicht in Frage: Freihandel oder Schutzzoll, die praktische Frage lautet heute: Kampf gegen den Agrarzoll und die monopolistischen Zölle. In dieser Frage wird nur der zielbewußt und entschieden auftreten können, der principiell auf dem Boden des Freihandels steht. Weil wir glauben, daß die praktische Frage ist, wie wir den Kampf gegen unsre schlimmsten Feinde, gegen die Agrarier und Monopolisten am besten führen können, deshalb stimme ich für den Freihandel, nicht aus einem abstrakten Freihandelsinteresse heraus, das ich nie vertreten habe, und deshalb bitte ich Sie, für die Resolution nicht nur zu stimmen, sondern praktisch dafür zu wirken. (Stürmischer Beifall.)

Die Resolution Kautsky-Karpeles (s. „Vorwärts" Nr. 259) wird hierauf mit dem Amendement Vanek einstimmig angenommen.

*

Den Schluß der Sitzung füllt ein Referat des Reichsrats-Abgeordneten Eldersch-Brünn über den sechsten Punkt der Tagesordnung, der vorweg genommen wird, aus. Es handelt sich um die Regierungsvorlage über die Abänderung der Gewerbe-Ordnung. Eldersch giebt eine scharfe Kritik dieser Reform und ihrer zünftlerischen Tendenzen und begründet eingehend die socialdemokratischen Forderungen auf diesem Gebiete.

Schluß 7 Uhr.

Wien, den 6. November.

Fünfter Verhandlungstag.

Am heutigen letzten Verhandlungstage wurde zunächst Punkt 5 der Tagesordnung beraten:

Die Vorlage betr. Alters- und Invaliditäts-Versicherung, Witwen- und Waisen-Versorgung.

Der Referent, **Neumann**-Wien, beleuchtete kritisch den Regierungsentwurf und tadelte besonders die zu niedrige Rente, die zu hohe Altersgrenze, die Art, wie die Beiträge aufgebracht werden sollen und andres mehr. Die Forderungen der Partei faßte er in einer Resolution zusammen, die einstimmig angenommen wird.

*

Dr. Adler berichtet nunmehr über

das Ergebnis der Beratungen der Programm-Kommission.

(Den Wortlaut des neuen Entwurfs siehe hinter diesem Bericht.)

Dr. Adler

begründet die Aenderungen folgendermaßen: Wir haben die wichtigste Angelegenheit des Parteitages jetzt abzuschließen. Ich habe von vornherein meine große Freude und innerlichste Befriedigung darüber auszusprechen, daß die Diskussion den Beweis geliefert hat, daß sich mit unsrer Partei an Einsicht und Intelligenz keine andre Partei dieses Landes messen kann. Mit Stolz können wir auf diesen Parteitag zurücksehen. Bei der Schaffung eines Programms ist das Entscheidende gewiß nicht das einzelne Wort, bei der Beratung aber muß man sich notwendig um Worte streiten. Die Kommission hielt es für richtig, nur das wertvollste und wichtigste aus den Ergebnissen der Debatte herauszugreifen. In der Diskussion ist kein Einwand gegen das, was im Entwurf vorhanden war, erhoben worden. Nur gegen Lücken richtete sich die Kritik. Die Kommission mußte sehen, wie viel von den neuen Vorschlägen in den Entwurf hineinzunehmen war. In ein Programm muß alles hinein, was die Genossen in ihrer Gesamtheit wollen; aber unmöglich konnte alles hineinkommen, was irgend ein Genosse wünschte. Nichts darf im Programm enthalten sein, was der berechtigten und vernünftigen Meinung eines Genossen widerspricht, aber nicht jeder Genosse darf verlangen, daß alle seine Wünsche befriedigt werden. Von diesem Gesichtspunkt müssen Sie ausgehen. Zum Minimalprogramm lag eine Fülle von Anträgen vor, von denen wir nur acceptieren konnten, was uns vereinbar schien mit dem Rahmen des Programms, das doch nur eine Auswahl trifft, aber nicht ins Detail gehen kann. Wenn einzelne Forderungen der Genossen nicht erfüllt wurden, so ist damit nicht gesagt, daß diese Wünsche programmwidrig waren, sondern nur, daß sie nicht ganz in den engen Rahmen des Programms paßten. Ueber die endgültige Redaktion ist in der Kommission völlige Uebereinstimmung erzielt worden, das beweist schon, daß die Arbeit gelungen ist, und ich hoffe, wie die Kommission wird sich auch die Gesamtvertretung der Partei, der Parteitag auf den neuen Entwurf vereinigen.

Wir haben uns in der Kommission um zwei wichtige Punkte gestritten. Zunächst um die Elendstheorie. Der Anregung, den Satz aus dem Hainfelder Programm, der von steigender Massenarmut und wachsender Verelendung spricht, bestehen zu lassen, konnte die Kommission nicht Folge geben. Andrerseits war die Kommission der Meinung, daß die Wurzeln und Ursachen des immer steigenden Klassengegensatzes deutlicher ausgesprochen werden müssen, als es im ersten Entwurf der Fall war. Während es im ersten Entwurf hieß: „Die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes tritt immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft ihrer eignen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihnen selbst geschaffenen Reichtums", schlagen wir Ihnen jetzt folgende Fassung vor: „Es wächst die Masse des Proletariats und der Grad ihrer Ausbeutung". (Bravo!) Es ist damit einem Herzensbedürfnis vieler Genossen genügt und der Satz unterliegt nicht mehr der wissenschaftlichen Anfechtung wie der alte Satz mit dem wachsenden Elend. Jede optimistische Auslegung ist zur Unmöglichkeit geworden. Der Satz hat noch den weiteren Vorteil, daß wir nun endlich einmal mit der Elends-Diskussion fertig sein werden. (Heiterkeit.) Gestatten Sie mir, daß ich meiner Befriedigung darüber Ausdruck gebe, daß diese uns schon zum Halse heraushängende Diskussion nunmehr begraben ist. Ich sollte meinen, auch die Verehrer der alten Fassung sollten von dem „Elend" genug haben. Ich für meine Person hatte wirklich genug. (Heiterkeit.) Die neue Formel hat den Vorteil, daß sie alle Möglichkeiten, alle Resultate der steigenden Ausbeutung umfaßt, daß damit vereinbar ist eine steigende, stagnierende und auch eine fallende Lebenshaltung, was wir gewohnt sind, Verelendung zu nennen. Auch der Buchdrucker, der Metallarbeiter, der mehr als früher verdient, dessen Lebenshaltung sich eventuell gesteigert hat, kann und muß das Bewußtsein haben, daß sich trotzdem der Grad seiner Ausbeutung gesteigert hat, weil er nicht abhängt von seiner Lage, sondern bestimmt wird von dem Anteil des Arbeiters an den Früchten seiner Arbeit, der ihm zukommt. Da die Arbeit beständig produktiver wird, ist das Resultat immer das, daß der Arbeiter schlechter fortkommt, daß der Grad seiner Ausbeutung steigt. Denn der Klassengegensatz, hauptsächlich die Empfindung des Klassengegensatzes steigt, je optimistischer wir die Entwicklung der Gesellschaft beurteilen, je mehr wir sehen, daß die Gesellschaft reicher wird. Der Satz ist wissenschaftlich tadellos, aber auch geeignet, alle Ihre Bedürfnisse für Ihre Agitation zu erfüllen, und gleichzeitig macht er einer langweiligen Diskussion ein Ende.

Ein zweites: Der ursprüngliche Entwurf hat gemeint, daß die Festsetzung des Ziels einer politischen Partei, die die ganze Gesellschaft bis ins Innerste packen und umwälzen will, es eigentlich überflüssig macht, noch zu sagen: ich will die politische Macht, um das Ziel zu erreichen. Aber niemand von den Verfassern des Entwurfs hat daran gezweifelt, daß das Mittel hierzu die Erringung der politischen Macht ist. Da eine große Anzahl Genossen es für notwendig halten, diesen Gedanken ausdrücklich im Programm auszusprechen, so haben wir diesen Wunsch erfüllt, ohne daß wir damit um ein Haarbreit an einer andern Ansicht abzuweichen brauchen. Daß das Mittel zum Ziel die Eroberung der politischen Macht ist, ist jedem Socialdemokraten klar. Wem es nicht klar ist, der hat zwei Wege. Entweder nimmt er sich vor, noch etwas zu lernen (Heiterkeit), oder er muß sich einer andern Partei anschließen.

Sie erinnern sich, wie hatten einen Punkt im Entwurf, wo ich bekennen mußte, ja hier liegt wirklich ein Fehler vor. Es war der Punkt, der von der Ausbildung der Vorbedingungen für die künftige Gesellschaft heute schon handelt. Ich hatte nur das subjektive Moment im Entwurfe hervorgehoben und das objektive vergessen, das Moment, daß die Entwicklung der Gesellschaft selber diese Vorbedingung schafft. Dieser Fehler ist beseitigt. Beide Momente sind jetzt in zwei getrennten Sätzen ausgedrückt. Der Ausdruck „genossenschaftliche Produktion" ist beibehalten, aber mit einem Sicherheitsventil, einem Fallschirm versehen worden (Heiterkeit.) durch den Zusatz „auf Grund gesellschaftlichen Eigentums". Ich glaube, die Sache ist jetzt feuerfest. (Heiterkeit.) Jede Unklarheit von links ist jetzt ausgeschlossen. Der Entwurf war früher sehr schlecht (Heiterkeit), das sehe ich ein; ich habe mich gewehrt, ich hatte mich gefürchtet vor Mißverständnissen von rechts, und von links sind sie gekommen.

Nun kommt ein Satz, der scheinbar eine Wiederholung ist und den ich doch an dieser Stelle um keinen Preis vermissen möchte: „Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein." Dieser Satz, zum Teil aus dem Hainfelder Programm genommen, ist das Wichtigste, was wir im Programm haben, weil er uns abgrenzt gegen alle andren, die sich Socialisten nennen und gern Socialdemokraten werden, wenn sie es nachher wieder nicht zu sein brauchen. Ich denke nicht an die Christlichsocialen, sondern an die ehrlichen katholischen und protestantischen Socialen. Wenn diese sagen: „Das wollen wir ja schließlich auch", dann frage ich sie: Wer soll es aber machen? Und wenn mir die Leute dann sagen: Der Kaiser! dann lächle ich. Wenn Sie sagen: „Das einsichtsvolle Bürgertum!" dann lache ich. (Ruf: Die Kirche!) Von der Kirche wird das nicht mehr behauptet. (Heiterkeit.) Hier liegt eben die Grenze. Den Befreiungskampf kann nach unsrer Meinung nur die Arbeiterklasse selbst führen, wie Marx es ausgedrückt hat, sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein. Damit sie das Werk auch wirken können, müssen wir das Proletariat dazu fähig machen. Das wird in dem folgenden Satz von der Organisierung des Proletariats ausgesprochen. Im ersten Entwurf hieß es „politische Organisierung". Jetzt ist das Wort „politisch" fortgelassen. Damit ist allen Arten der Organisierung des Proletariats Raum gegeben. Es ist die gewerkschaftliche Organisierung mit einbezogen, die wirtschaftliche Organisierung nicht ausgeschlossen. Ich mache diese Unterscheidung, weil die Gewerkschaftsbewegung bereits einen hohen Stand erreicht hat, die wirtschaftliche Organisierung aber noch nicht deutlich erkennbare Gestalt vorgenommen hat. Es sind weiter einige redaktionelle Aenderungen angenommen worden. Aus „heutigen" Zuständen sind wieder „unwürdige" Zustände gemacht worden. Viele halten das für eine Verbesserung, ich halte es nicht für eine Verschlechterung. (Heiterkeit.) Der Name socialdemokratische Arbeiterpartei ist selbstverständlich beibehalten worden. Schließlich ist der Begriff Arbeiterschutz weiter gefaßt worden und als „Schutz der Lebenshaltung der Arbeiter" ins Programm aufgenommen worden. Der Wohnungsschutz, der Lebensmittelschutz ist in diesem Ausdruck mit enthalten. Der vielfach gegebenen Anregung, den Satz von der Erringung der politischen Macht ins Programm aufzunehmen, ist entsprochen worden. Dagegen ist der „gebührende Einfluß" in einen „möglichst großen Einfluß" umgewandelt worden. Ich hielt den Ausdruck „gebührend" für geeigneter, habe mich aber überzeugen müssen, daß ich unrecht hatte. (Heiterkeit.) Man merkt ja erst, ob man richtig spricht, wenn man von den andern auch verstanden wird.

Ich glaube, das Programm ist so gefaßt, daß von einer Ueberschätzung der täglichen Gegenwartsarbeit nicht gesprochen werden kann. Unterlag das Hainfelder Programm der Anschauung, daß es die Gegenwartsarbeit unterschätzte, so hatten einige unsrer Freunde gefürchtet, daß dieses Programm eine Ueberschätzung der Gegenwartsarbeit enthalte. Nach dem neuen Entwurf ist das ganz ausgeschlossen, nach dieser Richtung ist nichts aus dem Programm herauszulesen. Also die Angst derjenigen, die das Endziel am schärfsten betonen, die immer wachsam gegen jede Einschläferung

des revolutionären Gewissens aufgetreten sind, ist unbegründet. In keinem Programm, das ich kenne, ist so sehr der faustische Drang, bis ans Ende der Dinge zu gehen, zum Ausdruck gekommen. In diesem Programm ist keine Stelle, die dem Gedanken auf die heutigen Zustände Ausdruck giebt: Verweile doch, du bist so schön, es macht keinen Moment den Versuch, uns aufs Faulbett zu werfen und unsre letzten Ziele für ein Linsengericht verkaufen zu lassen. (Beifall.) Redner geht hierauf auf die Minimalforderungen im zweiten Teil des Programms ein, in dem einigen Anträgen entsprechend einige neue Forderungen aufgenommen worden sind. Der Satz: Religion ist Privatsache, ist geblieben und nicht durch „Sache persönlicher Ueberzeugung" ersetzt worden. Dagegen ist bei der Aufstellung der Schulforderungen der Anregung der Czechen Folge geleistet worden, wonach den pädagogischen Bedürfnissen der einzelnen Völker Rechnung getragen werden soll.

Damit bin ich mit der Besprechung des eigentlichen Programms fertig. Ich habe noch ausdrücklich zu erklären, daß die Kommission es abgelehnt hat, den Hellerschen Antrag aufzunehmen, wonach die Arbeiterschutzforderungen nur im Hinblick auf das Endziel erhoben werden sollen. Wahrscheinlich erscheint den Einbringern dieser Antrag nach der jetzigen Gestaltung des Programms minder notwendig.

Ein andrer Antrag war nicht principieller, sondern konkreter Natur. Der Antrag Hueber auf „gesetzliche Anerkennung der Kollektivarbeitsverträge". Dieser Antrag erschien uns als zumächst noch nicht reif. Es wurde geltend gemacht, daß von dieser gesetzlichen Anerkennung die Unternehmer mehr profitieren könnten, als die Gewerkschaften. Fälle in England mahnten zur Vorsicht; es scheint angemessen, daß erst ein Gewerkschaftskongreß die Frage gründlich prüft. Also vertagen wir vorläufig diese Anregung.

Wir schlagen Ihnen vor, den veränderten Entwurf als Parteiprogramm anzunehmen und ihm einzuverleiben die programmatische Erklärung unsres letzten Parteitages bezüglich der Nationalitäten. Wir schlagen Ihnen jedoch nicht vor, die Resolution zur Landagitation, die der deutsche Parteitag in Graz angenommen hat, dem Gesamtprogramm einzufügen, ohne daß wir dem Inhalt dieser Resolution irgendwie zu nahe treten wollen. Wir glauben aber, daß sie noch nicht den Grad der Reife und zwingenden Notwendigkeit für die Gesamtpartei hat, um sie ins Gesamtprogramm aufzunehmen. Die Genossen, die über diese Resolution, die weiter ein Fingerzeig für die Landagitation der deutschen Genossen bleiben wird, die Nase rümpfen, erwarte ich bei einer künftigen Agrardebatte. (Heiterkeit.)

Und nun komme ich zum Schluß. Wir haben uns geplagt, in diesem Programm den richtigen Ausdruck für das zu finden, was wir alle wollen. Ich habe in meiner ersten Rede gesagt, daß ich den größten Wert darauf lege, daß der Inhalt des Programms richtig ist, daß aber ein richtiger Gedanke verschieden ausgedrückt werden kann. Diese Anschauung von der Möglichkeit einer verschiedenen Ausdrucksweise hat bei einzelnen Genossen den Verdacht erweckt, als wäre ich dem Wortlaut des Programms gegenüber gleichgültig. Ich bin bereit, mit jedem Genossen über den Inhalt des Programms zu diskutieren und werde dabei bestrebt sein, die Form und die Ausdrucksweise zu wählen, die er am besten versteht. Ich werde, wenn ich ein Programm abfasse, nur jene Ausdrücke zu wählen trachten, die genau so verstanden werden, wie sie unsrer Anschauung entspricht. Wenn ich von dem relativen Gewicht einer bestimmten Ausdrucksweise im Programmentwurf gesprochen habe, so bin ich doch weit entfernt davon, gleichgültig zu sein gegen den Wortlaut, nachdem er Programm geworden ist. Die Wiederholung derselben Sätze durch Jahre und durch viele Menschen schadet dem Wortlaut. Eine Münze, auch wenn sie noch so scharf geprägt ist, wird im Laufe der Zeit abgegriffen. Aber, Parteigenossen, das hindert nicht, daß auf dem Wege von der Prägung bis zum endgültigen Verschleiß, daß diese Münze, diese Prägung, dieses bestimmte Wort uns die allergrößten Dienste leistet, ja ganz unentbehrlich ist, nicht nur für unsre Agitation, für die Erziehung der Massen, wo man bestimmte Prägungen braucht. Wiederholung ewig derselben Sätze, bis es verstanden wird. Wir brauchen es auch für uns selber. Die Hirnvorgänge sind alle flüssiger Natur. Wir unterliegen selbstverständlich den Einflüssen, die von allen Seiten kommen. Es ist nicht immer leicht, die Identität des Wollens und Wissens festzustellen. Das ist bei dem Einzelnen der Fall, wie erst bei einer Gesamtheit, die kämpft. Wir brauchen einen ganz bestimmten scharfen Ausdruck dafür, wer zu uns gehört und wer außerhalb unsres Kreises steht. Heutzutage, wo alles rötlich schimmert, giebt es Schattierungen vom Rot durch Rosa bis zum Weiß, wo alle möglichen socialen Auffassungen Platz haben. Ich unterschätze durchaus nicht die Gedankenarbeit, die in der Selbstkritik, in der endlosen, nie enden sollenden Arbeit an sich selbst liegt. Wenn jemand in die Wüste ziehen will, um sich die letzten socialen Dinge klar zu machen, so habe ich nichts dagegen, wenn er dabei philosophiert bis an sein Lebensende. Wer aber praktisch arbeiten will, wer in der Partei steht, der hat die subjektive Notwendigkeit und die objektive Pflicht, unter diese Erwägungen von beiden Seiten und nach tausend Seiten hin endlich einen Strich zu ziehen, zu summieren und zu sagen: Auf Grund aller dieser Erwägungen bin ich entschlossen, das und das zu thun! (Stürmischer Beifall.) Diese Pflicht haben wir als einzelne, wie viel mehr noch die Partei als Gesamtheit, weil sie sonst nicht arbeiten kann. Gewiß, das Gehirn ist ein Hemmungsorgan, und darin liegt seine Würde. Aber wenn das Gehirn gar nichts weiter thut, als hemmen, so geschieht das auf Kosten der Erregbarkeit seiner motorischen Centren. (Stürmischer Beifall.) Ich greife niemand an, ich verteidige mich gegen den Vorwurf, daß ich gleichgültig gegen die Fassung des Wortlauts wäre. Wir haben ein Programm, das der Gesamtmeinung der Gesamtpartei entspricht, ein Programm, dem kein Parteigenosse zu widersprechen gezwungen ist, wenn auch natürlich nicht alle Wünsche jedes Einzelnen berücksichtigt werden sollen. Wir haben ein Programm, das unsre Ueberzeugung, unsren Willen, unsre allernächsten Forderungen ausspricht und welches geeignet ist, uns für die nächste Zeit dieselben großen Dienste zu leisten, die uns bisher das Hainfelder Programm geleistet hat. (Stürmischer Beifall.)

•

Nachdem noch der Korreferent **Steiner**-Wien (Czeche) seine Zustimmung zu dem neuen Entwurf erklärt hat, wird auf Antrag von **Skaret**-Wien der neue Entwurf **einstimmig en bloc angenommen.** (Stürmisches Händeklatschen.)

Hierauf wird die folgende noch einmal redigierte Resolution zur Vorlage über die Gewerbe-Ordnung einstimmig angenommen:

Die von der Regierung vorbereitete Reform der Gewerbe-Ordnung beinhaltet nichts andres als eine Konzession an die rückständigen Anschauungen unsres wildgewordenen Kleinbürgertums und eine Knebelung jener Bestrebungen der in Betracht kommenden Arbeiterschichten, welche auf eine Hebung ihrer unwürdigen Lebenshaltung abzielen.

Dem Kleingewerbe und dem Kleinhandel wird durch die Stilübungen über die Verschärfung des Befähigungsnachweises und den Ausbau der Zwangsgenossenschaften nicht geholfen, dagegen das ungeheuerliche Lehrlingselend noch mehr verschärft und der ohnedies äußerst unzulängliche Einfluß der Gehilfenschaft in den Genossenschaften noch weiter eingeschränkt, ja es sollen die Gehilfen dem Diktate bornierter Genossenschaftsversammlungen direkt ausgeliefert werden.

Dieses Attentat der Regierung gegen die organisierte Arbeiterschaft fordert zur schärfsten Abwehr heraus, und der Parteitag macht es den Genossen in den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen zur Pflicht, in ihrem Wirkungskreise rechtzeitig gegen die geplante Verschlechterung unsrer ohnedies reaktionären Gewerbegesetzgebung entschieden Stellung zu nehmen. Sollte die Regierung kurzsichtig genug sein, die Abänderungsvorschläge der organisierten Arbeiterschaft nicht entsprechend zu würdigen und an ihren Reformvorschlägen aus politischen Gründen eigensinnig festzuhalten, so wird der socialdemokratische Verband des Abgeordnetenhauses aufgefordert, das Zustandekommen einer solchen arbeiterfeindlichen Reform der Gewerbe-Ordnung mit allen zweckdienlichen Mitteln zu vereiteln.

•

In die Kontrollkommission werden **Neumann**-Wien, Frau **Schlesinger**-Wien und **Kubanek** (Czeche) gewählt.

Eine Anzahl Anträge werden der Parteileitung zur Berücksichtigung überwiesen.

•

Folgende bemerkenswerte Resolution wurde einstimmig angenommen:

In Anbetracht der sich von Jahr zu Jahr häufenden Mißhandlungen, Selbstmorde und ungerechten, unbegreiflichen Verurteilungen und Bestrebungen in der Armee, fordert die Socialdemokratie die schleunigste **Reform und Oeffentlichkeit der Militärgerichte**, insbesondere ein freies unbehindertes und unbeeinflußbares Beschwerderecht für jeden Soldaten bei jeder Instanz.

Der Parteitag beschließt: **Die Reichsratsfraktion wird beauftragt, in nächster Session in energischer Art und Weise einen** Antrag betr. die Reform der Militär-Strafprozeßordnung zur Verhandlung zu bringen.

Ein Antrag der **Bezirksorganisation Römerstadt: „Es sind Wirtschafts-Genossenschaften und Konsumvereine als ein Mittel**, die Partei zu stärken, offiziell zu unterstützen", wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Entrüstungs-Resolutionen **gegen den Transvaalkrieg** und die **englischen Greuelthaten** wie gegen die **Niedermetzelung der Armenier** durch die Türken, wurden angenommen, ebenso wird für die kämpfenden Arbeiter und die Intelligenz **im Zarenreiche** eine Sympathiekundgebung beschlossen.

Die Bestimmung über den **Ort der Abhaltung** des nächsten Gesamt-Parteitags wird der Gesamt-Parteileitung überlassen.

Damit ist die Tagesordnung des Parteitags erledigt.

Popp giebt einen **Rückblick auf die Verhandlungen des Parteitags.** Er spricht die Ueberzeugung aus, daß das neue Programm die Partei zu neuen Siegen und Erfolgen führen werde.

Die Vertreter der einzelnen Nationen schließen sich in kurzen, in ihren Landessprachen gehaltenen Worten diesen Ausführungen an.

Popp schließt den Parteitag **mit einem** dreimal begeistert aufgenommenen **Hoch** auf die internationale Socialdemokratie. Die Delegierten singen stehend **das Lied der Arbeit und der roten Fahne.** Der Parteitag ist geschlossen.

Schluß der Sitzung 2¼ Uhr.

Das neue Programm der österreichischen Socialdemokratie.

Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oestreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblicher Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eignen Arbeit und zu dem Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß, und daß der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. **Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Oestreich**, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oestreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnutzung der Arbeiter zu Gunsten der bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oestreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen, und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die österreichische Socialdemokratie zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom zwanzigsten Lebensjahr an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung der Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Civilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder, sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Thätigkeit hemmenden Lasten und Schranken.

Als Minimum an **Arbeiterschutz** fordert die österreichische Socialdemokratie:

1. Volle Koalitionsfreiheit, gesetzliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisation, gesetzliche Gleichstellung der Landarbeiter, Aufhebung der Dienstboten-Ordnungen.

2. Achtstündiger Maximal-Arbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahme.

3. Verbot der Nachtarbeit mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt; die Nachtarbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter ist jedoch ausnahmslos zu verbieten.

4. Volle Sonntagsruhe in der Dauer von mindestens 36 Stunden.

5. Strenge Durchführung des Verbotes der Erwerbsarbeit von Kindern unter 14 Jahren; ausreichende Schutzgesetze für Lehrlinge und jugendliche Arbeiter.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den besonders für den weiblichen Organismus schädlichen Betrieben.

Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Art und Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Handel, Hausindustrie) zu gelten.

Ausbau des Gewerbe-Inspektorats; Vermehrung der Inspektoren, denen exekutive Befugnisse zu geben sind; Mitwirkung der Arbeiterorganisationen an der Kontrolle der Durchführung des Arbeiterschutzes durch die von ihnen gewählten Inspektoren und Inspektorinnen.

Ueber Unternehmer, die das Arbeiterschutz-Gesetz übertreten, sind strenge Strafen zu verhängen, die nicht in Geldstrafen umgewandelt werden dürfen.

Die Arbeiterversicherung ist einer durchgreifenden Reform zu unterziehen, durch Einführung einer allgemeinen Alters- und Invalidenversicherung sowie Witwen- und Waisenversorgung zu ergänzen und unter durchgängiger Selbstverwaltung der Versicherten einheitlich zu organisieren.

Vereinskalender.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Zweiter Vorsitzender: A. Hübner, Wilhelmstraße 134. — Erster Kassierer Seltrit, Fidicinstr. 16. — Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Lausitzerstraße 33. — **Freitag.** Uebungsstunde abends 9—11 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. — „Kaiser'scher Männerchor", Wermut, Schwedterstr. 23/24. — „Nord", Adolf Neumann, Brunnenstr. 150. — „Buchbinder Männerchor", Fürstenhof, Köpnickerstr. 137/38. — „Vereinte Sangesbrüder Moabits", Pfarr, Puttlitzstraße 10. — „Maiglöckchen I", Sachse, Lindowerstr. 20. — „Gemütlichkeit", Thiede, Seydelstr. 30. — „Georgina", Balzer, Grünauerstr. 14. — „Rheingold", Feind, Weinstraße 11. — „Männer-Gesangverein", Brandenburg a. H., Mengert, Bergstr. 6. — „Nordwacht", Mildrodt, Müllerstraße 7. — „Sängerkreis", Weißensee, Wassermann, Königs-Chaussee 55. — „Eintracht II", Eberswalde, Restaurant „Zur Mühle". — „Neue Zeit", Lorenz, Voltastr. 43. — „Klingmüllerscher Männerchor", Weißensee, Zum Prälaten, Lehderstr. 122. — „Karthaus-Kummerscher Männerchor", Schulz, Blumenstraße 38. — „Sangesblüten", Herzog, Marsiliusstr. 8. — Gesangverein der „Putzer", Bauer, Rosenthalerstr. 57. — „Freie Sänger I", Heegermühle b. Eberswalde, Baugatz, Jagdschlößchen. — „Rosalia", Plaen, Königsbergerstraße 34. — „Ruf", Falckensteinstraße 4. — „Sängerhort", Vogel, Wrangelstr. 74. — „Borax", Krüger, Naunynstr. 6. — „Melodia I", Rixdorf, Mercier, Steinmetzstr. 55. — „Einigkeit Nordwest", Vetter, Bredowstraße 11. — „Freiheit Moabit", Fischer, Waldstr. 8 — „Liedesfreundschaft", Treptow, Michler, Ernststraße 26. — „Waldkapelle", Ladewig, Kommandantenstr. 65. — „Freiheit Nord", Wilk, Burgsdorf- und Wildenowstraßen-Ecke. — „Sangeslust III", Tempelhof, Adel, Germania 20. — „Völkerfrühling", Höhlke, Oranienstr. 109. — „Solidarität II", Potsdam, Brandenb. Kommunikation 16, Glaser. — „Liedeslust II", Potsdam, Brandenb. Kommunikation 16, Glaser. — „Geselligkeit II", Hennigsdorf, Böhmer, Hauptstr. — „Frohsinn I", Rummelsburg, Goethe- und Kantstraßen-Ecke. — „Metallarbeiter Osten", Tabbert, Markusstraße 14. — „Lorbeerkranz", Spät, Weinstr. 11. — „Morgenrot", Charlottenburg, Springer, Göthestr. 67a. — „Klinkmüllerscher Männerchor", Weißensee, Storckewski, Lehderstr. 123. — „Rixdorfer Männerchor I", Rixdorf, Klemke, Bergstr. 137 (Deutsches Wirtshaus). — „Zündholz", Becker Friezenerstraße 6. — „Frohsinn II", Adlershof, Rohde, Genossenschafts-Wirtshaus. — „Freiheit II", Neu-Weißensee, Schmutz, Königs-Chaussee 38. — „Morgenrot I", Rummelsburg, Müller, Tilsterschmidt- und Mozartstraßen-Ecke.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Albert Liebetrau, Berlin, Puttbuserstraße 44, IV. **Freitag:** „Germania", Schmiechen, Willibald Alexisstr. 21. — „Frohe Stunde", Gurlt, Alexandrinenstr. 121. — „Brasil", Schonheim, Gräfestr. 8. — „Deutsche Eiche", Schulz in Kagel. — „Alpenrose", Reinickendorf, Paul, Justusstr. 53.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Freitag. Tanzlehrerverein „Solidarität", Englischer Hof, Neue Roßstr. 3. — Geselliger Verein „Lustige Brüder", Liedtke, Manteuffelstr. 125. — Schwimmklub „Hecht", städtische Badeanstalt, Turmstraße. — Amateurphotographen. „Gut Licht", jeden Freitag nach dem 1. und 15. d. M., Manteuffelstr. 119. — Gesangv. „Jugendfreunden", Brunnenstr. 30.

Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen an E. Bratke, Pankstr. 21. „Gut-Naß", städtische Badeanstalt, Turmstr. 85a. — „Ost", städtische Badeanstalt, Schillingsbrücke. — „Hellas", städtische Badeanstalt, Schillingsbrücke.

Arbeiter-Stenographenvereine. „Stolze" (Einigungssystem). **Freitag.** Tanz-Institut Gruse, Auenstr. 16, abends 8½ Uhr.

Verein zielbewußter Händler und Geschäftsinhaber. Jeden Freitag nach dem 15. im „Englischen Garten", Alexanderstr. 27c.

Zwanglose Zusammenkunft mit Damen im Restaurant des Gewerkschaftshauses. Am Freitag: Sattler.

Arbeiterverein „Vorwärts", Kopenhagen. Jeden Sonnabend im Verkehrslokal, **Korsgade 49**: Versammlung. Daselbst befindet sich auch die Bibliothek des Vereins. Die nach Kopenhagen kommenden Genossen wollen dies beachten.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität". Gau 9 (Prov. Brandenburg). Alle Zuschriften und Anfragen, den Bund betreffend, sind zu richten an den Gau-Vorsitzenden Karl Fischer, Berlin NW., Waldstr. 8. **Freitag:** Arb.-Radf.-Verein „Vorwärts", Rixdorf, Freitag nach dem 1. und 15. bei Zibell, Reuterstr. 54 a. — Arb.-Radf.-Verein „Charlottenburg", Freitag nach dem 1. und 15. bei Müller, Bismarckstr. 23. — Radf.-Verein „Blitz", Berlin, bei Meier, Strelitzerstr. 10. — „Concordia", Gr.-Lichterfelde, jeden Freitag nach dem 1. und 15. bei Pagel, Chausseestr. 104.

Witterungsübersicht vom 7. November 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	756	WNW	6	heiter	8	Haparanda	737	N	4	bedeckt	1
Hamburg	761	W	3	bedeckt	8	Petersburg	740	SSW	1	heiter	3
Berlin	759	WNW	4	Regen	8	Cork	772	N	2	Regen	4
Frankf./M.	769	SW	2	Nebel	−1	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	769	SW	3	heiter	−2	Paris	770	N	1	bedeckt	−3
Wien	765	Still	—	Dunst	−2						

Wetter-Prognose für Freitag, den 8. November 1901.

Kühler, vielfach heiter, jedoch sehr unbeständig mit Regen- oder Hagelschauern und frischen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 8. November.

Opernhaus. 3. Sinfonie-Abend der königlichen Kapelle. Anfang 7½ Uhr.
Mittags 12 Uhr: Oeffentliche Hauptprobe.
Schauspielhaus. Der Kaufmann von Venedig. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Luther. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Hans Huckebein. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Maria Magdalene. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Ueber unsre Kraft. (2. Teil.) Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Die Fee Caprice. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Sein Doppelgänger. Im Coupé. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Das Ewig-Weibliche. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Der Bettelstudent. Anfang 7½ Uhr.
Secessionsbühne. Detlev Liliencrons Buntes Brettl. Anfang 8 Uhr.
Central. Der Seekadett. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Ein tolles Geschäft. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Schiedsmann Hempel. Anfang 8 Uhr.
Carl Weiß. Der Märchenbrunnen. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Offenbach-Cyklus. Fortunios Lied. — Fritzchen und Lieschen. — Dorothea. Anfang 7½ Uhr.
Belle-Alliance. Onkel Bräsig. Anfang 8 Uhr.
Casino-Theater. Berlin W — Berlin N. Specialitäten. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung König Aqua. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Specialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Specialitäten-Vorstellung. Großstadtzauber. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal.) Abends 8 Uhr: Ueber den Wolken.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr. Sternwarte.

Schöneberg.

Sonntag, den 10. November, mittags 12 Uhr, im Obstschen Lokale,
Meiningerstraße Nr. 8:

Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Bedeutung der Kommunalwahlen. Referent: **Aug. Bebel.**

Pflicht eines jeden Parteigenossen ist es, in den uns fernstehenden Wählerkreisen für diese Versammlung zu agitieren. 203/19

Das Wahlkomitee.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolken
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**

Castans Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Horwarths wunderbare
6 Liliputaner
mit ihren kleinsten Pferden der Welt und Pracht-Equipage!

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.

Der Märchenbrunnen.
Große Berliner Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Kurt Junge. Musik von Alb. Wicher. Anf. 8 Uhr. Morgen: Dies. Vorstell. Sonnabendnachm.: Prinz Diamant.

Thalia-Theater.

Ein tolles Geschäft.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
Paula Worm in 8 Verwandlungen.
Guido Thielscher in 11 Verwandlungen.
Fritz Helmerding als Wolzogen.
Junkermann, Bojé. Anfang 7½ Uhr.
Sonntag, den 10. Nov., nachmittags 3 Uhr, zu kleinen Preisen: **Gebannt und erlöst.**

Apollo-Theater.

Kolossaler Erfolg — Abends 9 Uhr:
König Aqua
unter Mitwirkung des berühmten Luftballetts
„Grigolatis".
Ferner:
die vorzüglichen Specialitäten.
Anfang **8** Uhr.

Palast-Theater

(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Das durchweg neue sensationelle **November-Programm.**
Um 9 Uhr. Novität. Um 9 Uhr.
Grossstadtzauber
Ausstattungsburleske m. Gesang in 2 Akten von W. Gericke, Musik von A. Sommerfeld. Ballett-Arrangem. v. E. Cybesius. Neue Kostüme aus dem Atelier von R. Schaup.
Hugo Lustig — Dir. Rich. Winkler.
Neu:
Williams Cirkus. Wallenda-Truppe.
Anfang 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr. **Entree 50 Pf.**

Casino-Theater.

Lothringerstr. 37.
Nach der 50. Aufführung andauernd glänzend besetzt mit
Berlin N. — Berlin W.
und die in Berlin noch nie gesehenen **erstklassigen Specialitäten.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr zu kleinen Preisen:
Die Anne Liese.

Theater
Schall und Rauch,
Unter den Linden 44.
Freitag, den 8. November 1901, abends 8½ Uhr:
Neues Programm!
In Vormundschaftssachen. Ein Geheimnis. Don Carlos. Die Weber. Das Zahnweh.

Deutsche Konzerthallen,

An der Spandauer Brücke 3.
Vornehmst. Vergnügungslokal!
Täglich: **Internationale Konzerte.**
Specialität.-Doppel-Vorstellung von nur erstklassigen Kräften.
Special-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.
Vorzügliche Küche.
Gut gepflegte Biere.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8¼ Uhr: 127/11
Sitzung der Orts-Verwaltung
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Achtung, Einsetzer!

Sonntag, den 10. November, finden die **Bezirks-Sitzungen** in den bekannten Lokalen von 10—12 Uhr vormittags statt und bittet um zahlreichen Besuch
Die Kommission.

Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter

und verwandten Gewerbe zu Berlin.
Sonntag, den 10. November 1901,
vormittags 9½ Uhr,
in **Stecherts Saal,** Andreasstraße 21:
Grosse allgem. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Das gegenwärtige Verhalten der Apotheker zur Forderung der Krankenkassen. Referent: Kollege R. Ahmann.
2. Aufstellung der Vertreter zur Generalversammlung für 1902.
3. Die Forderung der Aerzte für 1902. Referent: Kollege C. Gutheit.
4. Verschiedenes.

Mitglieder! Wir richten an Euch die dringende Bitte, in dieser Versammlung zu erscheinen, um solche Personen als Vertreter aufzustellen, welche gewillt sind, Eure Interessen zu vertreten. 17525

Niemand darf in dieser Versammlung fehlen.
Die Elfer-Kommission. J. A.: **Karl Geisler,** Köpnickerstraße 123.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 10. November, abends 7 Uhr,
in Cohns Festsälen, Beuthstrasse No. 20:
Vortrag des Herrn Dr. Brinkmann, Bürgermeister a. D.:
„Ueber Italien nach dem Orient." (Kulturbilder.)
Nach dem Vortrage: 5/8
Gemütliches Beisammensein und Tanz.
Eintritt 20 Pfennig. Garderobe frei.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Sonntags 5 Uhr. Nur erstklassige **Specialitäten.** Direktion: **J. M. Hütt.**
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung.

Passage-Theater.

Anfang Wochentags 5 Uhr, Sonntags 2 Uhr. Ende 11 Uhr.
Lotte Sebus,
der neue Stern der Variétébühne.
„Mascagni"
Italienisches Opern-Trio, und 18 Nummern 1. Ranges.

W. Noacks Theater.

Brunnenstraße 16.
Philippine Welser.
Schauspiel in 5 Akten von O. v. Redwitz.
Sonnabend:
Der Waldteufel.

Cirkus A. Schumann.

Freitag, den 8. November 1901, abends präc. 7½ Uhr:
Zum 28. Male:
Kolossaler Erfolg!
Allabendlich stürmischer Beifall!
Quer durch Paris
(A Travers Paris).
Größte Ausstattungs-Pantomime der Gegenwart, 8 Akte. Feenhafte Beleuchtungs- und Wasser-Effekte.
Vorher: Riesen-Programm. Auftreten der neu engagierten Specialitäten sowie sämtlicher Clowns und Auguste mit ihren neuesten Entrees. Die neuesten Originaldressuren des Dir. Alb. Schumann. Ferner: Neu! Der phänomenale Amerikaner Mr. **Chester Johnstone** mit **seinem sensationellen neuen Akt.** Mr. **Thompsons Wunder-Elefanten.** Original — Neu — Unkopierbar — Einzig. U. a.: Wirbeltanz einer Dame mit den Elefanten.
Sonnabend: **VII. grande Soirée High-Life.** Sonntag: 2 gr. Vorstell., nachm. 3½ Uhr u. abends 7½ Uhr.

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46, versendet gegen Nachnahme garant. neue Bettfedern d. Pfd. 55 Pf., chinesische Halbdaunen d. Pfd. M. 1.25, bessere Halbdaunen d. Pfd. M. 1,75, vorzügliche Daunen d. Pfd. M. 2.85.
Von diesen Daunen genügen 3 bis 4 Pfund zum großen Oberbett. Verpackung frei. Preisl. u. Proben gratis. Viele Anerkennungsschr.

Cirkus Busch

Freitag, 8. Nov., abends 7½ Uhr:
Elite-Abend. Broses 5 Elefanten.
„Wie gut Brandenburg allewege."

Sanssouci

Kottbuserstr. 4 a.
Wiederauftreten von
Adolf Hoffmann.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag
Hoffmanns Norddeutsche Sänger
Nach jeder Soiree: **Tanz.**
Anfang Sonntags 7 Uhr, von 5—7 Uhr **Konzert.**
Entree **50** und **75** Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree **30** u. **50** Pf. Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Brauerei Germania

Aktien-Gesellschaft
Berlin O. 34
Frankfurter Allee 53
Teleph. Amt VII 2645
empfiehlt für **1,50** frei Haus
18 Fl. 4/10 Lagerbier [27429*
15 Fl. ½ Lagerbier
15 Fl. 4/10 Pilsener Art
15 Fl. 4/10 Münchener Art
15 Fl. 00 Weissbier
20 Fl. Doppel-Weissbier.

Charlottenburg.

M. Schmerberg [2405g*
Wilmersdorfer-Strasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Ohrlöcher werden schmerzlos gestochen

Turn-Verein „Fichte"

(Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes).
Wohlthätigkeits-
Künstler-Konzert
für den Unterstützungs-Fonds des Vereins.
Sonnabend, 9. November,
in den neu renovierten Sälen der
Brauerei Friedrichshain (fr. Lips).
Am Königsthor. Am Königsthor.
[292/5*
Mitwirkende:
Berliner Tonkünstler-Orchester.
Kapellmeister Herr **Franz v. Blon.**
Konzertmeister Herr **Alfred Wittenberg** (Solovioline).
Konzertsängerin Frl. **Anna-Lise Gronwald.**
Komponist Herr **Max Wagner** (Klavier).
Frau **Clara Wessel** (Harfe).
Schäferscher Männerchor der Elfer.
Chormeister Herr **Otto Schäfer.**
Nach dem Konzert: **Ball.**
Anfang präc. 8½ Uhr. Billet 50 Pf.

Kalau-Luckauer.

Sonntagvormittag 11 Uhr:
Morgensprache
bei **Gustav Tempel,**
Gr. Frankfurterstr. 16.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

u. andrer gewerblicher Arbeiter.
Verwaltung Berlin D.
Sonntag, den 10. November, vorm. 10 Uhr,
in Ahrens Brauerei, Turmstr. 25/26:
Mitglieder-Versammlung
Tagesordnung:
1. Kassenbericht vom 3. Quartal cr.
2. Kassenangelegenheit.

Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert!
182/18 **Die Ortsverwaltung.**

Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. H. 29.)
Filiale Berlin 2.
Sonntag, den 10. November, vormittags 10½ Uhr, bei **Möhring,** Admiralstr. 18c:
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Naturarztes Herrn Direktor Bruckhoff. 2. Diskussion. 3. Kassenbericht. 4. Verschiedenes.

Die **Zahlstellen** bleiben am 16. November **geschlossen.** An diesem Sonnabend findet das **Herbstvergnügen** in Rautenbergs **Neuem Hofjäger,** Hasenheide 52/53, statt. 121/18

Die Mitglieder werden ersucht, sich an der Versammlung sowohl als an dem Vergnügen zahlreich zu beteiligen.
Die Ortsverwaltung.
J. A.: **Ernst Fahrenwald,** Bevollmächt.

Herren-Vortrag

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: „Sogenannte unheilbare Männerleiden". Freitag, den 8. Novemb., abends ½9 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29.
Nur für Herren! [7166] Eintritt frei!

Orts-Krankenkasse des Zimmerergewerbes.

Sonntag, 17. November cr., vormittags 10 Uhr, findet im Lokal **Grenadierstr. 33** bei Schulz eine **Versammlung der Arbeitgeber,** welche Beiträge zur Kasse aus eignen Mitteln leisten, statt.

Tagesordnung:
Wahl von 20 Vertretern zur Generalversammlung pro 1902.

In demselben Lokal und zu derselben Zeit, doch in getrennten Räumen, findet eine **Versammlung der wahlberechtigten Kassenmitglieder (Arbeitnehmer)** statt.

Tagesordnung:
Wahl von 40 Vertretern zur Generalversammlung pro 1902.

Das Quittungsbuch legitimiert und ist beim Eintritt in das Wahllokal den Controleuren vorzuzeigen.

Dienstag, den 19. November, abends 8 Uhr, findet in dem genannten Lokal die **ordentliche Generalversammlung** statt.

Tagesordnung:
1. Wahl von drei Vorstands-Mitgliedern (Arbeitgeber). 2. Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern (Arbeitnehmer). 3. Ersatzwahl für das verstorbene Vorstandsmitglied Krause. 4. Wahl des Prüfungs-Ausschusses. 5. Verschiedenes. [17425

Die am 17. November cr. gewählten Arbeitgeber, sowie die für 1901 gewählten Vertreter der Kassenmitglieder werden hierzu eingeladen.
A. Brunzel, E. Petermann,
Vorsitzender. Schriftführer.

Honig! Unverfälsch. deutschen Bienenhonig, beste Qualit. verf. 9 Pfd. netto zu 6,50 M., 5 Pfd. 4 M. fr. Nachn. Garant. Rückn. 2729c*
E. Reil, Nordloh,
Bahnhof Augustfehn Oldb.

Berlins grösste Fischhandlung

empfiehlt von **täglich** frischem Fange und **täglich frischer** Zufuhr in **Kühlwaggons** frische, geräucherte und marinierte
Seefische
zu bekannt **billigen Preisen.**
Preise:
Schellfische in allen Grössen 20—40 Pf. pro Pfd.
Cabliau 30 Pf., im Anschnitt 40—45 Pf. „ „
Seelachs 30 Pf., „ 40 Pf. „ „
Rotzungen 45-50 Pf., Bratflundern 30-35 Pf., Schollen 40—50 Pf., Seehecht 40—45 Pf., Knurrhahn 25-30 Pf., Austernfisch 30-40 Pf., Goldbars (a la Zander) **35—40 Pf., Heilbutt 60—65 Pf., Tarbutt 75—80 Pf.**
feinste Tafelzander 70—80 Pf. pro Pfd.
„ **Steinbutten** in allen Grössen **1—1,30** M. pro Pfd.
„ **Kleine Steinbutten 60-70 Pf.** pro Pfd.
„ **Seezungen** in allen Grössen **1—1,60** Mk. pro Pfd.
Helgol. Nordsee-Austern pro Dtz. 1 Mk.
Feinste Holländer Austern pro Dtz. **Mk. 1,80 – 2**
Pfahlmuscheln pro 100 Stück **Mk. 0,90 – 1,25**
Lebende Hummern 2,40—2,50 M. pro Pfd.

Johs. Skorczyk
Generalvertreter der
Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee".
Hauptfiliale Berlin C. 22, Bahnhof **Börse,** Bogen 9—10.
II. Filiale: **Lüneburgerstrasse,** Ecke Paulstrasse.
III. „ **Prinzenstrasse 30.**
IV. „ **Madaistr. 22,** im Schlesischen Bahnhof.

Central-Fernsprecher-Amt III. 8804.

Seefisch-Kochbücher gratis, nach auswärts auf Wunsch auch franco Zusendung.

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Zu den Stadtverordneten-Wahlen!

Die Parteigenossen der **zweiten** und **ersten Abteilung** fordern wir auf, in allen Bezirken ihre Stimmen auf den Genossen **Paul Singer** zu vereinigen. Es ist notwendig, daß auch die Genossen der ersten und zweiten Wählerklasse Gelegenheit haben, bei der Wahl Protest gegen die freisinnige Kommunal-Mißwirtschaft zu erheben. Die zweite Abteilung wählt **heute**, die erste **morgen**.

Gründungsfest der „Socialistischen Partei Frankreichs".

Paris, 4. November.

Die Einigkeit der „antiministeriellen" Socialisten ist nun eine vollendete Thatsache. Gestern versammelten sich in Ivry (bei Paris) die Vertreter der sich vereinigenden Organisationen, um den nur noch formalen Akt der Unterzeichnung des Einigungsvertrages zu vollziehen. Der Vertrag war ja schon von den einzelnen Organisationen gutgeheißen worden.

Die Hauptbestimmungen dieses Vertrages sind hier bereits seiner Zeit mitgeteilt worden. Die Grundzüge der Organisation der „Socialistischen Partei Frankreichs" sind wesentlich dieselben wie die der um das Generalkomitee gruppierten „Französischen Socialistischen Partei" oder — wie diese gewöhnlich kurzweg genannt wird — der „Socialistischen Partei". Die eine wie die andre ist auf der Basis der departementalen Föderationen aufgebaut. Es sei noch erinnert, daß die alten Sonderorganisationen provisorisch fortbestehen bleiben, „bis die neue Organisation sich bewährt hat", und zwar als Vermittler zwischen der Gesamtorganisation und den betreffenden Gruppen behufs Zustellung der Parteimitgliedskarten.

In Ivry wurde noch die folgende Uebergangsbestimmung beschlossen: „Provisorisch bis zum nächsten Landeskongreß der Partei setzt sich der Centralrat zusammen aus dem Nationalrat der französischen Arbeiterpartei (Guesdisten), der Verwaltungskommission der Revolutionären socialistischen Partei (Blanquisten), dem Sekretariat der Kommunistischen Allianz und den Vorständen der Föderationen oder der den Föderationen gleichgestellten Gruppenvereinigungen, denen gemäß den Statuten drei Delegierte der revolutionär-socialistischen Kammerfraktion sich beigesellen werden. — Der also zusammengesetzte Centralrat hat alle nötigen Maßnahmen zu treffen, um die Parteistatuten baldmöglichst voll und ganz zur Durchführung zu bringen."

Letzteres bezieht sich namentlich auf die Verschmelzung der lokalen Gruppen der Sonderorganisationen zu einer einzigen Departementsföderation.

Außer den genannten Sonderorganisationen haben den Vertrag unterzeichnet: Die kommunistische Allianz von Franche-Comté, die Föderationen von Deux-Sèvres, Doubs, Seine-et-Oise und des zweiten Wahlbezirks von Senlis, sowie die Centralgruppe des elften Pariser Wahlbezirks.

Die Einigungskonferenz tagte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Am Abend wurde dann das Gründungsfest der neuen Partei in einer Volksversammlung gefeiert, die in der mit roten Bannern geschmückten Festhalle des Rathauses stattfand. Der Gemeinderat von Ivry ist nämlich seit 1896 im Besitz der guesdistischen Organisation. Andrerseits ist der betreffende Wahlkreis in der Deputiertenkammer durch Coutant vertreten, eines Mitgliedes der den Blanquisten angegliederten Kommunistischen Allianz. Ivry paßte also am besten für die Vollziehung des Einigungsaktes, dessen Hauptbeteiligte die Guesdisten und Blanquisten sind.

Die 2000—3000 Genossen, die aus der Hauptstadt und der Banmeile nach Ivry sich begaben, wurden dort von der jubelnden socialistischen Bevölkerung empfangen. Das Fest wäre ohne jeden Mißton verlaufen, wenn nicht die Polizei, die am Nachmittag die Entfaltung der roten Fahne geduldet hatte, am Abend einen Zusammenstoß provozierte durch ihr brutales Vorgehen gegen einen Trupp Manifestanten, die eine rote Fahne im Zuge führten. Im entstandenen Handgemenge wurden, wie der „Petit Sou" berichtet, auch die Genossen Coutant und Baillant von der Polizei mißhandelt.

Die Polizei-Attacke war übrigens gewissermaßen eine sinnige Ouverture zum Gründungsfest der hauptsächlich aus dem Kampf gegen den Ministerialismus entstandenen Partei. Freilich würde es den Versammlungsrednern auch ohnehin nicht an Anklagematerial gegen das Ministerium Waldeck-Millerand fehlen.

Den Vorsitz in der Versammlung führte Baillandet, der, wie bereits mitgeteilt, soeben von der Regierung gemaßregelte Bürgermeister von Bourges, dessen Wahl per Acclamation und unter Pfui-Rufen gegen Millerand erfolgte. Die Stimmung der Versammelten kennzeichnet sich überhaupt, wie auch der Inhalt der Reden, durch zwei gleich starke Grundgefühle: das Gefühl der Kampfgenossenschaft und die Entrüstung gegen das Ministerium Waldeck-Millerand und die „Ministeriellen".

Hier die drei von der Versammlung votierten Resolutionen:

1. „Die in der Mairie von Ivry versammelten Bürger und Bürgerinnen jubeln der diesen Nachmittag von den Delegierten der Organisationen ratifizierten (bestätigten) revolutionär-socialistischen Einigkeit zu und verpflichten sich, gegen alle Fraktionen der Kapitalistenklasse und gegen die Verbrecher (criminels), die die Rechte des Proletariats um ein Ministerportefeuille haben verkaufen wollen, die Partei der unversöhnlichen Opposition gegen den Bourgeoisstaat und der Revolution, die Socialistische Partei Frankreichs, emporzurichten."

2. „Die Socialistische Partei Frankreichs (revolutionär-socialistische Einigkeit) sendet am Tage, an welchem sie ihre endgültige Konstituierung sanktioniert hat, ihren brüderlichen Gruß der auf ihrem Kongreß in Wien versammelten Socialdemokratie Oesterreichs und betheuert ihre Sympathie für alle Arbeiter, die entschlossen sind, den Klassenkampf international zu führen bis zur endgültigen Expropriation der kapitalistischen und ausbeuterischen Bourgeoisie. Hoch die sociale Revolution!"

3. „Die in der Mairie von Ivry versammelten Bürger und Bürgerinnen brandmarken die Präfektur- und Gemeinderats-Agenten, die soeben im Cher-Departement zwei der besten dortigen socialistischen Kämpfer gemaßregelt haben: den Genossen Henri Laudier, der seines Amtes als Magistratssekretär von Herrn Perrandin (Bürgermeister von Vierzon, der mit dem socialistischen Abgeordneten Breton aus der blanquistischen Organisation ausgetreten ist. Der Berichterstatter.), dem Werkzeug des Abgeordneten Breton und des Barons Millerand (letzterer wird von seinen Gegnern als „Baron" benannt, seitdem ihm der östreichische adelnde Orden der „eisernen Krone" zugeflogen ist. Der Berichterstatter.), enthoben wurde, und den Genossen Baillandet, der vom Präfekten der Regierung des republikanischen Verrats als Bürgermeister suspendiert wurde. — Sie entbieten Baillandet und Laudier die Bezeugung ihrer Achtung und ihrer Solidarität und begrüßen sie als die energischen und hingebenden Kämpfer, die der socialistischen Partei Frankreichs in ihrer Gegend zu gedeihlichem Wachstum verhelfen werden."

Das Gründungsfest wurde nach Absingen der „Internationale" und des „Aufständischen" unter Hochrufen auf die Einigkeit und die sociale Revolution geschlossen.

Die Theorie der Obstruktion.

Der italienische Parteigenosse Ferri hielt, wie wir bereits kurz mitteilten, dieser Tage in Brüssel im dortigen „Maison du Peuple" einen Vortrag über „Die Macht des Parlamentarismus." Dabei berührte er auch das Recht der Obstruktion als einer parlamentarischen Waffe der Minoritäten. Der Redner stellte eine ganze Theorie der Obstruktion auf und erläuterte diese an dem Beispiel des Obstruktions-Feldzuges der italienischen Socialisten in der Kammer. Wir entnehmen seinem Vortrag folgende interessante Stellen:

Die Obstruktion sei eine ausgezeichnete Sache, besonders wenn sie von Minoritäten zur Verteidigung konstitutioneller Rechte angewandt werde; um siegreich zu sein, müsse sie einen Wiederhall finden in der großen Masse des Volkes, müsse sich vollständig an die Geschäftsordnung des Parlaments halten und geschickt geführt werden.

Ferri giebt nun Einzelheiten aus dem Obstruktions-Feldzuge zum besten, den die italienischen Socialisten gegen das Ministerium Pelloux führten, als dieses mit brutaler Hand alle Rechte und Freiheiten der Arbeiterklasse vernichtete. Nachdem er an die Obstruktion der Irländer im englischen Parlament und an die im östreichischen Parlament angewandte Obstruktion erinnert hat, fährt er fort:

„Wie in Italien sind bei unsrer Obstruktion mehr ästhetisch und auch humoristischer, und wir verfügen über viele und die verschiedenartigsten Hilfsmittel. Im italienischen Parlament waren unter 508 Deputierten 16 Socialisten, gerade einer mehr als nötig ist, um die namentliche Abstimmung zu verlangen. Jede namentliche Abstimmung dauert 1¼ Stunde und da wir in jeder Sitzung 5 solche namentliche Abstimmungen verlangten, war es den Majoritäten nicht möglich, weiter zu kommen.

Während der Diskussion des ersten Artikels des Gesetzes Pelloux, welcher das Recht der Vereinigung aufheben wollte, wurde der socialistische Deputierte Bertesi beauftragt, eine lange Rede zu halten. Bertesi stellte sich auf die Tribüne und blieb inmitten des Skandals vollständig stumm, gestikulierte nur mit den Armen und gab sich den Anschein, als ob er spräche. Wenn die Rechte sich von Zeit zu Zeit ruhig verhielt, um zu hören, ob Bertesi spreche, dann rief er mit Kraft: „. . . der wirtschaftliche Rückgang des Landes." Das war seine ganze Rede während zweier Stunden.

Der erste Artikel dieses Gesetzes stand in 26 Sitzungen auf der Tagesordnung, ohne daß er jemals zur Abstimmung gebracht werden konnte.

Der Genosse Morgari hatte eine Rede zu halten, welche die ganze Sitzung ausfüllte, aber da die Rede dokumentiert sein mußte, ließ er sich von einem Diener eine ganze Menge konservativer Blätter bringen.

Der Präsident fragte ihn:

„Wollen Sie alles dies lesen?"

„Gewiß, Herr Präsident!"

„Herr Morgari, Ihr Zweck ist jedenfalls, die ganze Sitzung auszufüllen?"

„Gewiß, Herr Präsident!"

„Dann hebe ich die Sitzung auf."

„Einverstanden, Herr Präsident!"

Und der Präsident hob die Sitzung auf.

Ferri brachte zu diesem ersten Artikel 250 Amendements ein und verlangte für jeden derselben namentliche Abstimmung.

Prampolini wandte außer der rednerischen die musikalische Obstruktion an. Er sang mitten in der Sitzung des Parlaments die „Arbeiterhymne", welche durch das Strafgesetz verboten ist. Da es sich um ein Gesetz gegen die Versammlungsfreiheit handelte, so hielt Ferri an einem Sitzungstage eine Rede über die Versammlungsrechte aller Länder von Japan bis Kanada, von Spanien bis Dänemark usw.

Außer der rednerischen und musikalischen haben wir auch die mechanische und die Obstruktion der Muskeln angewandt; De Felice machte hierin den ersten Versuch. Als die Majorität in ungesetzlicher Weise die Abstimmung vornehmen wollte, stürzten sich die 16 Abgeordneten nach dem Präsidialtisch und De Felice und Morgari bemächtigten sich der Urnen; die Abstimmung fand nicht statt. Das war der letzte Akt. Noch am selben Abend um Mitternacht verkündete ein Dekret den Schluß der Session.

Seitdem sind 1½ Jahre vergangen; die öffentliche Meinung war mit uns. Danach wollte man im Parlament durch Abänderung der Geschäftsordnung die Majorität vergewaltigen; wir nahmen uns das Recht der Minorität und organisierten einen zweiten Obstruktions-Feldzug gegen dieses Reglement.

Der Präsident versuchte, die Abstimmung über den ersten Artikel durch eine Ueberrumpelung herbeizuführen. Ferri kennzeichnete den Präsidenten als Betrüger, und die ganze vereinigte Linke stimmte in diesen Ruf ein; er mußte die Sitzung schließen. Am nächsten Morgen vereinigten sich die Socialisten und faßten ihre Beschlüsse, die aber absolut geheim gehalten wurden.

Bei der Eröffnung der Sitzung beobachteten uns die Reaktionären. Sie ahnten wohl, daß wir energische Maßnahmen ergreifen würden, aber sie wußten nicht, welche. Als der Präsident die Sitzung eröffnete, erhoben sich die 16 Mann und schrieen während einer halben Stunde: „Hinaus, Betrüger! Hinaus, Betrüger! Hinaus, Betrüger!" Der Präsident mußte demissionieren und mit ihm die Regierung. Der Versuch, die Minorität geschäftsordnungsmäßig mundtot zu machen, war gescheitert.

Die Reaktionäre gingen überall herum mit der Behauptung, daß das Land uns verurteile; die allgemeinen Wahlen von 1900 aber brachten uns 32 Sitze und die Konservativen blieben im Parlament in der Minorität. Die Majorität bilden jetzt die Republikaner, Radikalen und Socialisten; letztere bilden das Rückgrat der Majorität."

Partei-Nachrichten.

Gemeindewahlkämpfe.

Die Parteigenossen in Köln beteiligten sich in dieser Woche zum erstenmale wieder an den Stadtratswahlen. Sie hatten sich einmal im Jahre 1895 beteiligt, seitdem nicht mehr. Damals betrug die Zahl der socialdemokratischen Stimmen 850. Trotzdem diesmal die Beteiligung erst kurz vorher beschlossen wurde und trotzdem von einer wirklich systematischen Wahlagitation infolge ungünstiger Umstände nicht die Rede sein konnte, stieg die Zahl der Stimmen dennoch auf 820. Damit waren die Erwartungen der Kühnsten erfüllt, ja sogar übertroffen, und auch die vor dem zahlreichen Gegner der Beteiligung sind wohl ohne Ausnahme zu Beteiligungsfreunden geworden. Fast ohne Erfahrungen waren die Genossen in den Wahlkampf eingetreten, die Gegner ließen es an der bekannten verleumderischen Kampfesart und an Saalabtreibungen nicht fehlen; aber trotzdem haben sich die Stimmen gegen damals verzweieinhalbfacht. An einen Wahlsieg kann in den ersten Jahren freilich in dem schwarzen Köln noch nicht gedacht werden; aber für die Agitation ist die Wahlbeteiligung von außerordentlichem Wert gewesen. Es wird jetzt die Erziehung der Kölner Arbeiterschaft zur Beteiligung auch an der Gemeindewahl und zu der ja doch vorläufig noch vorhandenen öffentlichen Stimmabgabe von Grund aus beginnen; und nach den Erfahrungen der jetzigen Wahl steht außer Zweifel, daß die socialdemokratische Stimmenzahl sich schon bei der nächsten Wahl mindestens verdoppeln wird.

Nach dreitägigem heißem Wahlkampf hat die Socialdemokratie in Halle a. S. ihren alten Besitzstand im Stadtverordneten-Kollegium beibehalten. Wiedergewählt wurden die Genossen Osterburg und Krüger, neugewählt wurde der Genosse Redacteur Thiele, während das Mandat des Genossen Albrecht verloren ging. Berücksichtigt man die vorgenommenen Streichungen vieler Arbeiter aus der Gemeindewählerliste und den furchtbaren Druck, unter dem diese Wahl in der ungünstigen Geschäftskonjunktur vor sich ging, die offene Stimmenabgabe, sowie den Zusammenschluß der Gegner zum gemeinsamen Kampfe gegen die Socialdemokratie, so kann die Arbeiterschaft mit Genugthuung auf den Ausgang der Wahl zurückblicken. Während die Zahl der eingeschriebenen Wähler geringer geworden ist, nahm die Zahl der socialdemokratischen Stimmen bedeutend zu und die Stimmenzahl der Gegner um ca. 450 ab. Der Stimmenzahl angemessen müßte die Socialdemokratie eben so viel Vertreter in der dritten Abteilung haben, als das sogenannte Bürgertum.

* * *

In Weida (Sachs.-Weimar) eroberten unsre Parteigenossen von sieben strittigen Mandaten zwei.

Berühmte Aussprüche sächsischer Richter.

Vor einigen Tagen wurde der Redacteur des „Sächs. Volksblattes", Genosse R. Albert-Zwickau, vom Amtsgericht in Klingenthal wegen Beleidigung eines Amtsblatt-Redacteurs verurteilt. Wir berichteten darüber schon. In der Verhandlung, bei der es sich um die Sammlung der Unterschriften für unsre Zollpetition handelte, teilte Genosse Albert mit, daß auch Staats- und andre Beamte unsre Petition unterschrieben haben. Darauf that der Vorsitzende den denkwürdigen Ausspruch:

„Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie sich mit dieser Behauptung einer Beamtenbeleidigung schuldig machen! Beamte sind nicht Socialdemokraten, und wenn Sie ihnen das unterschieben, so ist das beleidigend für dieselben.

Wenn sie's nun aber doch sind? Oder wenn sie, ohne es zu sein, unsre Petition doch unterschrieben haben? Die Beamten haben doch wohl so gut wie jeder andre Mensch selber darüber zu befinden, ob sie es als beleidigend empfinden, einer bestimmten Gesinnung geziehen zu werden. Wie denkt übrigens der Herr Richter darüber, wenn jemand, z. B. ein socialdemokratischer Stadtverordneter, zu ihm käme mit der Behauptung, er fühle sich beleidigt durch die Bezeichnung als Konservativer?

Das war in Klingenthal. Nicht minder berühmt machte sich ein solcher Herr in Fallenstein. Das dortige Schöffengericht verurteilte zwei Arbeiter aus Ellefeld wegen groben Unfugs zu je 30 M. Geldstrafe, weil sie bei der Feier der Fertigstellung des dortigen Elektricitätswerks mit noch sieben andren Angeklagten den Socialistenmarsch gesungen haben. Die sieben wurden freigesprochen wegen mangelnden Beweises. In der Urteilsbegründung sagt der Vorsitzende:

„Das Absingen des Socialistenmarsches sei an sich zwar nicht strafbar, aber im vorliegenden Falle sei eine strafbare Handlung darin zu erblicken, weil die Schlußfeier des Baues einen patriotischen Anstrich gehabt habe und somit das Absingen des Liedes geeignet sei, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu stören."

Singen kann allerdings als Geräuscherregung die öffentliche Ruhe stören, dazu ist aber die Wacht am Rhein mindestens so gut geeignet wie der Socialistenmarsch; die patriotische Feier dürfte aber wohl auch ohne den Gesang dieses Liedes geräuschvoll genug gewesen sein. Eine „patriotische" Feier ist aber doch auch keine gottesdienstliche Handlung. Würde übrigens der Herr Amtsrichter eine Störung der öffentlichen Reihe und Ordnung entdeckt haben, wenn die Sieben anstatt des Socialistenmarsches etwa das schöne Lied gesungen hätten: „So leben wir?"

Protest gegen den Hungerzoll. Im bremischen Staatsgebiete wurden bei 196 000 Einwohnern **50 150** Unterschriften abgegeben. Der 6. hannoversche Kreis, der uns 1898 nur 2450 Stimmen brachte, gab **4539** Unterschriften ab, der 9. hannoversche **17 658**, der 18. hannoversche **5299**, der 19. hannoversche **6612**, der 3. oldenburgische **2483** Unterschriften.

Der Wahlkreis Brandenburg-Westhavelland gab **19 200** Unterschriften, Prenzlau-Angermünde **5800**.

Der Wahlkreis Dortmund-Hörde lieferte **26 000**, Lippe-Detmold **2157**, Lippstadt-Briton **1445**, das Königreich Württemberg **70 000**.

Im 10. badischen Wahlkreise berichtete Fendrich vor den Kreisdelegierten über den Lübecker Parteitag. Nach langer und lebhafter Debatte erklärte sich die Konferenz mit der Haltung ihres Delegierten einverstanden.

Aus dem Parteileben. In Itzehoe berichtete der Vertrauensmann über seine Thätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr. Er hatte eine Einnahme von 1859 M. Es fanden 5 Versammlungen statt. An Flugblättern wurden verteilt in der Stadt Itzehoe zu den Kommunalwahlen zwei, in Auflage von je 1500; zur Errichtung eines Konsumvereins 2000; auf dem Landgebiete für Itzehoe Volkskalender 2400 und außerdem 3000 Flugblätter gegen den Brotwucher. Die Arbeiterpresse ist wie folgt in Itzehoe vertreten: „Volks-Zeitung" 530, die „Nordwacht" 12, „Wahrer Jakob" 160, „Postillon" 40, „Gleichheit" 2, „Vorwärts" 7 und „Echo" 3 Abonnenten.

Bei den Kommunalwahlen zeigte sich ein langsamer, aber sicherer Fortschritt.

Aus Industrie und Handel.

Die Beratung der Bauherren.

Der deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hatte am 31. Oktober in Frankfurt a. M. seine regelmäßige Generalversammlung abgehalten, die, wie auch in früheren Verhandlungen, einige recht interessante Debatten zeitigte. Wenn wir erst jetzt darüber berichten können, so liegt es daran, daß mit großer Geheimniskrämerei verfahren ist, wohl um der Arbeiterpresse nicht wieder Gelegenheit zu geben, die Herren in ihrer socialpolitischen Unverständlichkeit bloßzustellen. Wir müssen aber gleich von vornherein bemerken, daß nach den Ergänzungen, die der Bericht des „Grundstein" zu den in der bürgerlichen Presse erschienenen Verhandlungen bietet, bei einigen der Herren ein Aufgeben des schroffen Unternehmerstandpunktes zu verspüren ist und schließlich die Einsicht sich durchringt, daß mit den Arbeiter-Organisationen verhandelt werden muß, der hochmütige Herrenstandpunkt brutaler Unterdrückung der Arbeiter nicht als zweckmäßig erscheint.

Die Gegensätze zwischen den Scharfmachern und den Gemäßigten hatten sogar eine so schroffe Form angenommen, daß der Berliner Verband seinen Austritt aus der Gesamtorganisation erklärte und seine beiden Vorstandsmitglieder die Wiederwahl ablehnten. Der Berliner Verband hat schließlich an dem Kollegium Felisch-Habsbrunner, den Drahtziehern der Scharfmacherklique im Baugewerbe, so allen Geschmack verloren, daß er die Bedingung stellte, beide Herren müssen von ihrem Posten

verschwinden. Natürlich ging man nicht unmittelbar auf dieses Verlangen ein, die Herren bleiben bis zum 1. April 1902 in ihrem Amt, wahrscheinlich zum dann mit schlichtem Abschied abzutreten. Ein Verlust für den Arbeitgeberverband bedeutet es nicht, wenn er auf die Mitarbeit dieser beiden Herren verzichten muß.

Nach diesem Vorspiel, das sich mehr hinter den Coulissen abspielte, rumorten zwar noch einige Herren nach alter Weise, aber der redelustige Herr Felisch trat merklich zurück.

Die Frage der Tarifgemeinschaft, die einige Herren am liebsten ohne Umstände als eine schmachvolle Konzession an die Arbeiter verworfen hätte, fand ganz energische Verteidiger. So verlas Herr Heuer-Berlin ein sehr ausführliches Gutachten des Berliner Lokalunternehmerverbandes, das sich sehr sympathisch über die Tarifgemeinschafe ausläßt. Die Grundzüge des Gutachtens können wie folgt zusammengefaßt werden: 1. Ruhige, friedliche Arbeitsverhältnisse auf der Grundlage gütlichen Uebereinkommens sind das erstrebenswerte Ziel. 2. Jeder Unterverband soll selbst nach Mittel und Wegen suchen, die für ihn die geeignetsten sind. 3. Bei der Verschiedenartigkeit im Baugewerbe Deutschlands ist es ein Unding, eine Uniformierung herbeiführen zu wollen. 4. Die Mängel der Tarifgemeinschaft treten gegen ihre Vorzüge zurück. Auch der 1894 mit den organisierten Maurern geschlossene Vertrag habe seine Fehler gehabt, die bei der Erneuerung der Tarifgemeinschaft beseitigt worden sind. 5. Ein Vertragsschluß ist daher immer zu empfehlen. Die Bauherren sind keine Feudalherren, man kann die Arbeiter in unserm Gewerbe nicht so von oben herab behandeln. 6. Die Arbeiterschaft ist als gleichberechtigt anzuerkennen. 7. Der Verhandlung mit den Vertretern der Arbeiterorganisation darf nichts im Wege stehen. Die Gegner der Tarifgemeinschaft sagen zwar: Jeder Meister verhandele nur mit seinen Gesellen. Ja, wer sind denn diese Gesellen? Bei der Fluktuation der Berliner Arbeiterschaft läßt sich die Frage gar nicht beantworten. Da weiß der Bauherr oft überhaupt nicht, wer bei ihm arbeitet. So schön sich auch theoretisch das „Verhandeln mit den eignen Gesellen" anhört, so ist es doch praktisch unmöglich. 8. Was die Bekämpfung der politischen Seite der Gewerkschaften anbelangt, so möge dies ruhig den politischen Parteien überlassen werden.

Lummert-Hamburg stellte sich als Gegner der Accordarbeit vor und hält dafür, daß das Accordsystem abgeschafft werden muß. Der gezahlte Lohn von 65 Pf. ist Herrn Lummert übrigens hoch genug. Während der Bausaison darf unter keinen Umständen mehr verhandelt werden. Was die Verhandlungen mit den Organisationsvertretern anbelange, so ist wohl die richtigste Anschauung die des Herrn Blohm von der Firma Blohm u. Voß, der keine Einmischung dritter Personen in die Verhandlung mit seinen Leuten duldet.

Simon-Breslau: Die Frage der Tarifgemeinschaften ist sehr wichtig. Durch ein direktes Verhandeln mit der Arbeiterorganisation wird diese gestärkt. Nur da sollte man mit der Organisation verhandeln, wo sie den Ausschlag giebt, und nur da, wo es überhaupt Nutzen hat. Den Gewerbegerichten stehe ich nicht sympathisch gegenüber. Zumeist sind die Beisitzer Socialdemokraten, aber auch die Vorsitzenden dieser Gerichte sind gern geneigt, auf die Seite der Arbeitnehmer zu treten. In Breslau ist beschlossen worden, nie mehr vor dem Gewerbegericht zu verhandeln. Ich stehe auf dem Hamburger Standpunkt, mit den Arbeitern direkt zu verhandeln, des Wortes eingedenk: „Ich bin Manns genug!"

Schöckel-Magdeburg: Wir verhandeln nur mit den Leuten direkt; wir kennen unsre Gesellen und brauchen keine Vermittler.

Busch-Stuttgart erklärt sich im Princip mit den Ausführungen der Berliner Kollegen einverstanden.

Kelm-Stettin: Wir haben gute Erfahrungen mit der Tarifgemeinschaft gemacht, ebenso mit der Hamburger Centralleitung, die selbst einmal gegen die von Gehilfen geplante Durchbrechung der Vereinbarung gewirkt hat.

Felisch-Berlin folgert aus der Diskussion, daß in den Einzelverbänden weitere Erfahrungen gesammelt werden sollen. Der Bund solle einen Druck auf die Entschließungen der Einzelverbände nicht ausüben.

Wenn auch der Unternehmer-Verband die seiner Zeit vom Centralverband der Maurer gegebene Anregung einer gemeinsamen Regelung der Tarifvereinbarungen für ganz Deutschland wieder zurückschob, so scheute er doch davor zurück, den Bauherren jede Tarifvereinbarung zu verbieten, wie es in der Absicht einiger Scharfmacher lag. Für die Arbeiter liefert die Verhandlung den Beweis, daß eine mächtige Arbeiterorganisation sich Achtung verschaffen kann.

Die Aktiengesellschaft für Glasindustrie vorm. Friedrich Siemens in Dresden beruft eine außerordentliche Generalversammlung ein, um die Ermächtigung zum Ankauf der Fabriken und des Grund- und Bergwerkbesitzes der Fabrik feuerfester und säurefester Produkte in Vallendar zu erlangen. Zu dem Zweck soll das Aktienkapital um eine Million erhöht und eine Obligationsanleihe von 6 Millionen aufgenommen werden. Das Unternehmen in Vallendar soll im Konkurse erstanden werden.

Getreidespekulationen. Vor kurzem brachten wir nach der „Ostsee-Zeitung" die Geschichte einer agrarischen Spekulation, bei der in einem genossenschaftlichen Getreidesilo etwa 1000 Tonnen Roggen, mit denen man auf bessere Preise wartete, verdorben waren. Danach sollten von der für menschliche Nahrung unbrauchbar gewordenen Ware etwa 500 Tonnen transito Hamburg verkauft worden sein, und es hieß auch, daß die Ausfuhrvergütung dafür gewährt worden sei. Das letztere ist nun, wie die „Ostsee-Zeitung" jetzt feststellen kann, thatsächlich nicht geschehen, die Steuerbehörde hat, wie dies bei der Beschaffenheit der Ware ja eigentlich selbstverständlich war, die beantragte Zahlung nach Ermittelung des Thatbestandes einfach abgelehnt. — Der Versuch mißlang also.

Preisermäßigung für Kohle. Wie die „Voss. Ztg." mitteilt, hat der Briquettverein beschlossen, in Anbetracht der großen Vorräte den Vertragspreis um 10 Mark pro Waggon herabzusetzen.

Die Vereinigung der Menselwitz-Rositzer Braunkohlenwerke ermäßigt die Preise für Maschinen-, Nuß- und Nußkohlen um 2 M. pro Doppelwagen vom 15. November ab.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Sattler! Der Inhaber der Treibriemen-Fabrik Rüger u. Mallon, Herr A. Mallon, hat es beliebt, zwei seiner Arbeiter plötzlich wegen Verbandsangehörigkeit auf die Straße zu setzen. Diesem Herrn sowie einigen seiner Kollegen hat die Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Treibriemen-Sattler es angethan. Nach seiner eignen Aussage will er es nicht dulden, daß die Verhältnisse seiner Arbeiter in die Oeffentlichkeit gebracht werden; Leute, die hierüber Auskunft geben, kann er nicht gebrauchen. Von eintretenden Kollegen verlangt er, daß sie vorher aus dem Verbande austreten. An die arbeitslosen Kollegen möchten wir die Bitte richten, die Fabrik des Herrn Mallon zu meiden und den Zuzug nach Kräften fernzuhalten.

Der Vorstand der Filiale II.

Achtung, Kammmacher und alle in der Celluloid-Haarschmuckbranche beschäftigten Personen!

Unser Obmann für das Jahr 1901—1902 ist Kollege B. Wolf, Berlin O 34, Königsbergerstr. 31, 2. Querg. II l., wohin alle Briefe und Sendungen zu richten sind.

Die Kommission.

Deutsches Reich.

Eine Verurteilung auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung fällte dieser Tage das Schöffengericht in Leipzig. Ein Arbeiter sollte einem Arbeitswilligen gesagt haben: „Sie müssen sich doch schämen, bei L. zu arbeiten". Dieser Unthat wegen stand er nun vor Gericht. Das Bemerkenswerteste an dem Prozeß war aber, daß auch der Arbeitgeber gegen ihn wegen Beleidigung die Nebenklage angestrengt hatte, weil er eine Herabsetzung seiner Person in der Aeußerung erblickte, daß sich jemand „schämen" müßte, bei ihm thätig zu sein. Der Hauptbelastungszeuge besann sich nur auf die Aeußerung, es sei nicht „schön" oder „richtig" von ihm usw. Nach längerer Beratung fand der Gerichtshof auch in dieser abgeschwächten Form eine Beleidigung, die er mit drei Tagen Gefängnis aber für genügend gesühnt erachtete.

Lohnherabsetzungen haben seit dem 1. November auf dem Stahlwerk Höfch und auf der Union bei Dortmund stattgefunden. In beiden Betrieben betrugen sie bis 10 Proz.

Ausland.

Die Glasarbeiter der Firma Stumpfe in Freudenthal (Oberösterreich) stehen wegen der Entlassung eines Funktionärs der Organisation im Ausstand. Zuzug von Glasarbeitern ist streng fernzuhalten!

Mit der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung beschäftigen sich gegenwärtig die Sektionen des schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes, und voraussichtlich wird die im nächsten Frühjahre stattfindende Delegiertenversammlung auch in diesem Sinne beschließen. Gegenwärtig besitzen folgende schweizerische Gewerkschaftsverbände die Arbeitslosen-Unterstützung: die der Buchdrucker, Lithographen, Küfer und Brauer, Korbmacher, Glaser und Zeichner der Ostschweiz.

70 Lohnkonflikte, wovon 35 Lohn- und 35 Streikbewegungen waren, fanden in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres in der Schweiz statt, gegen 98, wovon 48 Lohn- und 50 Streikbewegungen in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Der Streik in der Waggonfabrik in Arlöf bei Malmö dauert noch immer fort. Die Hoffnung, die man an die vor einiger Zeit erfolgte Verabschiedung des Direktors Rössel geknüpft hatte, daß nun eine Einigung herbeigeführt werden würde, hat sich nicht erfüllt. Verhandlungen mit dem neuen Leiter der Fabrik haben bis jetzt noch zu keinem annehmbaren Resultat geführt.

Die Piano-Arbeiter in Stockholm sind in den Streik getreten, nachdem die Fabrikanten den bisher geltenden Tarif gekündigt hatten und Lohnreduktionen vornehmen wollten. Einige Fabrikanten haben bereits bewilligt.

Socriales.

Polizeiliche Arbeitslosenzählung. Im bayrischen Regierungsbezirke Pfalz hat man eine Zählung der Arbeitslosen vorgenommen. Wie das gemacht worden ist, darüber berichtet die „Fränkische Tagespost" z. B. aus Ludwigshafen, daß die Polizeier, die mit den Erhebungen betraut waren, sich die Arbeit sehr leicht gemacht haben. Sie begnügten sich, im untersten Stock der Häuser anzufragen, ob im Hause Arbeitslose seien. Je nach der Antwort, die ihnen zu teil wurde, gingen sie die nicht immer eleganten Treppenstiegen hinauf oder auch nicht. In Frankenthal hat man es sich gar noch bequemer gemacht. Hier gab man der Polizei überhaupt nicht die Weisung, die Zählung von Haus zu Haus vorzunehmen, sondern beauftragte sie, sich zu den Fabrikanten und Unternehmern zu verfügen und diese über den Umfang der Geschäfte und nach etwaigen Arbeiterentlassungen zu befragen.

Das Resultat dieser Polizei-Arbeit ist denn auch ein so polizeifrommes gewesen, daß die Gewerkschaftsorganisationen sich entschlossen haben, eine Nachprüfung dieser Zählung zu unternehmen. Dabei dürften ganz andere Resultate herauskommen.

Arbeiterschutz im Handelsgewerbe. Der Bundesrat hat bekanntlich Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse der handelsgewerblichen Gehilfen und Lehrlinge in den Engros-, Fabrik- und Versicherungsgeschäften angeordnet. Ausgenommen bleiben dabei die Hilfspersonen, die in den bezeichneten Betrieben als Packer, Hausdiener und so weiter in großer Zahl thätig sind. Es entspricht dieses stückweise Vorgehen ganz den Gepflogenheiten der deutschen Socialreform, die sich stets gehütet hat, etwas Ganzes zu schaffen. Der Vorstand des Centralverbandes der Handels- und Transportarbeiter hat sich nun in einer Eingabe an den Bundesrat gewandt und diesen ersucht, die in Aussicht genommenen Erhebungen auf die Hilfsarbeiter auszudehnen, da deren Arbeitsverhältnisse dringend einer gesetzlichen Regelung bedürften. — Es ist dringend zu wünschen, daß der Bundesrat dem berechtigten Verlangen dieser Arbeiterkategorie Rechnung trage.

Die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe hatten die Handlungsgehilfen Münchens bei der Handels- und Gewerbekammer beantragt. Die Kammer lehnte das ab mit der Begründung, daß durch die neuere Gesetzgebung die Lage der Handlungsgehilfen schon wesentlich gebessert worden wäre und daß andrerseits in München insolange keine vollständige Sonntagsruhe durchgeführt werden kann, als die zahlreichen katholischen Feiertage nicht auf den Sonntag verlegt würden, wie die Kammer wiederholt verlangt habe.

Pensionsregulativ für Ortskrankenkassen-Angestellte. Die allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Straßburg i. E. hat, wie uns von dort geschrieben wird, ein Pensionsregulativ für ihre Angestellten und deren Witwen und Waisen beschlossen. Die Pension soll nach fünfjähriger Dienstzeit 20 pCt. des Diensteinkommens betragen und jeweils nach fünf Jahren um weitere 5 pCt. steigen, bis sie nach vierzig- und mehrjähriger Dienstzeit 70 pCt. beträgt. Die Witwe bezieht den fünften Teil des Diensteinkommens, das ihr Mann zuletzt bezog; jedes Kind bei Lebzeiten der Mutter zwei Zehntel, nach ihrem Tode drei Zehntel der Witwenpension. Der niedrigste Satz für eine Witwenpension ist jedoch 200 M., der niedrigste Satz für ein Kind 40 M., für eine elternlose Waise 60 M. pro Jahr.

Aus der Frauenbewegung.

Dienstbotenbewegung. Dienstag, den 12. November, abends 8 Uhr, sprechen in Cohns Festsälen, Beuthstr. 19/20, in einer öffentlichen Versammlung Frau Martha Marquardt über: „Forderungen der Dienstbotenbewegung", Frau Regine Deutsch über: „Hausfrauen und Dienstangestellten". Hausfrauen sind ganz besonders eingeladen.

Verbot der Frauenarbeit in indischen Gastwirtschaften. Der Gouverneur von Bengalen hat die Beschäftigung von weiblichem Bedienungspersonal in den Wein- und Liqueurschänken untersagt.

Wie preußische Regierungsbehörden die Wohnungsnot bekämpfen!

Der Bau- und Sparverein der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten (E. G. m. b. H.) hat in Friedrichshagen, wo bekanntlich ein Teil der Berliner städtischen Wasserwerke liegt, eine größere Zahl von Mitgliedern. Daher plante er dort mit der Erbauung von Arbeiterhäusern vorzugehen. Da nun der Forstfiskus ein Stück Wald, welches in der Nähe des Friedrichshagener Bahnhofes gelegen ist, zu verkaufen beabsichtigte, so bewarb sich die genannte Baugenossenschaft um dasselbe. Die Friedrichshagener Gemeindeverwaltung hatte auf das fragliche Stück Forstland ein Vorkaufsrecht; erklärte aber auf dieses verzichten zu wollen, wenn die Baugenossenschaft der städtischen Arbeiter es erwerbe. Der Forstfiskus forderte nun aber für das Land einen Preis, welcher der Baugenossenschaft zu hoch erschien. — Da bekanntlich vor kurzer Zeit einige preußische Ministerien einen Erlaß zur Bekämpfung der Wohnungsnot an die Regierungsbehörden ꝛc., richteten, in dem auch die Unterstützung von Baugenossenschaften empfohlen wurde, so beantragte der Bauverein der städtischen Arbeiter beim Ministerium für Land-, Forstwirtschaft und Domänen, ihm das erwähnte Stück Forstland in Erbbaupacht zu überlassen. Das Ministerium überwies das Gesuch an die Regierung zu Potsdam, diese wieder gab es zur Erledigung an die Oberförsterei zu Köpenick. — Unterdessen hatten die Friedrichshagener Hausbesitzer von dem Vorgehen der Baugenossenschaft Kenntnis erhalten. Sie richteten nun sofort eine Eingabe an die Regierung zu Potsdam, in der sie darum baten, den Antrag der Baugenossenschaft abzulehnen. Sie begründeten ihr Gesuch mit den bekannten Tiraden unsrer Hausagrarier; die Hausbesitzer befänden sich in einer sehr gedrückten Lage, sie müßten schon fast alle Steuern tragen, Dank sei von den Arbeitern nicht zu erwarten und die Klassenunterschiede würden durch Erbauung besonderer Arbeiterhäuser nur vergrößert. — Drei Tage darauf, nachdem die Friedrichshagener Hausbesitzer ihren Einspruch an die Regierung abgesandt hatten, erhielt die Baugenossenschaft von der Oberförsterei Köpenick den Bescheid, daß sie jetzt überhaupt nicht beabsichtige, das fragliche Stück Forst zu verkaufen. Auf den Antrag betreffs Hergabe des Landes in Erbbaupacht, ging der Bescheid überhaupt nicht ein. — Acht Tage nach dem erfolgten Einspruch der Friedrichshagener Hausbesitzer erhielten ferner diese ein Schreiben von der Regierung zu Potsdam, welches besagt — unterzeichnet ist dasselbe v. Kennitz und B. v. Moltke —, daß auf ihre Veranlassung das Gesuch der Baugenossenschaft abschlägig beschieden sei. — Die Regierungsbehörden haben sich also auf seiten der Hausbesitzer gestellt. Auffällig ist hierbei noch ganz besonders die Schnelligkeit, mit welcher der Einspruch der Hausbesitzer erledigt wurde. Während sonst die Regierungsbehörden oft viele Monate brauchen, um die geringsten Sachen zu erledigen, wurde in diesem Falle mit großer Eile gearbeitet. Man muß zu der Annahme gelangen, daß die Regierung in Potsdam gar nicht schnell genug den Friedrichshagener Hausbesitzern ihre Loyalität versichern konnte.

So bekämpfen preußische Regierungsbehörden die Wohnungsnot in der Praxis! Wie dieser Standpunkt mit den ministeriellen Erlassen in Einklang zu bringen ist, das vermögen die Mitglieder der genannten Baugenossenschaft mit ihrem beschränkten Verstande nicht zu begreifen und wahrscheinlich viele andre auch nicht.

Das Sedan des Kommunalliberalismus

wird in der heutigen Presse aller Parteirichtungen rückhaltlos zugestanden. Es gab da ja auch mit dem besten Willen nichts zu bemänteln. Der Liberalismus hat eben in der Bevölkerung Berlins alles Vertrauen verloren. Hat er sich von je nur als der Geschäftsausschuß des auf der Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlsystems fußenden Geldprotzentums betrachtet, so liebte er es doch zuweilen, sich der Socialdemokratie gegenüber als Vertreter der Allgemeininteressen aufzuspielen, das Posieren in dieser Rolle wird ihm fortan nicht mehr möglich sein. Haltloser noch als bisher wird er sich fortan fühlen und keinen andern Lebenszweck mehr haben, als zu zeigen, daß man auf der Ungerechtigkeit des Klassenwahlsystems sich ebenso wenig zur Ruhe setzen kann, als auf Bajonetten. In sich zerfressen und jeder Selbständigkeit, jeder Initiative, ja jeder Selbstachtung bar, muß er in seiner größeren Hälfte sich hilflos von der Reaktion malträtieren lassen und sich so durch seine Passivität vollends zu schanden machen, während einer kleinen Zahl seiner Anhänger die einzig der Socialdemokratie zu gute kommende Sisyphusarbeit der „Verjüngung" zufällt.

Es ist denn auch kein Wunder, daß die linksliberale Presse den unheilvollen Mächten, die das gestrige Resultat verschuldet haben, entsprechend den Text liest. So schreibt die „Berliner Zeitung":

> Das ist die Quittung, welche die Berliner ihrer kommunalen Vertretung ausgestellt haben darüber, daß sie ihre Rechte, die Rechte der Selbstverwaltung, so mannhaft gegenüber den Eingriffen der Krone verteidigen, wie es in der Märchenbrunnenfrage der Fall gewesen ist, darüber, daß sie so tief durchdrungen sind von den socialen Aufgaben der Gemeinden, daß sie auf die Viermarksteuer ebenso wenig verzichten zu können glauben, wie auf die Mitwirkung des Herrn Leopold Jacobi, eines Mannes, der für die sociale Not, für die Bestrebungen der Arbeiter, ihrer und ihrer Familien Lage zu verbessern, nichts übrig hat als beißenden Spott, der aber doch ein „liberaler", ein „freisinniger" Mann ist, ein Mann, der nach dem Wort des alten Langerhans schon deshalb gewählt zu werden verdient, weil er das Geld für die Wahlen von der hohen Finanz beschafft.

Die „Volks-Zeitung" mahnt ebenfalls zur Selbsterkenntnis:

> Der Versuch wird nicht unterbleiben, die Bedeutung dieses Sieges liberalerseits dadurch abzuschwächen, daß man auf diejenigen liberalen Wähler hinweist, die früher in der dritten Klasse gewählt haben, jetzt aber vermöge der Anwendung der Steuerdurchschnittsziffer bei der Neu-Drittelung in die zweite Klasse übergegangen sind. Von jeher hat es der Liberalismus nur zu gut verstanden, sich, wenn er als Geschlagener ein Schlachtfeld räumte, mit allerlei lahmen Gründen über seine Niederlage zu trösten, anstatt das Warum in ernster Selbsteinkehr zu erforschen und demgemäß Anstalten zu einer Besserung zu treffen. Gewiß sind verschiedene Wähler, die bisher in der dritten Klasse liberal gewählt haben, der Nachbarschaft der Socialdemokratie entrückt. Aber daß sie, wären sie Wähler dritter Ordnung geblieben, den Socialdemokraten ernstlich hätten Abbruch thun können, muß bezweifelt werden angesichts der zum Teil ungeheuren Majoritäten, mit denen die socialdemokratischen Siege errungen worden sind. Wenn die liberalen Minoritäten thatsächlich etwas größer gewesen wären, der Sieg wäre den Socialdemokraten gleichwohl gesichert geblieben.

Das Organ derer um Jacobi, die „Voss. Ztg.", ist so perplex, daß sie schreibt, es könnte fast Wunder nehmen, daß dem Liberalismus wenigstens noch drei Sitze verblieben sind. Auch das „Berliner Tageblatt" giebt seiner Verlegenheit in nichtssagenden Phrasen Ausdruck und führt sogar die unverantwortliche Lässigkeit der Liberalen und dies abgebrauchte Argument ins Feld, daß die Socialdemokraten natürlich alle verfügbaren Mannschaften mobil gemacht habe. Als ob die Lässigkeit, die Thatenlosigkeit, nicht das Wesen einer Partei ausmachten, für welche in der politischen Welt kein Raum mehr vorhanden ist.

Die konservative Presse liest dem Freisinnsring natürlich weidlich den Text. Die „Deutsche Tageszeitung" erkennt an, daß die Wählerschaft gar nicht im Zweifel sein konnte, wem sie am Mittwoch ihre Stimme zu geben hatte:

> „Die „Fälle" Kleefeld, Jacobi, Lüben u. a., noch mehr die „Toleranz" der Kollegen mögen vielen Leuten den Socialdemokraten haben wählen lassen. Denn, man mag gegen sie haben, was man will, im Punkte der öffentlichen Moral haben die „Genossen" im Roten Hause die Manchesterleute noch immer beschämt; auch in der Intelligenz sind sie nicht selten voraus, wenn auch auf ihre Weise. Alles in allem ist das Ergebnis des gestrigen Tages also als ein Protest gegen die Mißwirtschaft in der Stadtverordneten-Versammlung, und zwar als ein deutlicher Fingerzeig anzusehen. Ob der Wink erkannt und beherzigt werden wird? Daran ist nicht zu denken. Vorläufig haben „wir" die erste und die zweite Klasse und somit die Majorität.

Andre Blätter konservativen Schlages wie die „Post" suchen den Rest von Mannhaftigkeit, der sich noch in der Stadtverordneten-Versammlung zeigte, gegen den Liberalismus auszubeuten. Doch selbst dies Blatt muß bekennen:

Was über die freisinnige Cliquenwirtschaft im Rathause erzählt wurde, hat sogar Partei-Anhänger verscheucht und die Passivität verschuldet. Ueber diesen Punkt dürften die Akten wohl kaum geschlossen sein. In Zukunft wird jedenfalls von rechts und von links in solche Hühnernester hineingeleuchtet werden.

* * *

Die Bedeutung unsres Sieges mögen einige Zahlen kennzeichnen. Liberale Blätter berufen sich auch darauf, daß die Neueinteilung der Kommunal-Wahlbezirke mancherlei Verschiebungen gebracht hat, die eine Vergleichung der Ergebnisse von 1895 und 1901 angeblich ausschließen. Verschiebungen haben stattgefunden, das ist wahr. Sie sind aber nicht überall so bedeutend, daß man nicht doch für einzelne Bezirke die Ergebnisse von 1895 und 1901 mit einander vergleichen dürfte.

Beispielsweise decken sich die jetzigen Bezirke 9 und 10 großenteils mit dem früheren Bezirk 11. Vor 6 Jahren stimmten hier von 15 389 Wählern 5136, und zwar 2866 socialdemokratisch. In diesem Jahre beteiligten sich von 14 989 Wählern des 9. und 10. Bezirks 6042 an der Wahl, von denen 5043 die beiden Arbeiterkandidaten wählten. Von 1895 bis 1901 stiegen also die socialdemokratischen Stimmen von 56 Proz. aller allgegebenen Stimmen auf 73 Proz. (wir geben überall abgerundete Prozentzahlen) und von 19 Proz. aller Wähler auf 34 Proz. Der jetzige zwölfte Bezirk ist fast derselbe wie der frühere Bezirk 13. Hier stieg die Wählerzahl von 4817 auf 6573, die Stimmenzahl von 1500 auf 3079, die Zahl der socialdemokratischen Stimmen von 1121 auf 2946. Die Zahl der socialdemokratischen Stimmen stieg also von 75 Proz. aller Stimmen auf 96 Proz., von 23 Proz. aller Wähler auf 45 Proz. Ein schöner Bezirk! Der jetzige 22. Bezirk deckt sich fast ganz mit dem früheren Bezirk 27. Die Wählerzahl stieg hier von 5432 auf 5548 (nicht 4548, wie wir am Donnerstag infolge eines Druckfehlers angaben), die Stimmenzahl von 1872 auf 2219, die Zahl der socialdemokratischen Stimmen von 919 auf 1645 (wobei wir für 1895 natürlich die Zahlen von der Hauptwahl angeben). Das heißt: es stiegen die socialdemokratischen Stimmen von 49 Proz. aller Stimmen auf 74 Proz., von 17 Proz. aller Wähler auf 30 Proz. Dem 22. Bezirk ein Bravo! Der 23. Bezirk war früher fast ganz Bezirk 24. Von 1895 bis 1901 vermehrten sich die Wähler von 5376 auf 5732, die Stimmen von 1458 auf 2072, die socialdemokratischen von 1096 auf 1868. Die socialdemokratischen Stimmen vermehrten sich von 75 Proz. der Stimmen auf 90 Proz., von 20 Proz. der Wähler auf 33 Proz. Ganz und gar decken sich der frühere 35. und der jetzige 32. Bezirk. Hier verminderten sich die Wähler von 6723 auf 6515, dagegen vermehrten sich die Stimmen von 2122 auf 2800, die socialdemokratischen Stimmen von 1305 auf 2568. (Die abweichenden Angaben von gestern beruhen auf einem Druckfehler.) Mithin vermehrten sich die socialdemokratischen Stimmen von 62 Proz. aller Stimmen auf 92 Proz., von 19 Proz. aller Wähler auf 39 Proz.

Doch genug der Beispiele! Das sieghafte Wachstum der socialdemokratischen Arbeiterpartei, das in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, ist so gewaltig, daß es die Arbeiterschaft Berlins mit freudigem Stolze erfüllen muß. Wer aber diese Beispiele nicht als beweiskräftig gelten lassen will, weil die genannten Bezirke sich immerhin nicht gänzlich decken, der sei auf die vor zwei Jahren neu gebildeten Bezirke 44, 45 und 48 verwiesen, die sich schon jetzt gleichfalls wieder an der Wahl zu beteiligen hatten, ohne sich inzwischen in ihrer Begrenzung geändert zu haben. Im 44. Bezirk stieg von 1899 bis 1901 die Wählerzahl von 7384 auf 8042, die Stimmenzahl von 2575 auf 3855, die Zahl der socialdemokratischen Stimmen von 1349 auf 2302 (wobei wir für 1899 die Zahlen der im November vollzogenen Hauptwahl geben). Das bedeutet eine Zunahme der socialdemokratischen Stimmen von 52 Proz. aller Stimmen auf 60 Proz., von 18 Proz. der Wähler auf 29 Proz. Bravo! Im 45. Bezirk vermehrten sich die Wähler von 6287 nur auf 6384, die Stimmen von 2270 auf 2572, die socialdemokratischen Stimmen aber von 808 auf 1364 (!). Es vermehrten sich hier die socialdemokratischen Stimmen von 36 Proz. der Stimmen auf 53 Proz., von 13 Proz. der Wähler auf 21 Proz. Der 48. Bezirk hatte eine Vermehrung der Wähler von 6213 auf 6489, eine Verminderung der Stimmen von 2760 auf 2730, aber eine Vermehrung der socialdemokratischen von 2054 auf 2714. Die auf den Arbeiterkandidaten gefallenen Stimmen vermehrten sich hier von 74 Proz. der Stimmen auf fast 100 Proz. (es war diesmal kein Gegner aufgestellt) und von 33 Proz. der Wähler auf 42 Proz.

Ein Kommentar zu diesen Zahlen ist überflüssig! Wenn's uns Spaß macht, beschäftigen wir uns nächstens vielleicht auch noch mit den Stimmenzahlen, die die bürgerlichen Kandidaten auf sich vereinigt haben.

* * *

Auch die Charlottenburger Stadtverordnetenwahlen haben ein Resultat gezeitigt, das selbst die kühnsten Hoffnungen übertraf. Während die Socialdemokratie in früheren Jahren allenfalls zwei Kandidaten durchbrachte, gelang es ihr diesmal, gleich auf den ersten Anhieb sechs neue Vertreter ins Stadtparlament zu entsenden und drei in aussichtsvolle Stichwahl zu bringen. Von den gegnerischen Kandidaten ist nicht ein einziger gewählt worden. Da in Charlottenburg diesmal, ebenso wie vor 2 Jahren in allen Bezirken gewählt wurde, läßt sich der Fortschritt unsrer Partei zahlenmäßig nachweisen. Von 3100 im Jahre 1899 ist unsre Stimmenzahl auf 4800 angewachsen, während die Gegner insgesamt nur 100 Stimmen mehr erhielten als im Jahre 1899. Ueberaus schlecht haben die Freisinnigen abgeschnitten; fast ebenso schlecht ist es dem Mischmasch ergangen. Die Charlottenburger Arbeiterschaft hat gezeigt, daß sie nichts wissen will von Leuten, die den Mantel nach dem Winde tragen und sowohl nationalliberale als ultrareaktionäre, antisemitische als zionistische, mieterfreundliche als hausagrarische Gesinnung in demselben Atemzuge an den Tag legen. Der Denkzettel, den die Arbeiter der Charlottenburger Bourgeoisie versetzt haben, war wohl verdient. Die Mannen des Herrn Ströhler werden es jetzt nicht mehr wagen, die Geschäfte der Stadt als ihre Familienangelegenheiten zu betrachten, um die sich niemand zu kümmern hat. Mindestens acht Mann hoch zieht unsre Fraktion ins „Rote Haus" ein. Sache der Wähler wird es sein, dafür zu sorgen, daß wir auch aus den Stichwahlen siegreich hervorgehen, damit unsre Fraktion wachse und unser Ansehen sich mehre. Trotz des glänzenden Sieges darf die Charlottenburger Arbeiterschaft nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen, sie muß schon heute den Kampf um die Erringung weiterer Mandate in den Stichwahlen beginnen. Von neuem erklingt der Ruf: „An die Gewehre!" Die Arbeiterklasse wird ihm Folge leisten und ihren Sieg vollenden, sich selbst zum Ruhme, ihren Gegnern zum Leide.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg! Parteigenossen! Die Berliner und Charlottenburger Stadtverordneten-Wahlen sind vorüber und haben mit einem glänzenden Siege unsrer Partei geendet. Nun liegt es an uns, diesem Beispiele zu folgen und alles daran zu setzen, damit auch wir uns keine Blöße geben. Jeder Parteigenosse müßte es sich zur Ehre schätzen, bei der Agitation mitarbeiten zu können. Am Sonntagmorgen von 7½ Uhr ab, findet eine Flugblatt-Verteilung statt, bei der kein Parteigenosse fehlen sollte. Sammelpunkt in folgenden Lokalen: Ständer, Hohenstaufenstraße 80; Schilling, Kyffhäuserstr. 16; Hoppe, Merseburgerstraße 7; Obst, Meiningerstr. 8; Horlemann, Kaiser Friedrichstraße 8; Püschel, Gutzkowstr. 9; Moll, Sponholzstr. 34. Sei also ein jeder zur Stelle.

Britz. Heute, Freitag, findet bei Barkentin, Bürgerstr. 4, die Monatsversammlung des Wahlvereins statt, in welcher Genosse Schubert aus Schöneberg über das Thema: „Die Volksschule, wie sie ist und wie sie sein soll" sprechen wird. Bestellungen auf Parteitagsprotokolle, das Stück zu 30 Pf., nimmt der Vorstand entgegen.

Köpenick. Diejenigen Parteigenossen, welche ein Protokoll vom Parteitag in Lübeck für sich wünschen, erhalten dasselbe zum Preise von 30 Pf., wenn sie sich bis Sonnabend bei dem Genossen Rochlitz, Müggelheimerstr. 2, Franz Weber, Grünauerstr. 2 und bei den Mitgliedern des Vorstandes des Wahlvereins melden.

Ober-Schöneweide. Sonntag früh 8 Uhr findet vom Johnschen Lokal aus die Verbreitung des Agitationskalenders 1902 in Ober-Schöneweide statt. Es ist Pflicht, ganz besonders der Mitglieder des Wahlvereins, sich rege hieran zu beteiligen.

Der Vertrauensmann.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Die Beratungen der Stadtverordneten-Versammlung über das Wohnungswesen sind in der gestrigen Sitzung zu Ende geführt worden. Man darf sagen: Die Komödie ist aus! Denn wie eine Komödie wirkt jetzt die ganze Aktion, nachdem so wenig dabei herausgekommen ist. Die socialdemokratische Fraktion hat bis zum letzten Augenblick tapfer für die von ihr aufgestellten Forderungen gekämpft, aber die Mehrheit der Berliner Stadtverordneten-Versammlung ist für solche Dinge nicht zu haben. Was sollte daraus werden, wenn die Stadtgemeinde nun auch noch für das Wohnungswesen die Verpflichtung anerkennen wollte, wirklich nachdrücklich einzugreifen, um zu bessern, was daran verbesserungsbedürftig ist! Das würde ja „ins Uferlose gehen", wie gestern einer der Mehrheitsredner ausrief. Und was sollten die notleidenden Hausbesitzer anfangen, wenn derartige Eingriffe in die private Ausbeutungsfreiheit gutgeheißen würden, wie sie von socialdemokratischer Seite verlangt worden sind! Namens der socialdemokratischen Fraktion begründete Genosse Heimann, gestützt auf eine umfassende Kenntnis des einschlägigen Materials und manchen scharfen Hieb gegen das in der Stadtverordneten-Versammlung herrschende Hausagrariertum führend, noch einmal die Vorschläge, die von unsren Genossen zu den gestern noch zur Beratung stehenden Punkten gemacht worden waren. Das Abstimmungsergebnis zeigte, daß er im wesentlichen nur tauben Ohren gepredigt hatte. Unsre Leser werden aus dem an andrer Stelle wiedergegebenen ausführlichen Bericht ersehen, wieviel von dem Ganzen übrig geblieben ist. Man kann nicht Feigen ernten von den Disteln! Genosse Heimann wies in seiner Rede auch auf den Ausfall der Stadtverordneten-Wahlen hin, der zu einem nicht geringen Teil der unsocialen Haltung zu danken sei, die die Stadtverordneten-Mehrheit in solchen und ähnlichen Fragen so oft gezeigt habe. Den Herren war diese Erinnerung an die Niederlage, die sie vorgestern erlitten haben, sichtlich recht unangenehm. Aber sie dürften sich rasch wieder getröstet haben in dem Gedanken an die Wahlen der 2. und 1. Abteilung, die heute und morgen zu vollziehen sind. Die Hausbesitzer, die hier ein gewichtiges Wort mitzureden haben, werden mit den Beschlüssen von gestern zufrieden sein.

Tragödie des Kleingewerbes. Eine große Erregung herrscht unter den Einzel-Schiffern wegen der drohenden Gefährdung ihrer Existenz. Es tritt nämlich immer mehr die Wirkung des Entgegenkommens der Eisenbahnen, vom 1. Juli ds. Js. allen für den Export bestimmten Zucker des Vereins der deutschen Zuckerindustrie nach dem Specialtarif III zu befördern, zu Tage. Die Schiffahrt wird mehr und mehr von der Beförderung des Rohzuckers, der besonders in den Ostprovinzen als Massenartikel noch von Bedeutung war, ausgeschlossen. Eine Unterbietung der jetzt geltenden billigen Eisenbahnfrachten wäre sogar bei Berechnung der eigenen Selbstkosten den meisten Einzelschiffern unmöglich. Die von den Schiffern gehegte Hoffnung, daß die Eisenbahnen nicht in der Lage sein würden, den Gesamtverkehr zu bewältigen, hat sich nicht bestätigt. Die Eisenbahndirektion zu Bromberg hat sich durch Heranziehung und Benutzung ausländischer Waggons zu helfen gewußt. Nach dem Bericht der Schiffsladе-Genossenschaften wurden im verflossenen Jahre, das nicht besonders günstig war, in den Fabriken der Bromberger Gegend rund 300 000 Centner Rohzucker verschifft, während bis jetzt im Thorner Bezirk nur 8000 Centner und im Bromberger Umschlaghafen noch kein Pfund Rohzucker per Wasser verfrachtet worden ist. Aus andern Distrikten liegen ähnliche Berichte vor. Die Schiffer haben nun nicht allein mit dem ihnen zu Gunsten der Zuckerindustrie entzogenen Frachtenverdienst, sondern auch noch mit dem infolge vermehrten Angebots von leerem Kahnraum entstandenen Heruntergehen der Frachten, vermehrter Konkurrenz auf andern Gebieten zu rechnen.

Neue Opfer des Thielenschen Sparsystems. Es ist bekannt, daß noch vor wenigen Tagen die offiziöse Presse mit erheblichem Aufwand von Entrüstung bestritten hat, daß die von verschiedenen Blättern gebrachten Mitteilungen über Entlassungen im Eisenbahnbetriebe richtig seien. Auch in einer „Berichtigung", die wir aus Anlaß einer in Nr. 246 gebrachten Mitteilung von der hiesigen kgl. Eisenbahndirektion erhalten haben, wurde bestimmt versichert, daß die Entlassung von zur Zeit in Beschäftigung stehenden Hilfsbediensteten und Arbeitern „ausdrücklich ausgeschlossen" sei. Wie es um den Wert solcher auf Grund des Preßgesetzes den Zeitungen zugestellten Einsendungen zum Teil bestellt ist, lehrt die bedauerliche Thatsache, daß am 2. November wiederum eine Anzahl Eisenbahn-Arbeiter entlassen worden sind. Die Maßnahme betrifft gegen zwanzig schon längere Zeit auf dem Görlitzer Bahnhof beschäftigt gewesene Rangierer und Schuppenarbeiter. Daß eigentlicher Arbeitsmangel kaum der Grund dieser harten Maßregel gewesen sein kann, beweist der Umstand, daß den noch in Beschäftigung befindlichen Arbeitern vielfach ein erhöhtes Maß von Anstrengung zugemutet wird. Während früher zu einer Rangierkolonne 6 Mann gehörten, müssen seit dem 1. Oktober am Tage 4 Mann dasselbe Quantum Arbeit leisten. Ueberhaupt ist die Arbeitseinteilung eine solche, daß z. B. die Arbeiter, welche Nachtdienst haben, von 6 Uhr abends bis 3 Uhr früh fast ohne jede Pause ihre Arbeit, die durchaus nicht zu den leichtesten gehört, verrichten müssen.

Uns soll verlangen, was Herr v. Thielen zu diesen Mitteilungen sagt, die mit den Versicherungen, welche seine Behörde in der von uns in Nr. 253 abgedruckten Berichtigung giebt, doch in einem gar zu bedenklichen Gegensatz stehen.

Ein Frauen-Genossenschaftsblatt für die deutschen Konsumgenossenschaften beabsichtigt die Großeinkaufs-Gesellschaft zu Hamburg herauszugeben. Es soll dadurch eine permanente und zweckmäßige Agitation für die Konsumgenossenschaftsbewegung herbeigeführt, neue Mitglieder gewonnen werden. Ein geistiges Band um die vorhandenen Mitglieder zu schlingen und sie zu genossenschaftlichem Denken und Handeln anzuregen soll die Hauptaufgabe dieses Blattes sein. Es sollen darin nicht nur die materiellen, sondern auch die ideellen Vorzüge der Genossenschaftsbewegung gewürdigt werden. Da die Frau die eigentliche Trägerin der Konsumgenossenschaftsbewegung ist, sie den Konsum der Familie zu leiten, sie mit dem Einkommen des Mannes hauszuhalten hat und dahin streben muß, die Lebenshaltung ihrer Familie durch geschickten und günstigen Einkauf nach Möglichkeit zu erhöhen, soll gerade sie durch das Blatt gewonnen werden, ihr Augenmerk auch auf die Konsumvereine zu richten. Neben der genossenschaftlichen soll auch darin die moderne Litteratur, Kunst, sowie die aus der Thätigkeit der Hausfrau sich ergebende Praxis geschildert und gepflegt werden. Das Blatt wird acht Seiten stark im Monat zweimal in Höhe von ca. 50 000 Exemplaren erschienen und seitens der Verwaltungen an die Mitglieder gratis abgegeben. Um die lokalen Interessen der einzelnen Vereine zu wahren, bleibt eine Seite für diese reserviert, welche zu Bekanntmachungen und Mitteilungen für die Mitglieder dienen soll, um so schnell wie möglich innere Angelegenheiten zur Kenntnis derselben zu bringen und den innigen Verkehr zwischen Verwaltung und diesen herzustellen. Die Kosten des Blattes sind bei der großen Auflage so minimal — 22½ Pf. pro Mitglied und Jahr —, daß sehr wohl die Genossenschaften in der Lage sind, ihren Mitgliedern eine solche schätzenswerte Lektüre bieten zu können. Ja noch mehr, die Wirkung dieses Blattes würde den Erfolg haben, daß die Konsumvereine von Jahr zu Jahr einen Mehrumsatz zu verzeichnen hätten; ist es doch eine alte Thatsache, daß solche Agitation sich doppelt bezahlt macht, in ideeller als auch in materieller Beziehung. Auch die hiesigen Konsumgenossenschaften werden sich ein so wirksames Agitationsmittel nicht entgehen lassen und sich lebhaft daran beteiligen. Ist die Konsumgenossenschaft doch die Organisation der Frau. Auf dem Lebensmittelmarkt steht der Konsument dem Handel machtlos gegenüber, hier kann nur eine starke Konsumenten-Organisation Einfluß gewinnen, und dazu wird auch das Frauen-Genossenschaftsblatt ganz erheblich beitragen.

Die Schausammlung des Pathologischen Museums wird, wie uns Geheimrat Virchow mitteilt, bis auf weiteres auch für das Laienpublikum Sonntags von 11—1 Uhr geöffnet sein. Sie enthält in den beiden untersten Stockwerken des neu erbauten Museums eine Auswahl von Präparaten aus fast allen Gebieten der Pathologie, die zum Teil nach der im Pathologischen Institut ausgearbeiteten Methode Kaiserlings in ihren natürlichen Farben erhalten sind. Die nötigen Erläuterungen werden durch den Direktor Geheimrat Virchow und seine Assistenten und Hilfsarbeiter gegeben. Der Zugang findet vom Alexander-Ufer aus statt.

Die Ehrenrettung des Herrn Leopold Jacobi soll nach der Mitteilung verschiedener diesem Stadtverordneten nahestehender Blätter der Staatsanwalt übernommen haben. Es wird nämlich berichtet, daß die Staatsanwaltschaft wegen Beleidigung des Stadtverordneten L. Jacobi durch einen Artikel der „Welt am Montag" nunmehr das öffentliche Verfahren eingeleitet hat.

Wir wollen heute die ja sehr naheliegende Frage außer Betracht lassen, was denn den Staatsanwalt bewogen hätte, zu Gunsten eines Jacobi das öffentliche Interesse als vorliegend zu erachten. Denn vorab ist die hier wiedergegebene Mitteilung dahin einzuschränken, daß der Verfasser des Artikels, Redacteur Bernhard, in der Angelegenheit nur zu einer heute erfolgenden polizeilichen Vernehmung vorgeladen ist.

Der Polizeipräsident hat ein Gesuch der Berliner Fuhrherren-Innung um Verlängerung der Frist zur Anbringung von Bremsen und festen Sitzen an den Wagen bis zum 1. April 1903, wodurch die erforderlichen Unkosten verteilt und dem ohnehin daniederliegenden Fuhrgewerbe weniger fühlbar gemacht würden, ablehnend beantwortet. Bei dem Minister des Innern soll dagegen Beschwerde erhoben werden.

Ein Baumfall, der, wenn er ¼ Stunde früher erfolgt wäre, etwa 20 Menschenleben gefährdet hätte, erfolgte Donnerstag 5¼ Uhr nachmittags in der Kastanienallee 21. Hier wird das gesamte vierstöckige Vorderhaus renoviert, weshalb es augenblicklich unbewohnt ist. Mehrere Räume sollen vergrößert und namentlich im Parterre Geschäftsläden eingerichtet werden. Kurz nach dem 5 Uhr erfolgten Arbeitsschluß, während noch vier Maurer sich in dem nach dem Hofe zu belegenen Ankleideraum befanden, stürzte plötzlich im zweiten Stock die Decke in dem Umfange des Parterreladens ein, durchschlug die Decke des ersten Stockes und riß dieselbe mit in die Tiefe. Der Straßenpassanten bemächtigte sich eine ungeheure Aufregung, zumal wegen der aufgewirbelten Staubwolken die Größe des Einsturzes nicht zu übersehen war und man nicht wußte, ob Arbeiter unter den Schuttmassen begraben lagen. Man rief nach der Feuerwehr, die denn auch aus der benachbarten Oderbergerstraße bald zur Stelle war. Da weitere Zusammenstürze nicht ausgeschlossen waren, wurde mit größter Vorsicht vorgegangen. Glücklicherweise konnte nach kurzer Zeit festgestellt werden, daß die Arbeiter sämtlich noch vor Einbruch der Katastrophe das Gebäude verlassen hatten. Der Unfall wird darauf zurückgeführt, daß die Decke des zweiten Stockes nicht genügend abgesteift war. Die Unfallstelle ist polizeilich gesperrt.

Einen sonderbaren Studentenstreich leisteten sich in der vergangenen Nacht zwei Brüder Studio an der Weidendammer Brücke. Sie sprangen von der Brücke in die Spree, schwammen nach dem jenseitigen Ufer und kletterten auf einen dort liegenden Obstkahn. Von hier aus erreichten sie das Ufer und begaben sich mit triefenden Kleidern auf die Straße. Der eine von ihnen hatte aber an der einmaligen nächtlichen Schwimmtour noch nicht genug, er kehrte um und schwamm wiederum zum andren Ufer hinüber. Der seltsame Ulk hatte einen großen Auflauf verursacht. Die Namen der beiden Schwimmer wurden auf dem Polizeirevier festgestellt und die durchgefrorenen Studenten per Droschke in ihre Wohnung gebracht.

Ein Diebesnest hat die Kriminolpolizei in der Heinersdorfer Mühle hinter Neu-Weißensee ermittelt. Die Mühle ist außer Betrieb und wurde von einem kürzlich aus dem Zuchthause entlassenen Einbrecher mit seiner Frau bezogen. Die Polizei, die auf das dort sich abspielende Treiben aufmerksam geworden war, schritt zu einer Durchsuchung der Mühle und förderte dabei allerlei Diebes-Handwerkszeug sowie Gold- und Silberwaren, die von Einbrüchen herrühren, zu Tage; ferner Seidenstoffe und Spitzen. Der Einbrecher und seine Frau wurden verhaftet.

Ein Geflügeldieb ist in der Person eines mit Zuchthaus vorbestraften Menschen Namens Schwitzer festgenommen worden. In Schmargendorf und Umgegend waren bereits elf Diebstähle verübt worden, ohne daß man auch nur eine Spur von dem Thäter wußte. Da machte der Dieb noch einen letzten Schlag, indem er dem Gendarmen und dem Nachtwächter von Schmargendorf, die beide auf demselben Grundstück wohnen, die Gänse, Enten und Hühner wegstahl und dem Gendarmen auch noch das Dienstfahrrad mitnahm. Nur die Köpfe der Tiere und ein Diebeszeichen ließ der Langfinger zurück. Dann hörte man in Schmargendorf nichts mehr von ihm. Der dort stationierte Kriminalbeamte vermutete nun, daß Schwitzer, der wieder einmal das Zuchthaus verlassen hatte, der Dieb sei. Seine Spur führte nach Charlottenburg. Als aber der Beamte dorthin kam, um den Spitzbuben festzunehmen, war er gerade nach Dalldorf verzogen.

Zurückgelassene Pfoten und Hälse zeigten aber dem Kriminalbeamten, daß er auf der richtigen Fährte war, und bald gelang es ihm denn auch, den Gesuchten mit seiner Frau in Dalldorf ausfindig zu machen und festzunehmen. In seiner Wohnung fand er noch einen Centner geschlachtetes Geflügel und das Fahrrad. Schwitzer räumte alle Diebstähle ein und gestand auch, daß er in Dalldorf und Umgebung ein neues Feld für seine Thätigkeit gesucht habe.

Zur Vergiftung durch Knoblauchswürstchen, durch deren Genuß das Töchterchen des Cigarrenhändlers Reichelt aus der Fehrbellinerstraße 45 gestorben und eine ältere Schwester erkrankt sein sollte, liegt jetzt das Gutachten des Gerichtschemikers Dr. Bischoff vor, der die inneren Organe der Leiche zur Untersuchung erhielt. Dr. Bischoff giebt sein Gutachten an die Staatsanwaltschaft, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung" mitteilt, dahin ab, daß er allerdings Gift in den inneren Organen gefunden habe, aber ein Urteil darüber, ob das Gift sich bereits in der Wurst oder erst später durch den Verwesungsprozeß entwickelt habe, um so weniger abgeben könne, da ihm die Leichenteile erst mehrere Tage nach dem Tode zugegangen seien.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 18. Oktober hat ein armes junges Mädchen in der Greifswalderstraße einem ihr unbekannten etwa 19jährigen Mann mit dunklem Haar, schwarzem Jackettanzug und weißem, bis an den Hals reichenden Trikothemde einen Reisekorb mit verschiedenen Gegenständen, darunter Wäsche, gezeichnet E. T., zur Beförderung nach einer im Südosten der Stadt belegenen Straße übergeben. Da der Korb mit wertvollem Inhalt bisher nicht abgegeben, auch als gefunden nicht gemeldet worden ist, so liegt die Annahme nahe, daß der Auftragnehmer denselben unterschlagen hat, und werden diejenigen Personen, welche über den Thäter oder sonst zur Sache Angaben machen können, ersucht, sich schriftlich oder mündlich bei der Kriminalabteilung, Zimmer 325, zu melden.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche am Sonntagmittag am Kurfürstendamm zwischen Uhlandstraße und Fasanenstraße der Sistierung beigewohnt haben, werden gebeten, bei R. Leibusch, Markusstr. 2, ihre Adresse abzugeben.

Feuerbericht. In der Nacht zum Donnerstag brannte Behrenstraße 54 ein Zimmer neben einem Geschäftsraume aus. Kurz darauf wurde die Wehr nach dem Dresdener Güterbahnhof gerufen, wo ein Schuppen in Flammen stand. In beiden Fällen konnte die Gefahr bald beseitigt werden.

Ein nützliches Buch. „Notizen und Zahlen, Statistisches Nachschlagebüchlein" nennt sich bescheiden ein 82 Seiten starkes Heft, das wir allen Lesern, die auf bequeme Weise über die im alltäglichen Leben aufgeworfenen Fragen unterrichtet sein wollen, auf das beste empfehlen können. Man sieht es dem Büchlein von außen gar nicht an, was es alles in geschickter Anordnung in sich birgt. Wir werden aus ihm unterrichtet über tausend Gegenstände und noch einige, und das alles, ohne daß wir lange zu suchen und zu blättern brauchen. Aus dem weitreichenden Inhalt führen wir an, daß das Büchlein in bunter Folge die zuverlässigsten Daten bringt über die Menschenrassen und Sprachen der Erde, über die mittlere Lebensdauer der hauptsächlichsten Berufe, über die Ausdehnung der Kohlenlager, über die Länge der Eisenbahnen der Erde und ihre Gold- und Silberproduktion. Die größten Brücken-Spannweiten sind angegeben, die Eisenbahn-Tunnels, die höchsten Berge der Erde, die Zahl der in den verschiedenen Ländern erscheinenden Zeitungen, Flächeninhalt und Bevölkerung aller Länder, sowie viele statistische Daten über die Nationalitäten Europas. Wir werden weiter unterrichtet über die Elektricität, über das specifische Gewicht und die Dichtigkeit einer Anzahl Körper, über die chemischen Elemente und über die Nährwerte der verschiedenen Nahrungsmittel. Dann finden wir in übersichtlicher Tabelle statistische Notizen über die hauptsächlichsten Kulturländer; ihre Bodenbeschaffenheit, Produkte, Zollerträgnisse, Schulzustände, Armenkosten, geographischen Verhältnisse usw., kurz, so ziemlich alles, was uns unter den verschiedensten Umständen interessieren kann, ist in Zahlen aufgeführt. Die hauptsächlichsten Daten aus der Berufsstatistik finden wir, sowie ebenfalls das Wissenswerteste aus der Kriminalstatistik, der Selbstmord- und Unfallstatistik und der Statistik über Arbeiterversicherung, Reichstagswahlen, Staatsschulden, Posttarif, Münz- und Gewichtstabelle und zum Schluß ein nach den Ergebnissen der letzten Volkszählung aufgestelltes Verzeichnis aller Orte des Deutschen Reiches — alles dies und noch ungezählte Dinge dazu enthält das vortreffliche Nachschlagewerk. Das Büchlein ist im Verhältnis zu seinem Werte außerordentlich billig; der Einzelpreis stellt sich auf 30 Pf., hundert Exemplare kosten 15 M. Zu beziehen ist das Werk durch alle Buchhandlungen sowie auch von dem Verfasser und Verleger Herrn H. Beringer, Berlin SW., Königgrätzerstr. 108.

Schwedisches Mädchenturnen. Wir werden ersucht, folgendes zu veröffentlichen: Die von Fräulein Luise v. Egidy ins Leben gerufenen und geleiteten Kurse für Schwedisches Mädchenturnen haben wieder begonnen. Für Kinder und Erwachsene: Montags, Mittwochs, Freitags von 5–3/4 6 Uhr und von 6–3/4 7 Uhr im Turnsaale der Charlottenschule, W., Steglitzerstr. 29. Die Turnstunden werden von Frauen geleitet, die in Stockholm das Gymnastikdirektor-Examen gemacht haben. Nähere Auskunft im Institut für Schwedische Heilgymnastik und Massage von Luise v. Egidy, Bayreutherstr. 17 H. p. Tel.-Amt IV, 1092. Sprechstunden: Montags und Donnerstags 1–2 Uhr.

Am Freitag, den 8. November, findet eine Wohlthätigkeits-Vorstellung zum Besten einer Weihnachts-Bescherung armer Schüler der 151. Gemeindeschule im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a, statt unter gütiger Mitwirkung des „Berliner Schauspielvereins". Gegeben wird „Hans Huckebein", Schwank in 3 Akten von Oskar Blumenthal. Nach der Vorstellung Tanzkränzchen bei großem Orchester unter Leitung des Musikdirektors M. Lehmann. Preis für Vorstellung und Tanz 0,50 M. Anfang 8 Uhr. Eintrittskarten sind jederzeit bei dem Rektor Schünemann, Reichenbergerstr. 131/132, sowie auch abends an der Kasse zu haben. Im Interesse der guten Sache wird um recht rege Beteiligung gebeten.

Theater. Im Schiller-Theater ist die erste Aufführung von „Lysanders Mädchen", historisches Lustspiel in 1 Akt von J. V. Widmann (Novität), in Verbindung mit Shakespeares „Die Komödie der Irrungen" für Dienstag, den 12. November, in Aussicht genommen. Sonntag, den 10. November, abends, geht zur Feier von Schillers Geburtstag „Die Braut von Messina" in Scene. — Central-Theater. Infolge des Gastspiels der Madame Sada Yacco (genannt die japanische Duse) und der Mademoiselle La Loie Fuller mit ihrer japanisch-dramatischen Gesellschaft, welches am 18. d. M. beginnt, kommt „Der Seekadett" nur bis zu diesem Tage zur Aufführung.

In der am kommenden Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Belle-Alliance-Theater stattfindenden Vorstellung der Neuen freien Volksbühne „Die Hexe" von Arthur Fitger sind in den Hauptrollen beschäftigt die Damen Marie Gundra, Maria Holgers und Else Schiff, die Herren Siegmund Aschenbach, Fritz Alten, Cäsar Beck und Paul Pauly. Die Direktion führt Herr Direktor Friedrich Moest.

Das Passage-Theater ist nach dem nicht allzu schmerzlich empfundenen Scheiden von Traudchen Hundgeburth zu einem Programm gekommen, das sich in Ehren sehen lassen kann. Ein italienisches Opern-Ensemble „Mascagni", das aus einem Tenor, einem Baritonisten und einer Sopranistin besteht, singt mit tadelloser Schulung aus der Cavalleria sowie aus Pagliacci die hauptsächlichsten Partien, und findet beim Publikum verdiente Anerkennung. Eine Künstlerin merkwürdiger Art ist Lotte Sebus, die zum Teil in der Manier untergeordneter Sängerinnen, zum Teil aber in selbständiger Auffassung kleine Lieder zum Vortrag bringt, die sich durchaus über das Mittelmaß erheben und auf Würdigung Anspruch machen können. Ein Tegernseer Gesangs- und Schuhplattler-Ensemble sorgt für die nötigen Juchzer und repräsentiert die Natur unter der geschminkten Welt, während die Akrobatik vor allem in dem gymnastischen Lustpotpourri „Leopard" mit Künstlern ersten Ranges vertreten ist. Eine Anzahl Sängerinnen und Artisten verschiedenster Art vervollständigen das mit Geschmack zusammengestellte Programm.

Aus den Nachbarorten.

Ergebnis der Volkszählung in den westlichen Vororten. Das endgültige Ergebnis der Volkszählung in den westlichen Vororten, deren Material vom Statistischen Amt der Stadt Charlottenburg bearbeitet worden ist, liegt jetzt vor. Die Gesamtbevölkerung betrug demnach in Charlottenburg 189 305, in Wilmersdorf 30 671, Friedenau 11 050, Schmargendorf 3175 und Grunewald 3230. Die Militärbevölkerung betrug hiervon 3315, 377, 76, 6, 9. Gemeinsam allen westlichen Vororten ist das Uebergewicht des weiblichen Geschlechts. In Grunewald wohnen fast noch einmal so viel Frauen als Männer: 2034 gegen 1196. Aehnliche Verhältnisse herrschen in Friedenau mit 6326 Frauen und 4724 Männern und in Schmargendorf mit 1714 gegen 1461. Charlottenburg hat einen Ueberschuß von nicht weniger als 17 651 Frauen, so daß dort nur 85 840 Männer gegen 103 465 Frauen wohnen.

Köpenick. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten brachte der Vorsteher vor Eintritt in die Tagesordnung eine Verfügung des Regierungspräsidenten zur Kenntnis der Versammlung, wonach in Zukunft bei der Vorlage von Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung die Angabe des Stimmenverhältnisses gefordert wird, mit welchem die Vorlage angenommen ist. Zu den Kosten der „Bismarckwarte" auf den Müggelbergen hat der „Verein Bismarckwarte" von der Stadt einen Beitrag erbeten und es sind auch vom Magistrat 1000 M. in Vorschlag gebracht, deren Bewilligung bei der Stadtverordneten-Versammlung nachgesucht wird. Die Genossen Rochlitz und Hein wandten sich entschieden gegen eine solche Verwendung der Steuergroschen, und der Genosse Herbst erinnerte hierbei an die Verhandlung über die Getreidezölle. Der Magistrat habe diese als eine politische Angelegenheit bezeichnet und deshalb die Absendung der Petition abgelehnt. Auch hier handle es sich ebenso um eine politische Sache. Wie könne die Bevölkerung der Stadt überdies den schlimmsten Feind der deutschen Arbeiterschaft, den Vater des Socialistengesetzes, ehren wollen? Trotz der treffenden Ausführungen unsres Vertreters wurde die Vorlage mit 18 gegen 11 Stimmen angenommen!

Lichtenberg. Herr Generaldirektor Nolda bittet nunmehr „alle anständigen Blätter", entweder seine Person oder die fürstliche Vermögensverwaltung mit der bekannten Bestechungsangelegenheit nicht mehr in Verbindung zu bringen oder aber „direkte" Bezichtigungen auszusprechen, die ihm den Klageweg ermöglichen. Nach der Ansicht seines Rechtsbeistandes seien die „Erklärungen" der Gemeindevertreter in „wohlweislich gewählter Form" ergangen, sodaß eine ausreichende Handhabe zu einem Beleidigungsprozeß nicht vorhanden sei. Die Ermittlungsversuche nach den Bestechern seien ergebnislos verlaufen und überdies seien nach dem Strafgesetzbuch Geldangebote an Gemeindevertreter nicht strafbar. Ausdrücklich betone er nochmals, daß der vielgenannte Herr Berger weder von ihm noch von seinem Agenten angenommen worden sei, vielmehr habe er sich als Abgesandter der Gemeinde Lichtenberg ihm gegenüber legitimiert.

Unsrem Parteigenossen Grauer gegenüber haben sich nun aber der Herr Berger sowohl wie die „Bestecher", deren Ermittelung nicht gelungen sein soll, allerdings nicht als Abgesandte der Gemeinde Lichtenberg legitimiert und in den „gewählten Erklärungen" der „Gemeindevertreter" haben diese darüber an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig gelassen. Nun fehlt nur noch, daß auch Herr Berger keine ausreichende Handhabe hat zu klagen, dann braucht auch er nicht zu sagen, wer die 70 000 M. Provision nachgelassen, wer ihm die 80 000 M. „Verdienst" versprochen, wer die an Herrn Rindermann eventuell zu zahlenden 3000 M. auszahlen sollte, wer ihn zu der uneigennützigen Vermittlerrolle bewogen und was ihn zu dem Besuche und der Unterhaltung mit dem Gemeindeverordneten Grauer veranlaßt hat. Uebrig bleibt auch noch die Frage: wer hat den Gemeindebeamten zu beeinflussen gesucht?

Aus Neu-Weißensee geht uns vom Vorsitzenden der dortigen Orts-Krankenkasse ein Schreiben zu, das eine Berichtigung unsrer in Nr. 256 des „Vorw." gebrachten Notiz über die genannte Kasse sein soll. In dieser Zuschrift werden entweder unsre Darstellungen bestätigt oder das Verhalten des Vorstandes in dem angeregten Falle zu begründen und zu entschuldigen versucht. Der Raum des „Vorwärts" ist zu kostbar, um diese sogenannte Berichtigung abzudrucken. Sieht der Vorstand der Kasse ein, daß sein Verfahren in vielen Fällen einer Entschuldigung bedarf, so möge er sich in den in Zukunft von der Arbeiterschaft abzuhaltenden Versammlungen sehen lassen, in denen ihm hinreichend Gelegenheit sein wird, sein Licht leuchten zu lassen.

Gerichts-Zeitung.

In dem Riesenprozeß gegen den Zahntechniker Boldt wurde gestern die Verhandlung wieder aufgenommen und die Beweisaufnahme fortgesetzt. Je mehr Belastungszeugen ihre Erlebnisse mit dem Angeklagten erzählen, desto mehr muß man sich wundern, wie viele Personen ihm ins Garn gelaufen sind, wie dreist er die unverschämtesten Forderungen aufzustellen pflegte und wie der Zufall ihm überwiegend Personen zugeführt hat, auf die sein Wille einen bestimmenden Einfluß ausübte. Ein Fall der letzteren Art, der bei den in immer größerer Anzahl in den großen Schwurgerichtssaal drängenden Zuhörern geradezu verblüffend wirkte, betraf eine 51jährige Rentiere Frl. B., die offenbar nicht ganz normalen Geistes ist, aber bezüglich ihrer Vermögensverwaltung ganz selbständig handelt. Frl. B. war mehrere Tage nicht an Gerichtsstätte erschienen und es mußte ihr gestern erst der Gefängnisarzt Dr. Puppe und ein Gerichtsdiener ins Haus geschickt werden, um ihr Erscheinen vor Gericht zu erzwingen. Die Absonderlichkeit ihres Wesens zeigte sich u. a. dadurch, daß sie bei den Fragen nach ihren Personalien immer wieder mit besonderem Nachdruck betonte, daß sie die „Jungfrau" B. sei. Sie erregt in den Straßen Berlins wegen ihrer auffallenden Kleidung Aufsehen und geht nur in Begleitung ihres Dieners spazieren. Bei der Anstellung eines solchen pflegt sie sich in erster Reihe zu erkundigen, ob er gut tanzen könne, da er mit ihr ausgehen und auch mit ihr tanzen müsse. Diese „Jungfrau" B. führte ihr Unstern zu dem Angeklagten, da sie gewillt war, sich einen Zahn einsetzen zu lassen. Er redete ihr zu, sich doch ein Gebiß von 5 oder 6 Zähnen machen zu lassen und hatte damit auch Erfolg. Nach Fertigstellung des Gebisses hat sie sich noch mehrere Zähne plombieren lassen und dafür die Kleinigkeit von 745 M. sofort bezahlt. Einige Zeit später ersuchte sie der Angeklagte um einen nochmaligen Besuch, um sich noch einmal die Zähne anzusehen und zu reinigen. Daran schloß sich noch ein dritter Besuch, bei welchem noch einige Zähne plombiert werden sollten. Bei dieser Gelegenheit hat er die Nase und die Wange der Zeugin in mysteriöser Weise mit einer ätzenden Flüssigkeit betupft, so daß das Gesicht sehr aufschwoll und sie große Schmerzen erlitt. Bei dem nächsten Besuch machte er die Vorbereitungen an ihrem Munde zur Anfertigung eines Platina-Gebisses, wobei er ihr sagte, er wolle dasselbe nur in seinem Schaukasten aushängen. Er legte der B. alsdann einen Zettel vor, nach welchem sie sich verpflichtete, für Anfertigung eines Platina-Gebisses 3650 M. zu zahlen und noch ein Gebiß für 5550 M. bestellte. Sie weigerte sich zu unterschreiben. Der Angeklagte, welcher ihr sagte, daß dies bloß pro forma sei und sie gar nichts weiter zu zahlen habe, zwang ihr aber seinen Willen auf, so daß sie unterschrieb und ihm auch noch einen Wechsel über 5550 M. ausstellte. Für diese 9200 M. (!) hat Frl. B. eine Gegenleistung überhaupt nicht erhalten. Der Angeklagte hat sie aber auf diese Summe verklagt, ein Versäumnisurteil erzielt und ihr durch den Gerichtsvollzieher 10 000 M. in Wertpapieren abpfänden lassen. Sie hat außerdem noch ca. 400 M. Kosten gehabt. — Auch für diesen krassen Fall hatte der Angeklagte die abenteuerlichsten Erklärungsgründe bei der Hand, wie er denn an Unverfrorenheit ziemlich unerreichbar ist. So stellte er gestern in allem Ernste den Antrag, noch etwa 600 Zeugen zu laden, die alle mit seinen Leistungen zufrieden gewesen sein sollen und etwa 200 Personen, denen er Reparaturen umsonst gemacht haben will. Die Anträge wurden natürlich abgelehnt.

Der Staatsanwalt beantragte 6 Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof erkannte auf 5 Jahre Gefängnis, 1000 M. Geldstrafe und 5 Jahre Ehrverlust.

Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Semler, der Hamburger Rechtsanwalt ist, hatte vor etwa Jahresfrist einen Civilprozeß zu bestehen, der von einem Kaufmann St. gegen ihn angestrengt war, weil Semler in einem großen Erbschafts-Prozeß, an dem die Ehefrau des Klägers St. mitbeteiligt gewesen war, zum Nachteil der Erben gehandelt haben sollte. Der Prozeß wurde damals dadurch beendet, daß Semler sich freiwillig zur Auskehrung von 30 000 M. an drei der Erben bereit erklärte. Aus dem Prozeß folgte dann aber ein ehrengerichtliches Verfahren für Dr. Semler vor der Hanseatischen Anwaltskammer, weil Semler durch eine unlautere Handlung in einem früheren ehrengerichtlichen Verfahren die Anwaltskammer über die wahren Vorgänge in dem Erbschaftsprozeß getäuscht haben sollte. Dr. S. hatte damals der Anwaltskammer einen Brief vorgelegt, in dem ein Kaufmann B. bescheinigte, er habe Geld zur Prozeßführung hergegeben und dafür eine Provision von 60 000 M. von Dr. Semler aus der Erbschaft erhalten, während in Wirklichkeit B. nur etwa 4900 M. erhalten und Semler den kleinen Rest von etwa 54 000 M. behalten hatte. Auf Grund dieses Briefes hatte der Ehrengerichtshof damals das Verfahren eingestellt. Jetzt hat sich die Anwaltskammer mit diesem Briefmanöver zu beschäftigen gehabt. Ein ganzes Jahr hat sich das Verfahren hingezogen. Schließlich weigerte sich der Oberstaatsanwalt überhaupt, Anklage zu erheben. Die Anwaltskammer beschloß trotzdem Eröffnung des Verfahrens. Nach zweitägiger Verhandlung hat dasselbe jedoch mit Freisprechung des schon häufig ehrengerichtlich bestraften Semler geendet. Ueber die Gründe, die zu diesem Spruche geführt haben, verlautet nichts.

Die rätselhafte Geschichte von einem schweren Raube, der sich nachher als das Phantasiestück einer Frau erwies, beschäftigte gestern die 136. Abteilung des Schöffengerichts. Am 20. September dieses Jahres wurde in den Berliner Zeitungen folgende Mitteilung veröffentlicht, die auf den Angaben der Ehefrau des Bureauvorstehers Schönwetter, Friedenstr. 60 wohnhaft, beruhte. Sie wollte in ihrer Wohnung überfallen, beraubt und gefesselt worden sein. Mit dem Aufräumen der Wohnung beschäftigt, sei sie vom Vorderzimmer in das Hinterzimmer gegangen, wo ihr zweijähriges Töchterchen spielte. Als sie die Thür öffnete, sei ihr ein Mann mit schußbereitem Revolver in der erhobenen Rechten entgegen getreten. In drohendem Tone habe derselbe die Herausgabe des Geldes, sowie die Schmuck- und Wertsachen verlangt. Starr vor Schreck habe sie zugesehen, wie der Besucher mit einer Hand alle Schubladen aufzog und den Inhalt durchwühlte, während er die andre Hand, die den Revolver hielt, fortwährend gegen die Brust der Bewohnerin richtete. Derselbe Auftritt wiederholte sich im Vorderzimmer; thränenden Auges habe sie zusehen müssen, wie der kühne Räuber sich aus dem Vertikow 80 M. bares Geld, mehrere Ringe, ein Sparkassenbuch über 217 M. und ein Wertpapier über 1000 Mark aneignete. Darauf habe der Mann sie angeschrien mit den Worten: Ist nicht noch mehr da? Und als sie nur mit einem Kopfschütteln antwortete, habe er ihr noch einen Ring vom Finger gezogen, dann mit einem Band, das über der Nähmaschine hing, ihr die Hände zusammengebunden und darauf ihren Oberkörper fest an die Thür gebunden, diese von außen verschlossen und sich dann entfernt. Nach halbstündiger Arbeit sei es ihr gelungen, sich von den Fesseln zu befreien, sie sei zu den auf der andren Seite des Flurs wohnenden Leuten gegangen und dort erschöpft zusammengesunken. Ihre Hände waren noch zusammengebunden. Es wurde sofort der Kriminalpolizei Anzeige gemacht. Die abgeblich Beraubte gab eine genaue Beschreibung des Thäters und alle Hebel wurden in Bewegung gesetzt, um denselben zu ermitteln, obgleich die Kriminalpolizei schon nach der ersten Vernehmung der Frau Schönwetter Verdacht schöpfte, daß hier ein erdichteter Ueberfall vorlag. Es war gar zu viel in der Erzählung der Frau Schönwetter, welches unwahrscheinlich und nicht aufzuklären war. Die Ermittelungen wurden fortgesetzt, bis Frau Schönwetter sich endlich am 18. Oktober zu dem Geständnis herbeiließ, daß sie die ganze Geschichte erfunden habe. Als Beweggrund gab sie an, daß sie im Haushalt mehr verbraucht hatte, als ihr Ehemann wissen sollte und ihn deshalb über den Verbleib seiner Ersparnisse täuschen wollte. Sie wiederholte dies Geständnis im gestrigen Termin. Der Staatsanwalt wies darauf hin, daß ein Unfug schwerster Art vorliege, die Mitteilung von dem Verbrechen mußte die Berliner Bevölkerung im hohen Grade beunruhigen. Er beantragte gegen die Angeklagte eine Geldstrafe von 60 M. Der Gerichtshof beließ es mit Rücksicht auf die tiefe Reue der Angeklagten bei einer Geldstrafe von 30 M.

Vermischtes.

Die Schmach der deutschen Volksschulbildung. In einem hiesigen Blatt lesen wir: „Sechzig Rekruten eines in der Provinz Sachsen stehenden Infanterie-Regiments, die meist aus Posen und Schlesien stammen, hatten schriftlich die wiederholt an verschiedene Truppenteile gerichtete Frage zu beantworten: Wer war Bismarck? Hier einige Antworten:

„Bismark war ein kriösminister." „Biesmark ist ein ferireter unser Kaiser Wilhelm den II. von Deutschland." „Bißmarck war Reichskanzler und auch Frürst, und als Soldat war Küraßiür." „Herrn Birßt Bismark wahr ein Reißkanzler." „Bismark war König fom Deuzenreich." „Bismarck war ein berühmter Mann hat mitgemacht und das Fürstenthum zu Regierung gemacht gestorben 21 Januar 1771." „Bismark mark wahrt eine Führst. erhat viehle Krihge mit gehmacht." „Seine Exzelenz Feltmarschahl Generalmajar." „Bißmarck war ein Statsickritärr." „Fürst Bissmark wahr ein tapfrer Krüker und zu gleicher zeit Kriksregent der Deutschen Armee und Dinte bei den Köraziren zu Belin er überreicht die Keiser Krone Keijer Wihlen den 1.ten." „Bismark war Präsiedant." „Unser Ferscht Brschischmmar war von Ferscht Feldherr."

Das erwähnte Blatt, die „Tägl. Rdsch.", benutzt das Resultat dieser Befragung u. a. zu einer Pauke gegen die Socialdemokratie, indem es die Frage aufwirft, ob dies „verhetzte Volk" im stande ist, das Recht der Mitregierung, das ihm „geschenkt" worden, zu behaupten?

Diese Frage ist um so thörichter, als keine einzige der von den Rekruten gegebenen Antworten auch nur leise darauf hindeutet, daß sie von einer „verhetzten" Person herrühre; im Gegenteil kommt in den meisten der unbeholfenen Kritzeleien der landläufige Hurrapatriotismus derbe zum Ausdruck. Socialdemokratische Rekruten würden vermöge dem Wissen, das sie unsrer Belehrung verdanken, ohne weiteres die Frage, wer Bismarck war, richtig beantworten. Aber merkwürdig finden wir es, daß ein um das Gedeihen des Deutschtums so besorgtes Blatt wie die „Tägl. Rundsch." ob seines Jammers über die ungenügende Geschichtskenntnis der Rekruten ganz vergißt, daß etwas viel Wichtigeres in Frage kommt, nämlich das vernichtende Urteil, das von den jungen Leuten über die deutsche Volksschule gefällt wird. Uns will dünken, daß jedem, der auch nur einen Funken wirklich patriotischen Empfindens in sich trägt, die Schamröte ins Gesicht steigen muß, wenn er das Stück „Bildung" betrachtet, das die Volksschule des Militär- und Junkerstaates dem jungen Deutschen hier mit auf den Lebensweg gegeben hat. Eigentümlich, daß die „Tägl. Rdsch." die schauerliche Orthographie in den Antworten ganz in der Ordnung findet, daß es ihr nicht entfernt einfällt, sich zu fragen, ob denn eine Bevölkerung, der vom Staate kein größerer Schatz geistigen Wissens gegeben wird, irgend ein Interesse daran hat, für die Erhaltung dieses Staates auch nur einen Finger zu rühren?

Eine fachverständige Kommission. Bei Gelegenheit der Beratung des Fischereigesetzes im preußischen Herrenhause wurden in die betreffende Kommission gewählt: Prinz Salm, Professor Hering, Herr v. Ploetz, Herr v. Zander. Bessere Sachverständige können sich die Fische gewiß nicht wünschen.

Von Irrsinnigen überfallen. Wie aus Budapest telegraphiert wird, wurde gestern der Primararzt der ungrischen Landes-Irrenanstalt im Leopoldifeld bei Budapest, Professor Dr. Salgo, während eines Krankenbesuches von zwei Irrsinnigen überfallen; der eine versetzte dem Arzte mit einem Eisenstück einen Hieb auf den Kopf, der andre griff ihn mit einem Messer an, das jedoch an den Kleidern abglitt. Die Verwundung ist ungefährlich.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Leid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Arbeiterwohnungen in Düppel.

Am „Königsweg", der von Zehlendorf über Nowawes nach Potsdam führt, liegt das Gut Düppel. Hier hauset Herr Oekonomierat Rittmeister a. D. Ring. Längst bekannt als einer der Agrarierhäuptlinge und Wortführer reaktionärer Bestrebungen hat Herr Ring in neuester Zeit seinen Namen den Berlinern ganz besonders ins Gedächtnis gerufen, denn er ist es, der in dem gegenwärtig tobenden Milchkrieg die Führung der im Milchringe vereinigten „märkischen Milchbauern" übernommen hat. Herr Ring leitet den Kampf, der einer Anzahl großer Milchproduzenten einen erklecklichen Vorteil verschaffen soll — auf Kosten der Berliner Bevölkerung. Herr Ring ist sozusagen ein „populärer" Mann geworden und wir können deshalb an der Stätte, wo er hauset, nicht eilenden Schrittes vorübergehen.

Die Residenz des Milchbauern-Häuptlings können wir freilich nicht in Augenschein nehmen, denn am Eingang des Gutshofes verbietet eine große Warnungstafel „allen Unbefugten" den Eintritt. Wir sehen von dem Wohnhause des Herrn Ring nur den Giebel, von einem soliden Ziegeldach bedeckt. Also eines wenigstens hat Herr Ring vor seinen agrarischen „Leidensgefährten" voraus: Er wohnt nicht unter einem geflickten Strohdach.

Dem Gutshofe gegenüber, auf der andern Seite der Straße, befinden sich die Wohnungen der Ringschen Arbeiter. Vier Häuschen mit je vier Familienwohnungen. Die im Ziegelrohbau aufgeführten Gebäude machen von außen einen nicht gerade unsoliden Eindruck, jedoch sehen sie recht primitiv und vernachlässigt aus. Wir treten in eines der Häuschen ein, knüpfen eine Unterhaltung an mit den Bewohnern, die uns gastfreundlich aufnehmen, und haben so Gelegenheit, uns das Innere einer Ring-Düppelschen Arbeiterwohnung anzusehen. Der Gesamteindruck, den wir auf den ersten Blick gewinnen, ist der: Soweit es an den Bewohnern liegt, sind die Räume sauber und ordentlich gehalten. Soweit aber die Aufgaben des Besitzers der Häuser in Betracht kommen, befindet sich die Wohnung in einem schauderhaften Zustande.

Durch die Hausthür treten wir in einen Vorraum, der zugleich als Küche dient. Eine durch eine Holzklappe verschließbare Oeffnung in dem mit Ziegeln gepflasterten Fußboden bildet den Eingang zum Keller. In diesen führt eine schmale, steile Holztreppe hinab, deren oberste Stufe zerbrochen ist, und deshalb nicht betreten werden kann. Wie leicht kann jemand, der mit einem Sack Kartoffeln auf dem Rücken diese Stiege hinabklimmt, und dabei die zerbrochene Stufe betritt, oder in der Absicht, sie zu überschlagen, die nächste Stufe verfehlt, mit seiner Last in die Tiefe stürzen und sich lebensgefährlich verletzen! — In einem ähnlichen Zustande wie diese zerbrochene Treppe befinden sich die Fenster und Thüren der Wohnung. Obgleich die Hausthür geschlossen ist, bleiben oben, unten und seitwärts Oeffnungen, durch die bei schlechtem Wetter Regen und Schnee ungehinderten Einlaß ins Haus finden. Die Hausthür kann auch nicht verschlossen werden. Sie hat zwar ein Schloß, auch ein Schlüssel steckt darin, aber diesem fehlt der als Handhabe dienende Ring, so daß weder Schlüssel noch Schloß ihren Zweck erfüllen können. Da auch die Klinke keinen hinreichenden Widerstand bietet, so kommt es natürlich vor, daß der Wind die Thür aufstößt, und Sturm und Regen in den Hausflur fegen. Nicht besser ist die Thür beschaffen, die vom Flur nach der Stube führt. Wenn sie geschlossen ist, so bleibt an der Oberkante ein Spalt offen, durch den eine Männerhand bequem hindurchgreifen kann. In einem sehr schlimmen Zustande präsentiert sich uns die von der Stube nach der Kammer führende Thür. Sie weist große Löcher auf, eine Füllung ist bereits aus den Fugen gegangen und hängt nur noch notdürftig im Rahmen; man muß jeden Augenblick befürchten, daß die Thür in sich selbst zusammenfällt. In der Kammer, die nicht etwa eine Rumpelkammer ist, sondern der Familie als Schlafraum dient, erregt der Fußboden unsre Aufmerksamkeit. Der Bretterbelag sitzt nicht mehr fest und hat an mehreren Stellen Löcher bis zu Quadratfußgröße, durch die uns der weiße Sand des märkischen Bodens entgegenschimmert. Daß an den Wänden hier und da der Kalk abgefallen ist, erscheint uns im Hinblick auf die erwähnten Mißstände so geringfügig, daß wir darüber nicht reden wollen. — Nicht ganz so schlecht wie die Thüren, aber immerhin schlecht genug sind die Fenster. Sie erfüllen ihren Zweck, den Innenraum gegen die Unbilden der Witterung zu schützen, nur sehr unvollkommen. Sehen wir doch auch hier, wenn die Flügel völlig geschlossen sind, Spalten, durch die man ohne Mühe einen Bleistift hindurchstecken kann. In einer Wohnung, die so unvollkommen gegen Wind und Wetter abgeschlossen ist, muß es im Winter schauerlich zu hausen sein.

In einem ähnlichen Zustande wie die hier geschilderte Wohnung sollen sich, wie uns versichert wird, auch andre Wohnungen der Ringschen Arbeiter befinden. Auf die Frage an die Leute, warum sie den Arbeitgeber nicht auf die Schäden der Wohnungen aufmerksam machen, damit sie ausgebessert werden können, antworten die Arbeiter mit einem bedeutsamen Lächeln und der Bemerkung: „Ach, das nutzt nichts. Das haben wir schon oft gethan, aber gemacht werden höchstens Kleinigkeiten, die größten Schäden bleiben wie sie sind." — Einer der Männer versichert uns, der Inspektor habe ihm auf sein Verlangen nach Ausbesserung der Schäden gesagt, die Reparatur werde ausgeführt werden, wenn der Arbeiter sie von seinem Lohn bezahlen wolle. — Hierbei sei bemerkt, daß die in Rede stehenden Wohnungen nicht von den Arbeitern gemietet sind, sondern einen Teil des Arbeitslohnes bilden, und jeder Arbeiter, der auf Düppel in Stellung ist, eine dieser Wohnungen benutzen muß, so lange das Arbeitsverhältnis währt.

Als ein weiterer Mißstand verdient noch hervorgehoben zu werden, daß bei den 16 Arbeiterwohnungen nicht einmal ein Brunnen ist, während auf dem Gute sogar die Viehställe mit Wasserleitung versehen sind. Die Arbeiterfamilien entnehmen ihren Wasserbedarf einem in beträchtlicher Entfernung von ihren Wohnungen auf dem Gutshof stehenden Brunnen. Dieser Umstand kann bei Feuersgefahr für die Arbeiter sehr verhängnisvoll werden.

Ob zwischen Herrn Ring und seinen Arbeitern das vielgerühmte „patriarchalische Verhältnis" besteht, oder wie die gegenseitigen Beziehungen sonst sind, darüber konnten wir weder von unsrem freundlichen Wirt noch von seinen Nachbarn etwas erfahren. In diesem Punkte sind die Arbeiter aus naheliegenden Gründen gegen Fremde sehr zurückhaltend. Aber so viel wissen wir, daß unlängst zwei von den Ringschen Arbeitern zu einem bekannten Parteigenossen in Zehlendorf kamen, sich über unangemessene Behandlung in ihrem Arbeitsverhältnis beklagten und um Rat fragten, wie sie es so schnell als möglich lösen könnten.

Schließlich müssen wir noch einen Umstand erwähnen, der gerade im Hinblick auf den gegenwärtigen Milchkrieg nicht ohne Interesse ist. Im Begriff, die von uns besuchte Arbeiterfamilie zu verlassen, sehen wir auf dem Tisch einen Topf mit einer bläulichweißen Flüssigkeit stehen. Stark verwässerte Milch, wie man auf den ersten Blick sehen konnte. Auf unsre Frage nach der Herkunft des Produkts teilt uns die Hausfrau mit, daß jede Familie als Naturallohn täglich einen Liter Milch vom Gute bekommen sollte. Doch häufig geschehe dies nicht, weil Herr Ring, der Führer der „märkischen Milchbauern", nur ganze drei Kühe besitze, und deshalb nicht an jedem Tage das schuldige Quantum liefern könne. An solchen Tagen giebt es statt der Milch 18 Pf. bar, wofür sich jedoch die Arbeiterfrau auch keine Milch beschaffen kann, weil sie nicht Zeit hat, solche aus Zehlendorf zu holen. „Also deshalb verlängern Sie die gute Ringmilch durch Zusatz von Wasser?" fragen wir die Frau. „Ich? Ach was denken Sie denn," lautet die Antwort, „so wie sie da im Topf ist, bekommen wir die Milch vom Gute." — Ja ist denn das möglich! Der von Herrn Ring geleitete Kampf der „Milchbauern" soll doch angeblich darauf hinauslaufen, daß den Konsumenten gute unverfälschte Milch geliefert werde. Es soll ja, wie Herr Ring selber behauptete, eine Erhöhung des für die polizeiliche Milchrevision festgesetzten Fettgehalts der Milch durchgesetzt werden. Wie ist es unter diesen Umständen möglich, daß vom Gut des Herrn Ring solche bläuliche Flüssigkeit, wie wir sie in dem Milchtopf sahen, in die Arbeiterhäuser kommt!

Herr Ring kennt vielleicht manche der vorstehend geschilderten Mißstände nicht. So ein vielbeschäftigter Mann kann sich ja nicht um alle Einzelheiten in der Wirtschaft selber bekümmern. Er ist ja auch gerade jetzt im Interesse der „märkischen Milchbauern" stark in Anspruch genommen und er soll für diese Thätigkeit — wie man erzählt — jährlich 6000 M. bekommen. Wenn das zutrifft, dann wird Herr Ring hoffentlich, nachdem wir auf einige wirklich sehr große Schäden und Mängel seiner Arbeiterwohnungen hingewiesen haben, einen Teil der ihm zufließenden „Bauerngroschen" zur Ausbesserung besagter Schäden verwenden und die Behausungen der Arbeiter in einen menschenwürdigen Zustand setzen lassen.

Versammlungen.

Ueber die englischen Gewerkschaften und das Urteil der Lordrichter sprach Eduard Bernstein am Mittwoch in einer stark besuchten Versammlung des Wahlvereins für den 3. Berliner Reichstagswahlkreis. Nachdem der Redner die historische Entwicklung der Rechtslage der englischen Gewerkschaften geschildert hatte, besprach er das bekannte Urteil, welches die Rechtskammer des Hauses der Lords aus Anlaß des Streiks der Arbeiter der Taffthalbahn gefällt hat. Nach diesem Urteil gelten die englischen Gewerkschaften als Körperschaften im juristischen Sinne, die haftbar sind für die Schäden, welche andren durch die Handlungen ihrer Beauftragten erwachsen. — Neuerdings sei nun ein zweites derartiges Urteil der Lordrichter gefällt worden aus Anlaß eines Boykotts, welchen die Gewerkschaft der Fleischer in Belfast über einen Meister verhängte, weil derselbe zwei Gesellen, die sich gegen die Organisation vergangen hatten, auf Verlangen der letzteren nicht 12 Monate aussperren wollte. Auch in diesem Falle sei die Gewerkschaft haftbar gemacht worden für die geschäftlichen Nachteile, die der Schlächtermeister infolge des Boykotts erlitt. Hier könne man wohl eine Ueberschreitung der gewerkschaftlichen Befugnisse als vorliegend erachten. Dieser Meinung seien auch englische Gewerkschaftler, so unter andrem das Organ der Maschinenbauer. — In der Angelegenheit der Taffthalbahn handele es sich um das Ausstellen von Streikposten. Aber hier sei zu bedenken, daß nicht eine Fabrik, sondern eine Eisenbahn umstellt worden sei, daß es sich also nicht nur um die Arbeiter handle, sondern daß auch das Verkehrsinteresse des großen Publikums in Frage komme. Möglich, daß dieser Umstand die Richter bestimmt hat. Durch das Urteil sei nicht das Streikpostenstellen an sich, sondern nur eine bestimmte Form desselben getroffen. Also ein Grund zum Verzweifeln liege nicht vor, ebensowenig habe man auf der Seite der Unternehmer Ursache, über das Urteil in Jubel auszubrechen. Durch das Urteil der Lordrichter sei zwar eine Position der Arbeiter bedroht, aber die englischen Arbeiter würden mit erprobter Energie, wenn es zum Kampf kommt, ihre Rechte zu wahren wissen.

In der Diskussion nahm Genosse Heine das Wort. Er führte aus: Seitdem in Deutschland das Bürgerliche Gesetzbuch gilt, seien die deutschen Gewerkschaften rechtlich ebenso schlecht gestellt, wie die englischen Gewerkschaften nach dem Urteil der Lordrichter. Nach dem alten Recht konnten bei uns die Gewerkschaften klagen. Jetzt haben sie dies Recht nicht mehr, wohl aber können sie verklagt werden, und ihre Mitglieder haften für alle Schulden der Gewerkschaft. Weil dieser Zustand besteht, darum brauchen wir uns auch nicht zu fürchten vor der von freisinniger Seite befürworteten Einführung von Berufsvereinen. Gewiß müssen wir in dieser Hinsicht vorsichtig sein, aber die Einwendungen, die in unsrer Presse dagegen gemacht worden sind, treffen nicht zu. — Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam der Redner auf das bekannte Urteil im Stuttgarter Fall und den im Hinblick auf dasselbe von einer Hamburger Gewerkschaft eingeleiteten Prozeß wegen Leistung von Schadenersatz seitens des Unternehmers an ausgesperrte Arbeiter. Redner meint, er würde zu diesem Hamburger Prozeß nicht geraten haben. Der Stuttgarter Fall habe nicht die ihm beigelegte Bedeutung. Das wesentliche an dem Urteil sei, daß es die kontraktbrüchigen Arbeiter solidarisch haftbar macht. Wenn die Arbeiter, welche ohne Einhaltung der Kündigung die Arbeit niederlegten, zum Schadenersatz herangezogen werden, so lasse sich dagegen nichts sagen, da ja auch Arbeiter, wenn sie ohne Kündigung entlassen werden, stets auf Zahlung des Lohnes für die Kündigungszeit zu klagen pflegen, und auch darüber hinaus für nachgewiesenen Schaden Ersatz beanspruchen können. Redner besprach dann die Frage, ob es möglich sei, gegen die Gewerkschaften wegen der Verhängung von Boykotts gerichtlich vorzugehen. Er erklärt sich dagegen, daß die Arbeiter unter Berufung auf den Stuttgarter Fall bei Aussperrungen gegen die Unternehmer klagen. Wir sind genötigt, Sperren über die Unternehmer zu verhängen, und wenn die Sperren durch ein Urteil der höchsten Instanz erst als unstatthaft erklärt sind, so ist das der größte Schaden für die Gewerkschaften. —

Im Schlußwort ergänzte Genosse Bernstein seine ersten Ausführungen, die ebenso wie Heines Darlegungen mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. — Inzwischen waren die Resultate der Stadtverordnetenwahl eingelaufen, welche die Versammlung mit Jubel entgegennahm.

Der socialdemokratische Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch bei Trieschmann, Jüdenstraße, seine Generalversammlung ab. Dem Bericht des Vorsitzenden, Gen. Felgentreff war zu entnehmen, daß das verflossene Halbjahr für den Verein in jeder Beziehung günstig war und wiederum eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen ist. Nach der Abrechnung, die Gen. Oppel erstattete, betrugen die Einnahmen in der Zeit vom 1. April bis 30. September, inkl. des alten Bestandes von 334,25 M., insgesamt 610,70 M., die Ausgaben, darunter 300 Mark an den Vertrauensmann zur Agitation, 379,20 M., sodaß ein Kassenbestand von 231,50 M. verblieb. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig bestätigt und dem Kassierer auf deren Antrag die Decharge erteilt. Außerdem wurden dem Vertrauensmann auf Antrag der Revisoren wiederum 200 M. zur Agitation überwiesen. Die hierauf vorgenommene Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Ege erster, Kenkel zweiter Vorsitzender; Bittner erster, Linde zweiter Kassierer: F. Guttmann erster, Reichert zweiter Schriftführer; Kubath Beisitzer. Als Revisoren wurden die Genossen Dressel und Fiedler wiedergewählt und als Bezirksführer wurden die in Vorschlag gebrachten Parteigenossen von der Versammlung sämtlich bestätigt.

Hierauf wurde über die Aenderung des Statuts beraten und nach langer Diskussion schließlich der Entwurf der Statutenberatungs-Kommission fast einstimmig angenommen. Verschiedene Amendements zu dem Entwurf und ein Antrag, es überhaupt bei der bisherigen Fassung des Statuts zu belassen, fanden nicht die Zustimmung der Versammlung. In der nun beschlossenen Fassung sind die Aufgaben und der Zweck des Vereins präciser formuliert und über die Zugehörigkeit und den eventuellen Ausschluß von der Mitgliedschaft erweiterte Bestimmungen enthalten. Während nach dem bisherigen Statut die Mitgliedschaft nur erlischt durch freiwilligen Austritt oder durch Streichung wegen restierender Beiträge, kann nach den neuen Bestimmungen auch der Ausschuß durch den Vorstand vorgenommen werden, wenn das betreffende Mitglied den Interessen des Vereins bezw. der Partei zuwiderhandelt. Dem vom Vorstande Ausgeschlossenen steht natürlich die Berufung an die Generalversammlung zu. Die Bestimmungen über die Verwaltung des Vereins, die Zusammensetzung des Vorstandes, über Statutenänderungen und über die Verwendung des Vereinsvermögens bei einer event. unfreiwilligen Auflösung des Wahlvereins sind in bisheriger Form belassen. Hingegen ist derjenige Paragraph des alten Statuts, der auch bisher nicht angewendet wurde und wonach bei Beginn einer Wahlbewegung der Vorstand ohne weiteres die Geschäfte des Wahlausschusses zu übernehmen hat und ihm das Recht der Verstärkung zusteht, vollständig gestrichen worden.

Von dem Vortrag des Genossen W. Manasse wurde nunmehr in Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit Abstand genommen und nachdem das großartige Resultat der Wahlen in Berlin und Charlottenburg im vollen Umfange bekannt gegeben war, wurde die gutbesuchte Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die völkerbefreiende Socialdemokratie geschlossen.

Die Dachdecker hielten am 5. November eine gut besuchte Versammlung ab, um endgültig über die von der Meisterschaft vorgeschlagene Arbeitsordnung Beschluß zu fassen. Die Verhandlungen der Gehilfenvertreter mit den Vertretern der Meister in der gemeinsamen Tarifkommission, die die Festlegung eines korporativen Arbeitsvertrages bezweckten, waren seiner Zeit dadurch unterbrochen worden, daß die Meister mit einem eignen Entwurfe zu einer „Arbeitsordnung" (d. h. zu einem Arbeitsvertrage) hervortraten. Dazu nahm bereits am 27. August eine Versammlung der Dachdecker Stellung. Diese lehnte die Annahme der Arbeitsordnung, welche eine neunstündige Arbeitszeit und, von Ausnahmen abgesehen, 60 Pfennig Stundenlohn garantierten sollte, wegen verschiedener andrer Bestimmungen ab und sprach in einer Resolution die Erwartung aus, daß bei einer abermaligen Verhandlung mehrere, von der Versammlung acceptierte Abänderungsvorschläge berücksichtigt würden. Die Tarifkommission mußte nun jetzt zu ihrem größten Bedauern berichten, daß die Meister an ihrem Vorschlage, bis auf unwesentliche Punkte, festhalten und sogar beschlossen haben, auf jede weitere Verhandlung in der Sache zu verzichten, wenn die Arbeitsordnung nicht so angenommen wird. Es entspann sich eine lebhafte Debatte. Es wurde gerügt, daß die Meister nicht nur die Lohnsätze für durch Alter, Invalidität und Unfall in der Arbeitsfähigkeit beschränkte, sondern auch „für sonstige minderleistungsfähige Gesellen" der freien Vereinbarung vorbehalten wollen. Dadurch würde der Stundenlohn von 60 Pf. gefährdet, denn für „sonstig minderleistungsfähig" könne bald jemand erklärt werden. Bei der Forderung vom 27. August, diese Worte zu streichen, müsse beharrt werden. Ebenso sei festzuhalten daran, daß den Arbeitern unterschiedslos und ohne weiteres beim Arbeitsantritt von den Meistern Sicherheitsleine und Gurt einzuhändigen sei. Die Bestimmung müsse fallen, wonach nur Gesellen ꝛc., welche nicht selbst Sicherheitsleine und Gurt haben, diese erhalten sollen und wonach ihnen dafür (als Kaution) bei der ersten Lohnzahlung bis zu 6 M. abgezogen würden. Auch die Ausdehnung der Landzulage auf die Sonntage wurde, wie schon früher, als durchaus notwendig befürwortet. Allgemein war man der Ueberzeugung, daß die beste Antwort auf das Verhalten der vereinigten Meister ein Generalstreik wäre, daß man aber wegen der schlimmen Lage des Arbeitsmarktes einen solchen vermeiden müsse. Schließlich wurde gegen 10 Stimmen folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit der Arbeitsordnung der Meisterschaft durchaus nicht einverstanden und lehnt sie strikte ab, indem sie an den am 27. August gestellten Forderungen festhält. Die Versammelten verpflichten sich, die Unterschrift unter der Arbeitsordnung, sofern diese verlangt wird, zu verweigern und in jedem Falle der Tarifkommission sofort Bericht zu erstatten." Ferner wurden die Verhandlungen mit der Meisterschaft für beendigt erklärt, weil ein befriedigendes Resultat nicht zu erwarten sei. Dann erledigte man noch einige gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Im Verein der Bauanschläger wurde in der am Sonntag stattgehabten Versammlung vom Gewerkschaftsdelegierten die Frage angeregt: Wie stellt sich der Verein zum Anschluß an den Holzarbeiter- resp. Metallarbeiter-Verband? Nach längerer Debatte wurde der Delegierte beauftragt, mit den Verbandsvorständen in Verbindung zu treten, um festzustellen, unter welchen Bedingungen eventuell der Anschluß erfolgen könnte, und soll dann in einer späteren Versammlung darüber Beschluß gefaßt werden.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7–9 Uhr abends statt.

F. L., Rixdorf. Es müßte die Form beobachtet werden; siehe S. 92–96 und 238, 239 des dem „Arbeiterrecht" angehängten Führers. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. — **H. N. Fellhammer.** 1. Ja. 2. Nein. — **Proteus.** 1. Nein. 2. Nein. 3. Daß Beschäftigung nicht erlangt werden konnte, muß bewiesen werden. 4. Beim Gewerbegericht. Ebenda ist auf Herausgabe des Buches zu klagen. — **H. B.** Falls Ihr Mietsvertrag nicht etwa das Gegenteil besagt, muß Ihr Wirt den Ofen stellen lassen. — **21.** 1. Nein. 2. Rechtsgültig. 3. Nein.

Centralverein der Bildhauer.

Am Dienstag, den 5. November, verstarb nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Holzbildhauer

Robert Eden.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Verwaltungsstelle Berlin.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 9. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Kirchhofs, Rudowerstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet 21/12 **Der Vorstand.**

Verein deutscher Schuhmacher.

Am Montag, den 4. November, verstarb nach längerem Leiden unser langjähriges Mitglied

Eduard Götzke

im 50. Lebensjahr.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Elisabethkirchhofes Prinzen-Allee aus statt. 170/13

Wir ersuchen unsre Mitglieder, dem verstorbenen Kollegen recht zahlreich das letzte Geleit zu geben.

Die Ortsverwaltung.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung unsrer geliebten Tochter und Schwester Margarete sagen wir allen Freunden und Bekannten, den Mitgliedern der Zahlstelle Berlin des deutschen Buchbinder-Verbandes, dem Personal der Firma Bading, sowie dem Buchbinder-Männerchor unsren innigsten Dank. 17415 **Familie Kettenbach.**

Tour nach Storkow 7½ Uhr Schlesische Brücke. Mittag nach **Fichtenau** 1 Uhr Schlesische Brücke.

Saal Zum ersten Weihnachtsfeiertag frei geworden. **Restaurant zur Drachenburg,** an der Schlesischen Brücke. (2733)*

Geld! Wer Darlehen oder Hypothek sucht, verlange Prospekt von **H. Bittner u. Co.,** Hannover B.

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Herren-Kragen,
rein leinen, garantiert 4fach, sämtliche neue Façons, in allen Weiten **Stück 15 Pf.,** so lange der Vorrat reicht.
Geschlossene Kragen **per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf.**
Manschetten, prima, garantiert 4fach, ½ **Dutzend 2,25 Mark,**
Oberhemden, Serviteurs, Krawatten in größter Auswahl. Tricotagen, Strümpfe. Detailverkauf zu Engrospreisen. 2634L*
Ernst Marcuse, Münzstrasse 23.

Achtung! Kistenmacher. Achtung!

Die **Werkstatt-Vertrauensmänner** werden hierdurch nochmals aufgefordert, ihre genaue Adresse und wie viel Mitglieder in der Werkstatt arbeiten, dem Vorstande oder auf dem Arbeitsnachweis bis zum Montag, den 11. d. M., anzugeben, ebenfalls die Mitglieder, welche in Fabriken vereinzelt arbeiten. Wer dieses versäumt, muß sich seine Zeitung, die „Einigkeit", selbst vom Arbeitsnachweis abholen.

Auch werden die Mitglieder ersucht, welche noch nicht im Besitz des Protokolls vom 5. Kongreß sind, dasselbe gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuchs am Zahlabend in Empfang zu nehmen. 94/20

Der Vorstand. J. A.: Karl Jockel, Rummelsburg, Kaufstr. 49.

Franz Reinfeldt, Uhrmacher, Gr. Frankfurterstr. 105. empfiehlt sein Lager in **Uhren und Goldwaren.** **Reparaturen** billigst unter Garantie. 2601L*

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Auf dem Neubau des Unternehmers **Meiwaldt,** Kopenhagenerstr. 11 (Kolonnenführer Fritz Scheil), sowie auf dem Neubau des Unternehmers **Schmidt,** Charlottenburg, Kantstraße 78 (Kolonnenführer Fritz Schulz) werden die Steinträgerarbeiten 25 Pf. unter dem tarifmäßigen Lohn ausgeführt. 46/2*

Wir ersuchen die Kollegen, diese Bauten zu meiden und den Zuzug fernzuhalten.

Die Lohnkommission. J. A.: **Karl Heidemann.**

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrikpreisen — Eigne Werkstätten — empfiehlt **Julius Apelt, Skalitzerstr. 6,** am Kottbuser Thor. [2406L*

Würzburger Hühneraugenmittel von **Dr. H. Unger.** — Gegen **30 Pfennig** auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die **bequemste u. wirksamste Hilfe.** Der Schmerz ist in **5 Min.** fort. Das Hühnerauge selbst in **3 Tagen.** (Enthält Salicylsäure u. indischen Hanfextrakt.) **Dr. H. Unger in Würzburg.**

Hauptdepot in **Berlin** (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße. Greif-Apotheke, Barnimstraße 33. — **München:** Schützen-Apotheke. — **Stuttgart:** Hirsch-Apotheke. — **Breslau:** Victoria-Apotheke. 2744L*

Puppen-Fabrik
Otto Kreyssig 2654L*
Brunnenstrasse 119, Laden und I. Etage.
Grösstes Special-Geschäft für Puppen.

17. Ziehung 4. Klasse 205. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 7. November 1901, vormittags.
Nur die Gewinne über **232** Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

6 31 40 317 547 784 95 867 75 **1006** [500] 250 88 460 794 802 52 962 89 **2100** 231 [1000] 349 [1000] 413 25 [3000] 506 88 649 935 89 **3004** 44 234 58 331 642 95 647 85 713 875 **4144** 68 96 246 444 55 60 81 543 [500] 85 613 14 793 **5335** 445 538 [500] 750 919 69 **6024** 87 [3000] 139 238 387 501 730 **7000** 25 58 108 40 203 314 632 69 925 [1000] **8154** 513 631 93 734 **9020** 256 328 435 43 47 [500] 92 524 603 747

10139 86 200 5 [1000] 39 354 497 579 [1000] 738 46 [500] 811 19 33 46 **11288** [500] 303 663 816 **12034** 81 214 63 521 [3000] 89 665 67 710 99 **13003** 84 490 [3000] 515 43 54 649 742 833 998 **14148** 396 [500] 565 67 684 700 18 920 56 **15157** 92 [1000] 444 528 [500] 601 [500] 924 **16055** 568 89 716 [1000] 23 979 **17085** 121 46 93 265 90 325 459 80 90 **18009** 112 70 270 77 314 439 619 **19019** 156 404 17 32 531 806 95

20225 300 51 82 83 412 564 78 98 [500] 724 82 860 908 **21001** 98 259 525 614 834 946 **22015** 193 305 509 637 46 93 771 920 53 64 79 **23005** 115 449 534 70 [3000] 640 990 **24039** 62 93 275 [500] 325 76 412 25 672 **25039** 124 208 440 **26122** 59 97 333 718 22 **27304** 8 95 [500] 514 897 **28072** 114 25 88 274 705 92 808 **29007** 352 415 35 [500] 532 711 80 860

30204 50 332 455 569 705 806 7 38 48 965 [3000] **31264** 512 600 77 811 73 906 **32090** 166 247 66 89 380 579 823 97 921 53 **33104** 54 543 681 788 **34296** 317 18 85 524 37 [500] 662 711 17 850 75 935 71 **35020** 48 387 580 607 83 717 99 **36011** 138 [1000] 330 87 535 54 [500] 56 65 **37123** 51 553 672 745 **38021** 174 424 [500] 97 506 60 **39034** 143 [500] 82 219 40 57 [3000] 451 516 988

40082 147 216 350 490 650 70 731 940 **41182** 277 373 92 [1000] 433 502 58 84 891 **42281** 346 [3000] 528 615 83 [500] 846 920 83 **43139** 300 403 25 69 626 57 [1000] 761 **44348** 91 406 33 540 601 862 917 58 **45158** 72 203 10 398 509 737 93 807 41 **46116** 29 94 265 303 27 455 69 523 **47031** 256 91 97 604 778 858 **48074** 265 505 699 **49013** 174 86 370 82 421 28 77 572 [1000] 662 739

50038 127 200 [500] 39 50 470 503 17 60 720 807 77 **51044** 61 139 224 396 409 511 70 696 869 930 **52046** 89 125 [1000] 286 314 443 [3000] 53 530 82 607 **53080** 308 405 651 820 **54136** 446 [1000] 59 521 [500] 82 663 86 [1000] 712 99 822 935 **55103** 219 70 80 317 412 32 630 52 [500] 903 **56071** 380 417 574 670 966 75 **57235** 563 624 43 718 76 850 83 **58012** 376 87 437 56 99 644 722 840 917 **59112** 78 208 95 313 502 714 893 911 13 34

60067 84 349 512 707 64 832 **61040** 91 155 336 47 [3000] 459 66 558 [500] 700 [500] 881 84 **62103** 16 213 54 328 464 716 27 56 859 968 **63102** 352 [3000] 89 424 89 549 606 761 77 82 83 822 58 902 3 61 **64038** 39 85 108 687 819 950 **65029** 59 378 648 967 91 **66001** 729 810 [3000] 19 944 **67044** 125 244 446 595 619 809 76 [500] 948 53 **68054** [1000] 115 49 61 76 200 76 727 [1000] 947 **69018** 47 86 89 437 99 279 91 824 64

70044 56 134 55 94 291 434 39 577 88 778 88 856 62 911 **71268** 388 478 560 602 42 802 78 **72273** 85 239 [1000] 460 [500] 66 623 75 749 [500] 89 862 937 70 [500] **73080** 130 223 433 764 **74040** 221 35 66 346 81 660 86 [1000] 900 97 **75046** [1000] 87 142 66 332 469 656 857 73 900 13 **76084** 267 456 527 768 [500] 991 94 **77124** 68 402 744 928 34 [500] **78231** 61 313 35 [1000] 40 46 56 553 642 97 [1000] **79047** [3000] 59 139 519 774 864 968

80127 218 82 329 89 504 97 **81024** 235 51 321 440 46 781 911 14 45 [3000] **82126** 32 258 71 317 21 541 [1000] 662 782 94 856 [3000] 934 90 **83039** 130 385 421 522 613 816 993 98 **84133** 386 451 697 728 918 77 **85091** 161 346 587 [1000] 687 802 **86016** 25 80 122 42 333 [1000] 48 97 531 697 [500] 878 922 **87043** 218 54 82 325 [1000] 696 786 **88011** 28 37 106 63 201 70 446 [3000] 741 52 **89054** 419 816

90397 847 935 79 87 [500] **91034** [500] 334 49 693 756 826 76 **92118** 47 451 54 878 992 **93018** [3000] 222 333 762 862 97 901 **94137** [1000] 270 429 41 **95061** 86 [500] 113 54 285 443 535 [500] 696 734 914 **96028** 62 116 [500] 24 397 [500] 413 41 [1000] 56 73 515 38 702 31 51 909 47 81 932 **97674** 758 904 **98064** 146 279 404 607 630 896 **99102** 346 610 97 706 24 879 965

100272 589 623 727 98 929 53 65 **101086** 121 231 317 420 576 677 733 820 90 911 **102078** 119 50 [1000] 261 87 585 667 75 **103296** 519 37 732 984 **104057** 207 304 646 717 63 67 75 837 962 69 **105049** 76 119 204 398 407 24 885 **106067** 78 84 289 [500] 536 61 480 587 712 96 859 [500] **107026** [3000] 194 275 657 85 746 **108057** 74 148 584 682 88 [500] 859 85 **109194** 283 392 427 787 829 928 40 91

110046 437 39 56 591 **111006** 131 340 474 509 770 875 97 **112110** 81 212 48 403 52 507 78 788 813 992 **113521** 31 [1000] 627 707 16 17 **114022** [3000] 475 [3000] 76 641 49 59 [3000] 714 [500] 53 805 903 **115152** 76 390 523 671 88 720 72 74 893 **116236** 65 304 73 577 751 938 82 90 **117038** 93 304 483 575 834 930 **118068** 132 291 96 356 [500] 474 601 46 707 823 **119082** 192 203 352 437 40 759 980

120138 62 [1000] 265 388 95 428 558 [500] 679 77 98 [500] 702 68 825 54 91 983 **121120** 31 85 361 449 99 529 54 731 805 50 901 46 **122179** [10 000] 308 431 81 544 816 903 **123008** 54 83 92 103 [500] 77 215 32 307 [3000] 531 95 628 805 **124016** 390 410 991 **125089** 123 287 315 419 34 48 59 511 57 861 981 [1000] **126043** 92 198 310 497 739 53 964 **127165** 231 316 820 **128060** [1000] 101 43 [500] 292 323 40 81 425 29 583 611 21 760 92 836 51 76 906 50 57 **129005** 22 102 11 289 312 [3000] 27 561 87 647

130085 135 [500] 269 366 621 78 777 894 **131032** 122 54 465 864 **132011** 75 98 111 23 343 606 950 **133083** 313 17 [500] 524 776 865 **134093** 123 38 60 238 62 80 97 387 497 768 99 906 **135017** 92 180 377 804 15 [3000] 906 28 33 **136001** 20 26 298 339 425 [500] 565 746 981 94 **137001** 3 91 174 [500] 87 501 640 [1000] 804 75 **138013** 144 76 289 302 23 28 650 676 [5000] 816 940 93 **139002** 92 140 48 284 322 451 648 80 619 817 23

140026 53 139 217 305 494 596 694 791 864 **141104** 234 38 332 98 449 649 779 [500] 801 90 920 **142029** 40 91 115 36 49 214 16 18 415 31 532 806 **143124** [1000] 38 65 67 85 202 69 88 321 35 51 56 433 634 58 89 788 858 **144054** 114 243 395 510 803 66 **145047** [500] 95 200 400 527 608 727 850 [500] **146032** 64 244 [500] 419 80 665 [3000] 89 804 11 53 943 **147007** 10 278 324 503 26 707 932 74 **148064** 141 820 **149289** 669 806 46 953 80 [3000]

150002 19 48 69 84 90 163 [500] 78 [1000] 417 65 525 600 964 **151134** [1000] 398 462 541 641 47 734 43 844 985 **152014** 20 [3000] 120 42 262 374 486 711 904 **153286** 337 592 628 54 998 **154033** 132 320 33 596 [1000] 712 44 **155327** 37 403 [1000] 78 702 6 39 [1000] 807 20 45 92 **156178** 541 685 **157083** 143 80 302 [500] 81 617 42 900 49 **158026** 141 68 76 449 632 811 59 908 **159005** 41 105 35 84 241 309 424 528 651 705 67 874 918

160022 409 [3000] 72 523 42 713 809 38 958 95 **161045** [3000] 51 457 648 727 855 904 81 **162418** 21 590 667 93 742 [500] 833 **163032** 228 401 34 519 609 702 857 **164366** [1000] 429 533 629 731 **165108** 72 340 430 509 29 49 648 805 930 [500] 76 77 **166069** 110 213 90 [10 000] 314 494 585 745 47 55 838 934 88 **167057** [10 000] 141 216 305 99 425 507 673 834 **168074** 431 510 668 735 842 78 955 **169180** 313 16 65 75 78 427 60 605 730 49 821 937

170210 441 92 506 67 644 91 851 52 [500] **171039** 180 204 69 418 33 570 672 755 80 913 38 39 **172063** 118 305 8 14 25 58 609 12 83 971 **173228** 39 62 98 347 67 73 431 748 815 [500] 44 68 88 **174025** 295 755 829 **175062** 246 528 632 790 **176228** 36 329 [500] 82 424 37 542 49 729 35 48 909 **177052** [500] 105 11 48 [500] 230 390 602 764 66 801 74 **178006** 227 383 518 50 611 700 63 804 924 38 **179051** 106 31 28 204 29 330 91 533 [500] 717 20 912

180014 85 91 163 204 450 604 26 [3000] **181133** 430 632 54 58 714 82 **182156** 357 76 [500] 705 39 807 [500] **183454** 76 516 639 [3000] 94 735 807 **184157** 210 332 439 628 50 54 717 866 937 [3000] **185201** 85 342 679 854 **186187** [3000] 646 794 845 [1000] 78 934 **187169** 278 324 515 23 655 748 50 833 57 996 **188077** 133 [500] 76 262 313 59 463 596 702 [500] 873 84 993 **189068** [500] 69 180 368 97 559 660 705 6 86 958

190127 268 399 51 457 651 **191110** 641 44 [3000] 60 70 76 741 **192113** [500] 26 582 720 854 [500] **193018** 334 481 715 808 18 969 **194034** 129 [500] 288 343 486 981 [3000] **195061** 528 77 638 50 828 916 29 84 **196158** [1000] 609 26 737 890 **197001** 110 34 318 48 72 409 81 96 [500] 504 660 [500] 78 720 828 [500] 81 **198372** 429 38 93 596 646 74 718 834 **199242** 53 315 653 707 88 835 99 925

200066 138 41 248 657 718 55 68 874 99 949 **201030** 217 [500] 78 439 51 514 632 46 793 816 919 38 **202004** 13 84 302 [500] 30 945 **203024** 72 244 317 88 [1000] 454 57 62 539 65 69 862 **204323** 97 430 49 70 91 886 **205027** 462 92 565 692 86 743 891 [1000] 964 **206006** 107 50 55 209 16 34 472 [500] 522 67 654 709 21 29 82 817 41 944 78 **207144** 274 562 648 842 56 924 45 79 **208043** 490 [1000] 657 730 810 [500] 14 **209276** 495 543 69 804 52 61 67 [3000]

210005 248 337 412 83 525 [500] 50 780 872 [500] 933 **211028** 88 108 314 506 822 36 992 **212219** 464 96 572 610 [3000] 94 731 [500] 79 **213076** 482 586 652 70 836 920 42 72 **214047** 232 614 721 68 86 930 **215172** 420 516 900 **216098** 394 [3000] 430 71 582 734 52 87 **217071** 97 234 481 520 [1000] 602 [1000] 46 50 55 60 73 [1000] 753 859 69 **21807** [1000] 189 211 347 443 583 611 33 703 36 836 939 **219151** 490 517 608 47 64 733 814 39 900

220126 222 30 67 460 607 792 925 **221239** [1000] 509 [3000] 25 68 634 60 718 817 31 903 **222056** 199 253 487 873 **223007** 48 186 417 576 652 745 [1000] 46 [500] 838 **224140** 94 233 381 99 405 [3000] 24 36 79 927

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 150 000 Mk., 1 zu 30 000 Mk., 2 zu 15 000 Mark, 5 zu 10 000 Mk., 6 zu 5000 Mk., 165 zu 3000 Mk., 249 zu 1000 Mk., 467 zu 500 Mk.

17. Ziehung 4. Klasse 205. Kgl. Preuß. Lotterie.

Ziehung vom 7. November 1901, nachmittags.
Nur die Gewinne über **232** Mk. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

128 210 80 310 48 521 22 658 783 **1413** 28 86 650 854 939 **2047** 524 44 669 88 [500] 713 99 **3006** 367 426 71 **4043** 121 279 493 556 749 843 67 93 933 **5007** 29 57 138 230 490 518 630 40 47 723 **6128** 42 71 251 324 401 34 511 710 800 [1000] **7132** 36 78 [500] 215 358 [1000] 400 92 661 **8007** 13 141 60 330 466 538 70 [3000] 804 976 **9003** 61 120 28 250 73 [1000] 394 497 760

10008 [1000] 187 245 379 84 520 653 78 [500] 79 754 817 42 99 **11023** 60 93 96 202 92 300 400 1 93 650 65 **12029** 362 435 38 68 89 779 817 934 **13042** 45 203 339 80 946 **14034** 51 61 227 45 79 361 [1000] 739 72 838 **15036** 40 95 [500] 107 236 307 462 546 606 73 710 40 52 889 **16118** 90 209 23 63 394 488 596 933 [500] **17028** 48 335 442 507 45 754 814 49 **18051** [3000] 121 224 [1000] 305 38 [500] 421 26 32 627 85 746 810 92 900 81 **19440** 83 542 638 75 90 702 15 73 856 91

20142 313 411 705 7 75 800 52 945 **21085** [500] 109 25 81 200 81 322 502 82 903 **22110** 69 86 242 329 31 90 427 70 547 91 868 915 **23094** [3000] 95 130 389 445 [500] 46 621 66 83 742 44 888 **24396** 532 [1000] 942 68 78 **25081** [500] 82 103 27 64 79 376 474 78 759 98 820 29 [500] 948 **26137** 89 292 375 427 77 690 890 **27284** 352 56 680 734 53 806 12 14 **28395** 423 42 512 [500] 33 63 700 17 **29080** 139 216 [500] 346 770 933

30198 692 98 **31010** 44 65 323 63 523 830 **32046** 55 287 [5000] 347 67 481 93 [1000] 569 78 771 906 **33048** 208 22 65 321 40 581 82 [1000] 685 [1000] 704 857 74 941 [1000] **34063** 92 183 217 90 332 622 714 945 79 **35046** 124 222 323 566 [1000] 79 633 **36430** 590 606 852 94 98 978 82 **37026** [500] 265 312 501 62 754 [500] 882 **38134** 79 355 88 [3000] 89 400 54 65 706 [500] **39270** 74 [1000] 343 434 501 43 759 858 914

40072 96 235 88 600 32 820 953 **41085** 122 302 18 47 417 843 90 947 69 89 **42031** 185 279 83 419 27 42 59 85 [500] 611 66 942 **43045** 88 534 742 804 954 **44262** 402 921 43 73 **45087** 247 409 20 73 90 686 [500] 711 846 915 47 75 **46236** 74 493 655 705 41 95 816 78 922 [500] 33 39 73 **47127** 260 96 307 453 620 98 710 [500] 810 904 [1000] **48027** 110 [3000] 213 448 858 988 **49035** 277 305 [500] 465 528 615 90 867 953 64

50027 83 [500] 178 582 702 928 49 **51025** 212 70 [500] 325 59 497 617 700 926 39 **52056** 238 338 40 490 578 903 **53028** 363 572 697 775 920 26 37 **54085** [500] 172 423 522 23 614 749 835 **55062** 69 71 72 371 424 88 538 619 91 724 40 56 951 **56050** [500] 165 243 69 [1000] 423 90 576 78 99 793 **57051** 135 37 50 498 [500] 525 **58036** 154 359 66 534 **59115** 229 84 317 28 73 594

60078 430 60 [500] 744 65 89 872 944 45 **61276** 378 482 500 25 65 628 774 **62017** 139 91 270 331 90 455 56 514 774 [1000] 85 846 96 993 **63025** 204 401 580 615 67 90 774 823 38 911 61 **64005** 23 84 96 140 50 285 347 55 401 [500] 515 645 820 85 978 80 **65030** 206 454 546 793 845 987 **66018** 125 277 383 569 [1000] 787 **67021** 185 204 314 92 576 613 45 772 [3000] 895 **68042** 379 89 94 782 872 83 986 96 **69022** 53 536 644 77 801 [3000] 71 940

70139 300 83 534 74 [500] 777 806 940 50 74 **71013** 43 80 191 [500] 230 567 72 73 637 76 85 [500] 846 974 **72208** 351 [1000] 82 455 72 825 **73067** 81 84 186 91 200 791 803 42 **74032** 71 135 44 222 51 66 71 589 613 40 [500] 61 **75249** 674 98 [500] 755 888 928 55 66 [10 000] **76086** 132 71 201 38 89 303 46 495 532 629 708 885 **77232** 302 56 400 524 638 69 [500] 720 34 840 **78135** 84 355 68 464 510 57 620 51 53 874 **79121** 88 498 693 749 877 966

80184 442 534 763 956 77 **81146** 228 [3000] 416 93 632 751 892 **82093** 239 62 72 313 506 9 34 685 726 820 980 **83062** 93 128 237 49 308 28 [500] 402 [500] 63 79 506 27 73 647 [1000] 86 762 876 955 82 [1000] **84079** [500] 171 96 [1000] 242 62 63 77 95 340 **85163** 86 245 337 495 609 783 [500] **86146** 270 83 402 522 91 625 32 710 813 **87232** 49 308 36 419 **88005** 49 86 174 258 85 486 511 80 874 [500] **89012** [500] 162 217 92 626 895

90016 53 152 95 375 505 607 719 55 90 934 83 [500] **91065** 68 114 45 200 492 97 509 19 73 715 28 850 54 961 **92086** 264 367 423 556 70 81 698 807 98 994 95 **93091** 106 72 91 252 507 785 **94018** 63 227 [3000] 30 321 471 673 726 44 49 839 **95010** 283 502 603 63 79 63 785 **96006** 42 76 460 597 613 712 806 25 **97297** 300 20 470 538 838 [1000] 44 **98030** 40 79 82 301 580 842 58 905 59 73 **99118** [500] 83 420 48 583 91 714 73

100045 53 154 [500] 83 296 400 677 90 747 78 **101271** 395 99 410 710 848 65 934 **102174** 290 341 60 589 912 74 **103006** 85 254 344 406 55 500 689 90 791 878 **104041** 43 94 [500] 287 324 72 424 41 [1000] 853 911 **105183** 218 21 73 359 [500] 727 66 **106101** [500] 33 206 75 392 477 641 849 [1000] 918 78 **107033** 67 72 297 359 417 856 651 731 81 [3000] **108018** 50 274 744 823 37 930 70 84 **109081** 171 292 412 46 711 [500] 61 889 930 83

110227 89 321 36 520 32 [3000] 81 92 [500] 643 69 72 88 96 707 23 815 **111020** 33 70 211 403 67 529 [500] 67 78 710 **112052** 157 205 19 46 474 609 [500] 26 83 950 **113077** 559 803 51 **114068** 170 469 525 35 65 657 **115227** 487 583 701 99 955 [500] **116071** 332 716 [3000] 32 986 **117135** 69 222 300 42 446 529 [1000] 696 770 **118036** 80 126 299 351 562 776 83 844 **119134** 74 253 62 385 410 38 515 732 867 53 935

120131 247 86 353 70 546 **121036** 64 400 1 9 538 68 [500] 759 836 91 **122071** 92 110 15 239 344 49 479 782 827 958 **123617** [3000] 848 **124034** 91 [500] 241 59 384 463 740 **125119** 218 31 54 302 401 510 702 **126193** 268 387 407 527 629 58 743 62 **127256** 59 416 88 839 **128014** 108 48 64 362 [1000] 424 543 [1000] 632 73 786 987 **129134** 394 19 86 [3000] 90 [500] 470 87 91 755 94 [500] 997

130033 143 237 571 648 712 34 80 852 [3000] 98 971 **131011** 22 43 151 241 333 442 572 651 708 867 72 **132370** 606 27 52 86 702 830 55 [500] **133036** 68 81 92 249 55 83 350 490 588 632 835 **134062** 337 746 959 71 **135225** 33 306 437 563 616 820 67 922 **136073** 98 [500] 104 85 296 379 487 503 96 98 [1000] 618 **137023** 110 [1000] 25 57 288 415 51 595 616 708 22 [5000] 41 867 **138188** [500] 90 241 670 74 797 871 **139214** 425 [500] 622 35 843

140000 29 179 368 [1000] 449 75 534 52 689 852 936 **141212** [3000] 452 546 712 823 **142060** 89 140 76 370 85 [500] 592 617 **143083** 219 462 507 660 66 84 748 80 851 59 **144101** 19 58 236 49 380 745 801 **145304** 422 526 868 73 **146019** 151 94 249 565 723 57 993 90 **147461** 505 629 43 727 954 **148114** 16 39 201 93 300 488 514 67 707 831 [3000] 89 98 950 98 **149222** 30 710 [1000] 926 51

150135 480 94 [500] 702 44 55 84 803 951 **151246** 494 [1000] 95 97 577 81 681 958 **152123** 94 326 469 44 686 944 93 97 **153200** 76 487 510 26 **154042** [1000] 71 242 76 480 695 751 875 992 **155077** 99 123 203 38 531 47 670 717 [500] 90 841 74 941 96 **156036** 50 244 76 448 596 631 926 **157454** 92 528 764 812 77 933 [500] 83 **158020** [3000] 102 [500] 212 320 45 428 64 594 627 79 878 **159162** 232 [1000] 335 80 428 674 797 881

160005 255 83 478 540 667 746 **161042** 68 [1000] 124 53 298 676 85 840 74 [500] 960 **162212** 439 91 534 764 891 **163286** 352 [500] 420 655 703 99 905 **164158** [3000] 257 62 76 353 605 725 804 **165072** 496 640 717 50 59 60 **166015** 60 114 347 408 511 28 44 600 23 28 [1000] 76 **167622** 88 813 72 919 **168143** 240 66 356 588 **169098** 153 77 218 75 604

170082 218 69 312 430 65 [1000] 539 633 746 808 15 40 **171048** 113 288 520 36 56 636 743 **172166** 334 405 11 46 530 769 87 814 26 907 **173317** 586 639 **174147** 75 [3000] 210 418 58 511 [3000] 691 776 847 [500] **175054** 282 96 460 698 738 818 43 60 92 986 **176080** 428 [3000] 55 849 **177301** 56 97 433 [1000] 689 780 917 **178044** 53 130 463 530 84 [5000] 606 775 99 922 66 91 [3000] **179011** 123 98 318 39 82 495 691 860 75

180025 230 72 92 488 640 64 71 891 930 **181067** 68 264 317 462 622 895 **182007** 99 124 228 68 843 83 **183235** [3000] 337 548 641 [3000] 83 718 **184038** 382 730 900 91 96 **185037** 44 60 90 176 294 315 519 607 35 87 768 88 968 **186107** 300 13 58 541 750 801 25 941 52 **187011** 294 315 80 [500] 68 534 68 645 **188006** 245 54 396 512 635 739 908 42 66 **189024** 232 77 915 88

190071 209 435 553 987 [1000] **191040** 163 73 78 200 [500] 27 64 343 461 84 570 **192000** 72 274 324 433 77 522 93 612 94 802 [500] 8 900 **193010** 107 44 225 409 15 507 37 682 89 730 887 **194019** 149 [500] 59 78 99 [500] 325 48 542 55 767 990 **195062** 307 96 411 687 715 863 **196160** 73 318 82 458 720 853 918 **197012** 257 501 619 778 811 945 93 **198370** 75 79 [3000] 480 602 723 33 46 80 93 839 [3000] 902 **199195** 296 325 471 577 81 [500] 886

200143 78 [500] 216 95 509 682 [500] 841 45 **201323** 60 400 77 689 730 62 **202026** 172 80 432 93 544 647 773 818 41 924 76 **203217** 21 384 464 [500] 898 915 **204082** 201 64 504 56 69 605 [500] 720 60 864 **205102** 279 83 99 383 611 21 923 [500] **206247** 408 628 896 909 **207008** 36 50 [500] 169 225 304 438 [1000] 652 750 889 940 **208096** 127 565 614 778 [3000] 87 **209080** 88 [500] 258 [3000] 383 683 714 24 976 86

210102 32 355 86 453 560 67 [1000] 895 965 **211051** 60 234 416 707 801 949 [500] **212223** 480 534 93 624 44 84 970 88 **213013** 29 [500] 66 77 [500] 123 208 44 313 65 [3000] 472 98 552 **214143** 99 [500] 386 461 [500] 590 687 917 **215062** 429 561 775 **216106** 61 241 479 549 78 85 725 881 920 66 **217059** 312 515 64 67 [500] 759 826 952 **218019** 120 928 39 48 62 826 77 80 632 [500] 82 992 **219104** 294 [1000] 312 77 529 59 717 865

220142 572 [500] 91 658 747 86 886 940 [500] **221082** 83 [500] 147 91 329 564 97 882 **222112** 33 252 [500] 331 [500] 479 882 968 **223121** 66 252 428 887 946 **224108** 211 94 456 614 766

Im Gewinnrade verblieben: 1 Gewinn zu 150 000 Mk., 1 zu 30 000 Mk., 2 zu 15 000 Mark, 4 zu 10 000 Mk., 3 zu 5000 Mk., 135 zu 3000 Mk., 207 zu 1000 Mk., 376 zu 500 Mk.

Jedes Wort: **5 Pfennig.** Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restauration wegen Todesfall sofort zu verkaufen, Fruchtstr. 29. [*

Verkaufe mein gutes, geräumiges Lokal, schöne Wohnung, billige Miete, Centrum, sofort. Näheres Pinzer, Schützenstraße 18. 1732b*

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Vorjährige elegante Anzüge und Paletots aus feinsten Stoffen verkauft Sonnabend und Sonntag B. Lewkowitz, Alexanderstraße 22, Alexanderhof. 907L*

Hochelegante Anzüge und Paletots nach Maß von 25,00 an. B. Lewkowitz, Schneidermeister, Alexanderstraße 22, Alexanderhof. 908L*

Stoffe, Herrengarderobe, wegen Aufgabe billig zu verkaufen. Neanderstraße 25. 1674b*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 906L*

Ausverkauf: Knabenanzüge, Knabenpaletots, Mädchenkleider, Mädchenmäntel allerbilligst. O. Hoffmann, Veteranenstraße 14. 878L*

Kanarienhähne 6 Mark. Baum, Thorinerstraße 34, Quergebäude.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. [897L*

Damenmäntel. Kindermäntel, außergewöhnlich billige Gelegenheitskäufe, Straußbergerstraße 30. 137/6*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/14*

Spottbillig! Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Uhren, Winterpaletots verkauft Leihhaus, Neanderstraße 6. 137/5*

Teppiche mit Farbenfehlern, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b

Gasheizöfen! Sparsysteme! Sechs, Renn, Reflektoröfen 13,00, Zweilochgaskocher 3,00, Dreilochgaskocher 9,00, geschlossene Gaskocher 10,00, Gasbratöfen 8,00, Gasplätteisen billig! Wohlauer, Wallnertheaterstraße zweiunddreißig. 1101b

Eisernen Ofen verkauft billig Pinzer, Schützenstraße 18.

Englische Drehrolle Raummangels billig verkäuflich Maxstraße 14, Milchgeschäft. †67*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Nähmaschinen, preiswerteste Bezugsquelle, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadtteilen sofort, Landsbergerstraße „82", Köpnickerstraße 60/61. 1121b*

Schankgeschäft zu verkaufen. Max Kühner, Berlin O., Friedrich-Karlstraße 32 (Bierverlag). 1750b*

Singermaschine und Adlermaschine wie neu billig Kurzner, Swinemünderstraße 11, vorn IV. 1745b

Paneelsopha wie neu 48 oder Garnitur verkauft sofort Linienstraße Nr. 137, I. rechts. 1748b

Gelegenheit! In meinem großen Möbelspeicher mit eigner Tapezierwerkstatt verkaufe zu spottbilligen Preisen: Trumeaus, Kücheneinrichtungen, Muschelbettstelle mit Federmatratze 52, Taschensofas 55, Ruhebetten 18, Schlafsofas 40, Gobelingarnitur 100. Komplette Zimmereinrichtungen in jeder Preislage. M. Rosenkranz, Möbelspeicher, Stallschreiberstraße 5. 916L*

Räumungshalber verkaufe zu Spottpreisen: Kücheneinrichtungen, Kleiderschränke, Vertikows, Schlafsofas 42, Trumeaus, Taschensofas 50, Schreibtische, Bettstellen mit Federmatratze, Paneelsofas 80, Gobelingarnituren 100. Plüschgarnituren 85, nur allein beim Fabrikanten. Händler 5 Prozent Ermäßigung. M. Rosenkranz, Schönhauser Allee 171.

Wegen Todesfalls verkaufe Gemüsegeschäft mit Rolle zu jedem annehmbaren Preise. Fruchtstraße 73, Kalff. [†42

Vermischte Anzeigen.

Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky, Sickingenstraße 4. †78*

Elektrotechnik. 8. Oktober neuer Abendkursus, monatlich 6 Mark. Gute Chancen für alle Berufsarten und jedes Alter. Keine Vorkenntnisse. Abgangsprüfung. Zeugnis. Stellennachweis. Anmeldungen umgehend, auch Sonntagvormittag. Jacksons Elektrotechnik, Alte Jakobstraße 24. [*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Pützger, Steglitzerstraße 65. 934b*

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57, Auskunft bis abends neun. 767L*

Rechtsbureau, Rechtshilfe, Eingabengesuche, Raterteilung, Andreasstraße dreiundsechzig. 1703b*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.

Kostümröcke von 5,00 an, fertige nach Maß. Jede Art Damenschneiderei elegant, billigst. Neanderstraße 25, parterre links. 1672b*

Kostümröcke von 5,00 an fertige nach Maß, jede Art Damenschneiderei elegant, billigst Schöneberg, Kaiser Friedrichstraße 15, Laden. 1673b*

Wer Stoff hat liefere elegante Anzüge und Paletots nach Maß von 15,00 M. B. Lewkowitz, Alexanderstraße 22, Alexanderhof. 909L*

Bücherankauf und Beleihung Hannemann, Kochstraße 56, I, Amt 6, 3397. 887L*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierschutzverein Berlin, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b

Augustabad, Köpnickerstraße 60 Bäder jeder Art für sämtliche Krankenkassen. 736L*

Vereinszimmer, geräumig. Simeonstraße 23. 845L*

Vereinszimmer, Kegelbahn empfiehlt Pinzer, Schützenstraße 18.

Fahrrad, gebrauchtes kauft. Offerten mit Preisangabe Parteispedition Weißensee. †126

50 Pfennige! Stellungsgesuche, Bittschriften! Allerbilligst Ehescheidungs-, Beleidigungs-, Interventions-, Unfallsachen, Berufungen, Raterteilungen Linienstraße 36. Sonntags geöffnet!

Rechtsbureau. Klagen, Eingaben, Steuersachen. Julius, Elsasserstraße 55.

Vermietungen.

Schlafstellen.

Schlafstelle sofort Kreuzstraße 1, III. 1749b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Wulackstraße 27, K. Gläser. *

Stellenangebote.

Kartonarbeiterin an der Bezugmaschine verlangt Rosenheim u. Kaufmann, Winsstraße 62/63. 1744b*

Lehrfräulein, Zuarbeiterin verlangt Schneiderin, Gneisenaustraße 25 parterre. 1738b*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Stahlschreibfeder-Fabrik im Auslande sucht tüchtigen fleißigen Arbeiter zum sofortigen Eintritt, der das **Ausschneiden** und **Lochen** der Stahlfedern versteht und in derselben Eigenschaft bereits viele Jahre in einer Stahlfeder-Fabrik beschäftigt war. Offerte mit Angabe der Gehaltsansprüche und bisheriger Verwendung an die Expedition des „Vorwärts" unter **W. 4.** 2743L*

Verantwortlicher Redacteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.